

Preußische Allgemeine Zeitung

Mit Ostpreußenblatt

Nr. 48 – 28. November 2009 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Sie werden keine Schwierigkeiten haben, die Welt von der Ungefährlichkeit Europas zu überzeugen: Der neue ständige EU-Ratspräsident Herman van Rompuy (l.) und Catherine Ashton, die „Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“ (r.).

Foto: pa

Die Mäuse auf dem Tisch

Erodiert Merkels Macht? – Der Verlauf der Debatte um das Betreuungsgeld

Nach langem Taktieren hat die Bundeskanzlerin am Wochenende erstmals Klartext in Sachen Betreuungsgeld gesprochen. Merkwürdigerweise ging die kontroverse Debatte daraufhin auch innerhalb der CDU munter weiter. Bröckelt Merkels Autorität?

Nicht nur für die jetzige Bundeskanzlerin ist es ein wichtiges Prinzip, nicht zu jeder Streitfrage und vor allem nicht früher als nötig Stellung zu beziehen. Auch Helmut Kohl und andere Regierungschefs auf allen Ebenen sicherten ihre Macht lange erfolgreich mit diesem Grundsatz. Entscheidend für die Wirksamkeit dieses Rezepts ist freilich, dass das häufige Schweigen nie als Ängstlichkeit erscheint, und dass bei der schlussendlich bezogenen Position immer noch eine klare Linie erkennbar bleibt. Im ersten Falle gibt es keine Autorität, im zweiten kein inhaltliches Profil. Die Nagelprobe für die Stärke einer Führungsperson ist allemal, ob mit der schließlich bezogenen Position die Debatte dann zumindest im eigenen Lager beendet ist oder ob „die Mäuse auf dem Tisch tanzen“ und weiter gestritten wird.

> Merkel hatte sich festgelegt – und nichts geschah

Wendet man diese Regeln aus dem kleinen Einmaleins der politischen Führung auf zwei aktuelle Debatten an, dann scheint die jahrelang kaum angefochtene Autorität der Bundeskanzlerin Kratzer abbekommen zu haben. Wie lange eigentlich will Merkel sich noch bedeckt halten im Streit um die Frage, ob die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, einen im Grunde einflusslosen Beiratsposten bekommen soll oder nicht? Es mag ja clever sein, an einer solchen Frage die beiden Regierungspartner FDP und CSU bis zur Erschlaffung am Tau ziehen zu lassen. Doch wenn nicht irgendwann eine Entscheidung folgt, bleibt ein Eindruck von Schwäche zurück.

Die andere aktuelle Debatte ist der Streit um das Betreuungsgeld, also die Ausgleichsleistung für diejenigen Eltern, die ihre ein- bis dreijährigen Kinder lieber selbst erziehen wollen, als sie in staatliche Obhut zu geben. Der FDP und dem linken Flügel der CDU ist das familienfreundliche Betreuungsgeld zuwider, sie können sich bestenfalls mit einer Gutscheinlösung anfreunden, damit – so die entlarvende Argumentation – die vorgesehenen 150 Euro im Monat nicht für Alkohol und Flachbildschirme verjubelt werden. Der Koalitionsvertrag enthält an dieser Stelle einen Kompromiss.

Nun hat Merkel in dieser Frage endlich Klartext geredet. Die betreffenden Eltern sollten selbst entscheiden, wie sie das Geld verwenden, denn: „Wenn wir diese Diskussion anfangen, dass man den Familien nicht mehr zutrauen kann, damit etwas Vernünftiges zu machen – dann tun wir etwas, was mit meinem Menschenbild zumindest nichts mehr zu tun hat.“ Das war eindeutig – und eine Geste an die Konservativen. Doch als wäre nichts geschehen, erneuerten Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und weitere führende CDU-Politiker ihre Präferenz für die Gutscheine. Hat die Kanzlerin ein Problem? *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

EU-»Köpfe«

Jahrelang hieß es, Europa müsse persönlicher werden und brauche endlich ein „Gesicht“, um seine übergroße Anonymität zu verlieren und für die Bürger begreifbarer und attraktiver zu werden. Auch der frühere US-Außenminister Henry Kissinger fragte schon vor vielen Jahren nach der Telefonnummer, die er wählen müsste, wenn er etwas mit „Europa“ zu bereden habe.

Die Art und Weise, wie die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten diesem sinnvollen Anliegen nun entsprochen haben, wirft allerdings Fragen auf. Natürlich wäre nichts ungerechter, als Menschen nach ihrem Äußeren zu beurteilen. Und natürlich sind der 62-jährige Herman van Rompuy als belgischer Premierminister und Catherine Ashton als Handelskommissarin der EU gestandene Politiker und gute Kenner der EU.

Und doch tritt man niemandem zu nahe, wenn man diese beiden designierten Spitzenvertreter der 500 Millionen EU-Bürger keineswegs als politische Schwergewichte bezeichnet. Keine andere als Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dies nun in fast schon undiplomatisch deutlichen Worten klargestellt: „Ich gehöre zu den Menschen die wissen, dass Persönlichkeiten in Aufgaben hineinwachsen können."

Skeptiker der Europäischen Union können diese Personalentscheidung begrüßen: Nachdem Persönlichkeiten mit Eigengewicht wie Tony Blair und Jean-Paul Juncker im Karussell von Vorschlag und Widerspruch „verbrannt“ wurden, demonstriert die neue Personalie das Europa des kleinsten gemeinsamen Nenners, in dem sich die Nationalstaaten von Brüssel möglichst wenig hineinreden lassen wollen.

Gute Tage für den BdV

Westerwelle muss mit Steinbach reden – Richtlinie der Kanzlerin?

Falls es das Ziel der politischen Gegner von Erika Steinbach war, das sperrige Thema Vertreibung von der politischen Tagesordnung zu bekommen, dann hätte zumindest dieses Anliegen gründlich Schiffbruch erlitten: Zeitungen, Sender und Internetforen sind voller Berichte über die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und das von ihr und dem ganzen BdV seit nunmehr über zehn Jahren konsequent verfolgte Ziel, in zentraler Lage Berlins ein unübersehbares „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu schaffen. Den einen oder anderen Beobachter der Szene in Polen (wo die Polemik gegen Steinbach seit Monaten bemerkenswerterweise fast verstummt ist) könnte bereits das Gefühl beschleichen, das vermeintlich Entgegenkommen von Bundesaußenminister Westerwelle (FDP) könnte ein raffinierter Trick gewesen sein, um die Aktien des BdV in Deutschland in die Höhe zu treiben.

> Versucht Merkel, sich aus der Malaise herauszukaufen?

Tatsächlich musste Westerwelle zu Wochenbeginn erkennbar widerstrebend erklären, „natürlich“ sei er zu einem Gespräch mit Frau Steinbach bereit. Unschwer war an seiner sauren Miene zu erkennen, dass diese Gesprächsbereitschaft nur auf Druck (den in dieser Frage nur das Kanzleramt auf ihn ausüben kann) zustande gekommen war. In seiner eigenen politischen Logik wäre ein Gespräch mit Steinbach momentan eine glatte Absurdität.

Allein die Debatte, wie die immer noch schweigende Kanzlerin aus der auch für sie recht verfahrenen Lage herauskommen könnte, zeigt den vollen politischen Erfolg des BdV: Die Rede ist von zusätzlichen Beirats-Sitzen für den BdV, von Finanzzusagen in Millionenhöhe oder attraktiven anderen Aufgaben für Erika Steinbach. Bemerkenswerterweise forderte nun sogar der SPD-Politiker Albrecht Schläger ein Machtwort der Kanzlerin zugunsten Steinbachs in Form einer Richtlinie gegen den FDP-Außenminister. *PAZ*

Umstrittene Klimakosten

Vor dem Klimagipfel – Würde eine moderate Erwärmung nützen?

Am Montag haben die Umweltminister der EU über den Kurs Europas beim Klimagipfel im Dezember in Kopgenhagen beraten. Klar ist, dass die Europäer dort ein neues Abkommen wollen und nicht nur Absichtserklärungen. Einen „Meilenstein“ fordert Schwedens Umweltminister Andreas Carlgren. Allerdings sind die Europäer trotz ihrer weltweiten Vorreiterrolle bei der CO_2-Reduzierung intern noch nicht einig. Vor allem die Osteuropäer pochen auf teure Ausnahmeregelungen. Während in Kopenhagen vor allem Widerstände aus China und den USA erwartet werden, hat Russland sich den ambitionierten Zielen der EU angeschlossen. Vor wenigen Tagen kündigte Präsident Medwedew an, den Ausstoß von Treibhausgasen in den kommenden zehn Jahren ebenfalls um ein Viertel zu reduzieren.

In der Diskussion in Medien und Wissenschaft werden allerdings auch neue Fragezeichen hinter einige oft kaum mehr hinterfragte Positionen im Klimastreit gesetzt. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zog als Fazit aus 300 wissenschaftlichen Klimastudien, dass die Ziele der EU „überambitioniert“ seien. Hauptgrund des unerwarteten Schlusses ist, dass die Kosten der Klimaveränderung schwer zu kalkulieren sind: Viele Studien kämen bei einer weltweiten Erwärung um ein bis 1,5 Grad sogar zu wirtschaftlichen Nettogewinnen – die sich allerdings ganz unterschiedlich auf die Weltregionen verteilen.

> Auch Russland will die CO_2-Emissionen deutlich senken

Die „Welt“ berichtete unterdessen über den Hackerangriff auf das Hadley-Forschungsinstitut der University of East Anglia, das zu den wichtigsten Datenlieferanten des Weltklimarates IPCC gehört. Einige der Mails werfen – wenn sie korrekt wiedergegeben wurden – grundsätzliche Fragen auf, weil sie ziemlich grundlegende Zweifel der Wissenschaftler an vielen Aussagen über die Klimaerwärmung zu erkennen geben. *K.B.*

MELDUNGEN

Die PAZ bald am Kiosk

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* wirbt um neue Leser: Seit Ende September machen Banner mit dem Logo der Zeitung auf die Internetseite der *Preußischen Allgemeinen* und das vierwöchige kostenlose Probe-Abo aufmerksam. Deutlich über 300 neue Probe-Leser sind das erste Ergebnis. Erstmals in ihrer bald 60-jährigen Geschichte soll die *PAZ* auch an ausgewählten Kiosken erhältlich sein. Nachdem die Finanzbehörden grünes Licht gegeben haben, soll der Kioskverkauf im Januar beginnen. In der vergangenen Woche hat diese Zeitung zudem mit einer großen Anzeige in der Wochenzeitung „Die Zeit" auf sich aufmerksam gemacht. Beste Werbeträger sind und bleiben aber die Leser der Zeitung: Empfehlen Sie die *PAZ* (auch an bisherige „Zweit- und Drittleser") oder verschenken Sie einfach ein Abo als 52-faches Weihnachtsgeschenk! Für den Werber oder Schenker gibt es wertvolle Sachprämien oder 50 Euro. *PAZ*

PAZ: Neue Preise ab 2010

Volle vier Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin zur Anpassung der Bezugspreise. Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2010 von 8,30 auf 9 Euro im Monat, also 108 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 11,50 Euro monatlich (15,50 Euro bei Versand per Luftpost). Die *Preußische Allgemeine* bleibt damit auch in Zukunft die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot. Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen. *PAZ*

Dieser Ausgabe liegt der *PAZ*-Tafelkalender bei.

Die Schulden-Uhr: Mit Bafög mehr »lenken«

Das „Bundesausbildungsförderungsgesetz" (Bafög) kostet Bund und Länder derzeit 1,5 Milliarden Euro. Den demonstrierenden Studenten wurde jetzt eine Erhöhung ab 2010 versprochen. Doch das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) fordert, die Erhöhung an eine Reform zu koppeln. So „könne man auch – je nach politischer Zielrichtung – gezielt unterrepräsentierte Gruppen wie etwa Studienberechtigte mit Migrationshintergrund, Frauen in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen oder Studenten aus armen Elternhäusern zum Studium motivieren", so das CHE. Derzeit erhalten rund 330000 Studenten Bafög. Im Durchschnitt werden 375 Euro im Monat gezahlt. Die Förderung ist zur einen Hälfte Zuschuss und zur anderen Darlehen. *Bel*

1.640.588.333.526 €

Vorwoche: 1.637.904.007.910 €
Verschuldung pro Kopf: 19992 €
Vorwoche: 19960 €

(Dienstag, 24. November 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Das Bildungschaos weitet sich aus

Mehrere mittlere Medizinberufe werden »akademisiert« – Spitzenverbände loben Aufwertung, GKV warnt

600 Euro Studiengebühr im Semester? Angehende Physiotherapeuten müssen oft mehr als das Doppelte bezahlen, leiden aber oft unter ähnlichen Problemen wie die demonstrierenden Studenten.

Voller Unverständnis nahm die 20-jährige Doris die Nachrichten von Studentenprotesten zur Kenntnis. Was jammern die doch überwiegend noch aus wohlhabenderen Familien stammenden Studenten über 600 Euro Studiengebühr im Semester, fragte sich die junge Frau. Die Realschülerin, deren Eltern beide in der Türkei geboren wurden und als Putzfrau und Gärtner die siebenköpfige, aramäische Familie versorgen, arbeitet seit zwei Jahren als ungelernte Kraft bei einem Discounter. Für sie ist diese ungeliebte Tätigkeit die einzige Möglichkeit, das Geld für ihren Traumberuf zusammenzusparen. 365 Euro kostet die Studiengebühr im Monat, die sie zahlen muss, um an einer medizinischen Fachschule in drei Jahren den Beruf der Podologin zu erlernen. Aufgrund der geringen Verdienstmöglichkeiten als medizinische Fußpflegerin wird sich ihre finanzielle Investition nur ideell, aber kaum je finanziell auszahlen.

Die 30-jährige Physiotherapeutin Kristina hatte das Glück, dass ihre Eltern einst die rund 20000 Euro für die dreijährige Ausbildung an der Fachschule trugen. Derzeit schult die zweifache Mutter jedoch um, denn auch wenn der Beruf der Physiotherpeutin viele schöne Seiten hat, so sei er doch ein anstrengender Knochenjob. Das Einstiegsgehalt einer Physiotherapeutin läge derzeit bei 1800 bis 2000 Euro brutto. Fortbildungen kosteten zwischen 2000 und 4000 Euro, um dann einen um 50 Cent erhöhten Stundenlohn zu bekommen.

Und auch die Physiotherapeuten erleben derzeit eine Veränderung ihrer Ausbildung, die sich von den gegen die unstrukturierte Einführung der Bachelorstudiengänge demonstrierenden Studenten kaum unterscheidet.

„Akademisierung von Medizinberufen" heißt das Stichwort. Im Sommer haben Bundestag und Bundesrat die Einführung einer „Modellklausel" in die Berufsgesetze der Hebammen, Logopäden, Physiotherapeuten und Ergotherapeuten beschlossen. Sie sieht vor, dass diese vier Berufsgruppen demnächst auch an Hochschulen ausgebildet werden können. Damit entspricht der Gesetzgeber den Forderungen der Berufsverbände, des Sachverständigenrates und auch des europäischen Umfeldes.

Monika Rausch vom Bundesverband der Logopäden befürwortet, dass die Politik, wie vom Verband seit 1926 gefordert, den Beruf durch die Akademisierung endlich aufwertet, auch wenn Fach- und Hochschule erstmal noch nebeneinander liefen. Dabei verlange die Veränderung des Berufsbildes mehr Forschung und

Wettbewerbsfähigkeit in Europa erhöhen

wissenschaftliches Denken, so dass eigentlich nur noch an Hochschulen ausgebildet werden sollte, schließlich sei der Beruf der Logopädie „kein Handwerk, sondern ein Denkwerk", so Rausch. Auch der Berufsverband der Hebammen äußerte sich gegenüber der *PAZ* ähnlich. Eine komplexe Materie verlange eben auch eine komplexere Ausbildung, so der Tenor.

Dass diese Medizinberufe bei der jetzigen Entwicklung Haupt- und Realschülern künftig verschlossen würden, ist für die beiden Verbände kein Argument. Sie betonen, dass bereits jetzt 80 Prozent derjenigen, die diese Berufe erlernen, zumindest Fachabitur hätten. In einigen Bundesländern böten zudem auch Fachschulen Haupt- und Realschülern mit Berufsausbildung die Immatrikulation zum neuen Bachelorstudium Physiotherapie an, wenn sie zuvor eine „Immaturenprüfung" bestünden. Kostenpunkt bei einer Fachschule in Buxtehude rund 600 Euro Studiengebühr – im Monat. Wer hier studiert, weiß genau, was er will.

Da mit der neuen Regelung bei den Medizinberufen auch die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Vergleich erhöht werden soll, bringt die Akademisierung theoretisch eine europaweite Mobilität. Hier geht es den Berufsanwärtern der vier medizinischen Versuchsberufe ähnlich wie den demonstrierenden Studenten. Europa, der Bund, 16 Bundesländer, die Berufsverbände, zahlreiche häufig gewinnorientierte, private Fachschulen, Hochschulen und Uni-Klinken mischen auf dem Ausbildungsmarkt mit und sorgen für eine Vielfalt, die auf Außenstehende chaotisch wirken kann. Ist ein sich im Aufbau befindliches Hochschulstudium besser als eine Fachschulausbildung? Wo sind die besseren Dozenten und Lehrpläne, der bessere Kosten-Nutzen-Effekt? Welcher Anbieter wird von potenziellen zukünftigen Arbeitgebern am ehesten anerkannt?

Zumindest die Hamburger Arbeitsagentur ist da ähnlich ratlos. So mitten im Umbruch sei es schwer, sich jetzt schon ein Urteil zu bilden. Doch angesichts der Tatsache, dass die jungen Menschen, die eher Mittelschichtsfamilien entstammen, bereits im Voraus Investitionen in Höhe eines Mittelklassewagens tätigen müssen, ist die derzeitige Informationslage erschreckend unübersichtlich.

Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) warnt zudem davor, dass mit der Akademisierung auch die Praxisnähe gefährdet sei. Er befürchtet zudem die „Schaffung einer Vielzahl regionaler Insellösungen", so dass das bundeseinheitliche Profil dieser Berufe verloren gehe. Zudem bedeute eine Akademisierung auch höhere Gehaltserwartungen der Absolventen. Diese würden langfristig die Ausgaben der Kassen erhöhen, ohne dass dies, so die GKV, eine Verbesserung der Versorgung bedeute. *Rebecca Bellano*



Knochenjob Physiotherapie: Anstrengende Arbeit bei teurer Ausbildung - und später wenig Gehalt. Bild: pa

Die Kirche arbeitet an der falschen Frage

Wie hielt die EKD es vor 1989 mit den Menschenrechten? – Ausladung von Herta Müller als beispielhafter Fall

Der Streit zwischen der diesjährigen Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) schwelt weiter. Der Vorwurf ist brisant. Hat sich die EKD dem Druck des rumänischen Geheimdienstes „Securitate" gebeugt, als Müller 1989 von einer Kirchentagsveranstaltung ausgeladen wurde?

Bei der Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises durch das „Zentrum gegen Vertreibungen" am 1. November hatte Herta Müller diesen Vorwurf an die EKD erhoben. Sie sei zusammen mit ihrem damaligen Mann Richard Wagner vom Evangelischen Kirchentag in Berlin ausgeladen worden. Die 56-jährige, aus dem Banat stammende Schriftstellerin prangerte an, dass die lutherische Kirche der deutschen Minderheit in Siebenbürgen 1989 im Sinne des rumänischen Geheimdienstes Securitate Druck auf den Evangelischen Kirchentag ausgeübt habe. So sei die Teilnahme ihres Mannes Richard Wagner an einem Kirchentagsforum verhindert worden. Frau Müller sagte daraufhin konsequent auch ihre eigene Teilnahme an jenem Forum ab.

Bei dem Forum „Die rumänische Wohnung im europäischen Haus" sollte über die Menschenrechtslage in dem kommunistischen Land berichtet werden, das unter der vielleicht schlimmsten Diktatur in Osteuropa, unter dem Ceausescu-Regime litt. Nach einer Intervention des Geheimdienstes und des damaligen rumänischen Botschafters in Deutschland sei Wagner schließlich mit der fadenscheinigen Begründung ausgeladen worden, er sei katholisch.

Sowohl die evangelische Kirche in Siebenbürgen wie die EKD wiesen diese Vorwürfe nun zurück. Die EKD machte in ihrer Stellungnahme vom 12. November geltend, dass Müller ihre Teilnahme selbst abgesagt habe. Die Siebenbürgener Protestanten bestreiten jede Zusammenarbeit mit der berüchtigten Securitate. Der Kirchenleitung sei es zur Zeit der kommunistischen Diktatur vor allem darum gegangen, Schaden von der Kirche abzuwenden und „die ihr anvertrauten Gläubigen heil an Leib und Seele durch die Zeit von Willkür und Gottlosigkeit zu geleiten". 1989 habe unter dem Regime blanke Not geherrscht. Zensur und Repressalien hätten ungeahnte Formen angenommen. Die angekündigte Podiumsdiskussion habe befürchten lassen, „dass es zu (berechtigten) Anfeindungen gegen die rumänische Staatsführung kommen werde". Der Kirche wäre daraus ein „nicht wiedergutzumachender Schaden" erwachsen. Auch die Beziehungen zur EKD hätten leiden können. Im übrigen habe man mit der Aufarbeitung der Vergangenheit schon in der Stunde des Umsturzes im Dezember 1989 begonnen. – Schön und gut, aber ein richtiges Dementi ist das nicht.

Briefwechsel entlarvt die wahre Position

Direkt greift der Diakoniewissenschaftler Paul Philippi, der ab 1979 in Hermannstadt tätig war, die Literaturnobelpreisträgerin an. Ihr Werk beschäftigt sich hauptsächlich mit Deportationen und Vertreibung unter dem Diktator Nicolae Ceausescu (1918–1989). Es sei „verleumderisch", wenn Müller eine Verfilzung und Kollaboration von evangelischer Kirche und Geheimdienst unterstelle. Gewiss habe die Kirche keine Widerstandsbewegung organisiert oder sich ins Martyrium gedrängt; im Unterschied zu damaligen Auswanderern (Müller und Wagner) habe man sich für das „Überleben im Kommunismus" eingesetzt.

Auf diese Anwürfe hin legte nun Richard Wagner am 17. November

Rumänische Kirche drohte mit Boykott

in der „Tagespost" eine Dokumentation der Briefwechsel aus der damaligen Zeit vor. Von der Einladung seitens des Kirchentages vom 22. Februar 1989 bis zur Ausladung vom 3. Mai 1989 passierte demnach einiges. Der damalige Botschafter Rumäniens in Deutschland Marcel Dinu bemängelte in einem Brief „die Teilnahme einer Person, die uns durch ihre oft geäußerte, offen gekündigte (!), feindselige, antirumänische Position sehr bekannt ist". Dem Präsidenten des Kirchentags Helmut Simon und dem Generalsekretär Christian Krause wurde dieses Schreiben zur Kenntnis gegeben. In einem zweiten Brief vom 9. März schrieben die Protestanten aus Siebenbürgen an den damaligen Landesbischof von Schaumburg-Lippe Joachim Heubach ultimativ: „Wenn das Forum Rumänien vom Veranstaltungsplan nicht gestrichen wird, werden wir unsere beiden Delegierten nicht nach Berlin senden."

Gleichzeitig, berichtete Wagner, haben er und seine Frau Drohbriefe mit Morddrohungen erhalten. Auch seine Eltern, die noch in Rumänien lebten, wurden vom rumänischen Geheimdienst besucht. Als Warnung schickte daraufhin der Vater seinem Sohn einen Brief, auf dem die Briefmarke auf dem Kopf steht. Ein verabredetes Zeichen, um von Drohungen seitens des Geheimdienstes zu berichten.

So betont Richard Wagner in seiner Dokumentation abschließend, dass die evangelische Kirche „an der falschen Frage" arbeiten würde. Nicht die Ausladung Herta Müllers sei entscheidend, sondern allein das Verhalten des Kirchentages zu den Menschenrechten. Das „Gottesgeschäft sei von den Menschenrechten" nicht zu trennen. Offenbar wolle die Kirche, auch nach 20 Jahren, das eigene Fehlverhalten noch immer nicht eingestehen. *H. E. Bues*

Umfrage gibt Sarrazin Recht

Von HARALD FOURIER

Die Ermittlungen gegen Thilo Sarrazin wurden mittlerweile – fast unbemerkt von der Öffentlichkeit – eingestellt. Dem früheren Berliner Finanzsenator war nach Aufsehen erregenden Aussagen über „Kopftuch-Mädchen“ sowie „türkischen Obst- und Gemüsehandel“ in der Kulturzeitschrift „Lettre International“ Volksverhetzung vorgeworfen worden (*PAZ* berichtete). Sarrazin sagte auch, dass ein Großteil der Türken und Araber weder integrationsfähig noch -willig sei.

Eine jetzt veröffentlichte Umfrage leitet Wasser auf die Mühlen des SPD-Politikers. Das Forschungsinstitut „Liljeberg Research Berlin“ hat 1000 Personen (Deutsche und Türken, letztere in Deutschland und in der Türkei) befragt und dabei erhebliche Abweichungen in den kulturellen Einstellungen zutage gefördert: Ein homosexuelles Familienmitglied oder eines mit einer fremden Religion – für viele Türken ist das undenkbar. In Sachen Toleranz trat eine beträchtliches Gefälle zutage zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Andererseits fühlen sich 45 Prozent der Türken in Deutschland unerwünscht. 42 Prozent ziehen gar in Betracht, in die alte Heimat zurückzukehren, wenn auch nicht sofort.

Diese Zahlen sprechen eine klare Sprache. Allerdings ist bei der Interpretation der Umfrageergebnisse Vorsicht geboten. Wenn fast jeder zweite Türke sagt, er wolle Deutschland möglicherweise wieder verlassen, dann heißt das nicht, dass er das auch tut. Wer also glaubt, das Problem mit schwer integrierbaren Zuwanderern würde sich durch Rückwanderung lösen, der täuscht sich.

Die Aussage „ich würde am liebsten zurückgehen“ verrät zwar, dass die befragten Zuwanderer unzufrieden sind. Aber reisen sie wirklich eines Tages so mir nichts, dir nichts aus? Wahrscheinlich ist es so wie bei vielen Deutschen, die aus Frust – sei es wegen ihrer Steuernachzahlung, sei es wegen eines 19-seitigen Hartz-IV-Bescheides – schimpfen: „Ich wandere aus.“ In den seltensten Fällen wird diese Aussage in die Tat umgesetzt. Sie verrät weniger über wirkliche Absichten, aber umso mehr über das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden.

Zu befürchten ist zudem, dass, wenn überhaupt, vor allem die erfolgreichsten und fleißigsten unter den Türken wirklich gehen – Ärzte, Wissenschaftler, Facharbeiter, denen eine Karriere auch in der Türkei winkt. Zurück blieben dann die kaum integrierbaren „Sarrazin-Türken“. Denn sie wissen: Der deutsche Sozialstaat lässt sie niemals im Stich. In der alten Heimat dagegen gibt es einen solchen Sozialstaat wie in Deutschland gar nicht.

Berlin gegen Gebetsräume

Seit September darf ein muslimischer Schüler in einem eigenen Schulzimmer beten



Nur „äußerst, äußerst selten“ benutzt: Der umstrittene Gebetsraum im Berliner Diesterweg-Gymnasium

Bild: pa

Ende September erregte ein Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts die Öffentlichkeit: Schüler Yunus M. setzte darin durch, an Berlins Diesterweg-Gymnasium täglich nach muslimischem Ritus in einem eigens dafür hergerichteten Raum beten zu können. Nun legt Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) dagegen Revision ein.

Es ist der erste deutsche Gerichtsbeschluss darüber, wie weit das Recht muslimischer Gläubiger auf Religionsausübung an öffentlichen Einrichtungen geht – ein Urteil mit Weichenfunktion, denn Yunus' Weddinger Schule sieht sich durch den Spruch genötigt, ihm einen Gebetsraum zur Verfügung zu stellen.

Berlins Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) will sich damit aber nicht abfinden und legt nun – gegen Widerstand in seiner eigenen Partei – Berufung im Namen des Berliner Senats ein, um den Gebetsraum zu kippen. Islamische Organisationen hingegen drängen an Schulen und Universitäten nun erst recht auf die Schaffung von Gebetsräumen. Die „Islamische Zeitung“ berichtet von Bemühungen der „Islamischen Hochschulvereinigung“, an Universitäten Beträume zu erstreiten. Die 35-Mitglieder-Organisation beklagt sich darin über Gegenwind und mangelnde Unterstützung für ihr Ziel. In islamischen Internetforen wie „Muslima-aktiv.de“ schwärmen Muslime von den Gebetsräumen an britischen Schulen. Aber auch große Moslem-Organisationen wie der „Koordinierungsrat der Muslime“ (KRM) begrüßten das Gerichtsurteil. KRM-Sprecher Ayyub Axel Köhler sagte: „Wir freuen uns über die freie Religionsausübung und über den Respekt vor der Glaubensüberzeugung des Anderen – auf dieser Tugend beruht unsere politische Kultur.“

Im Internet-Diskussionsforum der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge betriebenen „Deutschen Islamkonferenz“ äußert ein Diskussionsteilnehmer dagegen einen anderen Verdacht: „Durchsetzung von Machtansprüchen statt Gebete“, darum gehe es im Berliner Urteil letztlich.

Tatsächlich lässt das weitere Verhalten von Yunus M. den Verdacht zu, dass der Schüler bloß als Strohmann unbekannter Hintermänner benötigt wurde. Er darf zwar nun mittags in dem Raum beten, tut dies aber nur „äußerst, äußerst selten“, glaubt man seiner Schuldirektorin Brigitte Burchardt. Seit März 2008 verpflichtet die Schule bereits eine einstweilige Verfügung, den Schüler ein Mal am Tag beten zu lassen, nun hat Yunus einen zirka 20 Quadratmeter großen Raum von 13.30 Uhr bis 13.40 zur Verfügung. Ende September stellte auch das zuständige Verwaltungsgericht fest, dass der Schüler „berechtigt ist, außerhalb der Unterrichtszeit einmal täglich sein islamisches Gebet zu verrichten“.

Die Schulleiterin ist bemüht, das Thema tief zu hängen. Religion ist insgesamt kein Thema mehr, seit hauptstadtweit der Religionsunterricht an Schulen abgeschafft wurde. Entsprechende Wünsche von Schülern und Eltern gerade der christlichen Konfessionen schmetterte der rot-rote Senat ab. Warum nun ein Junge einen ganzen Raum bekommen muss, während die Mehrheit der Schüler sich über ihre Religion bestenfalls informieren, sie aber an den Schulen immer weniger praktizieren darf, ist gerade wegen der ansonsten religionsfeindlichen Politik der Berliner Landesregierung schwer vermittelbar. Auch deswegen will Bildungssenator Zöllner jetzt gegen das Urteil vom September klagen. Er fürchtet, bald an allen Schulen Gebetsräume dulden zu müssen.

> Nachdem der Wunsch christlicher Eltern nach Religionsunterricht abgeschmettert wurde, fürchtet Rot-Rot nun um den totalen Laizismus

Berlins Politik, die mit dem Kampf gegen den Religionsunterricht vor allem den christlichen Einfluss verdrängen wollte, steckt in der eigenen Falle des totalen Laizismus. Viele Moslems lehnen diesen Kurs ab. Zöllner will jetzt nachweisen, dass es Yunus nicht auf den Glauben ankommt, sondern der Schüler nur als Präzedenzfall für den Einzug des Islam an den Schulen benutzt wird: „In diesem konkreten Einzelfall bewerte ich jedoch die Glaubwürdigkeit des Klägers und auch die Zumutbarkeit einer Zusammenlegung des Religionsunterrichtes anders“, so der Bildungssenator. Eine „verantwortungsvolle Entscheidung“ nennt er die „Trennung von Religionsfreiheit und Erziehungsauftrag“.

Pädagogin Burchardt entgegnet dem, unter den Schülern finde zwar eine Art Wettbewerb darum statt, wer der bessere Moslem sei. Doch aus dem Rechtsanspruch Yunus' auf einen Betraum entstünden „keine Konflikte“. Doch wegen des Neides anderer junger Moslems, vor allem männlicher Schüler, hat man den Betraum für eine Mädchengruppe laut Burchardt an ihrer Schule bereits wieder schließen müssen. Muslim-Gruppen werfen ihr vor, den Streit erst unnötig aufgebauscht und damit Yunus' Weg vor Gericht ausgelöst zu haben.

Yunus war 14, als er klagte – die Schulleiterin hatte ihm das Beten auf dem Schulflur verboten. Jetzt muss das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg entscheiden, ob das Recht zu beten oder der staatliche Erziehungsauftrag (den Zöllner gefährdet sieht) den Vorrang erhält. Einen Termin für die Verhandlung gibt es noch nicht.

Sverre Gutschmidt

Bürger »geklaut«

Meldefehler lässt Mecklenburg schrumpfen

Das kam dem FDP-Landtagsabgeordneten Toralf Schnur merkwürdig vor: Bei den Kommunalwahlen in seinem mecklenburgischen Heimatort Mölln im Jahre 2004 standen 104 Bürger mehr auf der Liste der Wahlberechtigten, als der Ort – laut Bundesstatistik – Einwohner hatte. Hier stimmte etwas nicht.

Wie die in Rostock erscheinende „Ostsee-Zeitung“ berichtet, werden dem Land durch Fehler von Meldebehörden Menschen formal abgezogen, die in Wahrheit noch dort leben. Das geht so: Meldet sich ein Zuzügler in einer Gemeinde an, meldet ihn der dortige Kommunalbeamte automatisch bei seiner alten Adresse ab, per Maus-Klick. Dabei tippt er meist nur den Namen des Herkunftsortes ohne Postleitzahl ein. Existiert der Name doppelt, nimmt das Computerprogramm automatisch den Ort mit der ersten Postleitzahl und speist diesen in die Bundesstatistik ein, wo die Einwohnerzahlen der Länder summiert werden. In Mecklenburg-Vorpommern (Ausnahme Raum Wismar) wie in Brandenburg, Berlin und Sachsen sowie in Ost-Thüringen und weiten Teilen Sachsen-Anhalts beginnen die Postleitzahlen mit 1 oder 0, in Westdeutschland dagegen mit 2 bis 9. So wurden beispielweise Abwanderer aus dem holsteinischen Mölln, (Postleitzahl 23879) in der Bundesstatistik automatisch als Zuzügler aus dem mecklenburgischen Mölln (17091) verbucht.

Die „Ostsee-Zeitung“ verweist darauf, dass dies nicht nur ein statistisches Problem darstellt. Jeder Einwohner würde bei der Berechnung des Länderfinanzausgleichs mit etwa 2350 Euro verbucht. Da Mölln kein Einzelfall sei, entgingen Schwerin durch den Fehler Millionen. Und dies gilt auch für Doppelnamen in anderen Regionen mit Nuller- oder Einser-Postleitzahlen. *H.H.*

BBI nimmt Gestalt an

Gegner des neuen Großflughafens resignieren – Eröffnung 2012

Inmitten von Wirtschaftskrise und Rezession verschafft der im Entstehen begriffene Großflughafen Berlin-Brandenburg International der Region Geld und Arbeitsplätze. Die 2,4 Milliarden Euro, die der Bau kostet, fließen zu einem wesentlichen Teil als Löhne in die Taschen ortsansässiger Arbeitnehmer.

Der 72 Meter hohe Kontrollturm und der unterirdische Flughafenbahnhof sind bereits im Rohbau fertig gestellt. Während der Flughafen planmäßig seiner Vollendung im Jahre 2011 entgegensehen kann, verlässt seine einst verbissen kämpfenden Gegner der Mut.

Streitpunkt ist noch die Ausnahme vom Nachtflugverbot: Von Mitternacht bis 5 Uhr früh gibt es – außer in Notsituationen – keine Starts und Landungen. Doch in den „Randzeiten“ von 22 bis 24 Uhr und von 5 bis 6 Uhr hat die Planfeststellungsbehörde insgesamt 103 Flugbewegungen genehmigt. Die umliegenden Gemeinden Blankenfelde-Mahlow, Eichwalde, Großbeeren und Schulzendorf wollen dagegen klagen. Der Bürgerverein Brandenburg-Berlin (BVBB) will zwar gleichfalls Klage führen, bekommt aber dafür das Geld vermutlich nicht zusammen. Vor gut drei Jahren hatte der Verein das größte Gerichtsverfahren in der Geschichte der Bundesrepublik organisiert und vor den Bundesverwaltungsgericht weitgehend verloren. Das hat die Begeisterung der Vereinsmitglieder, zusätzliches Geld für einen erneuten Anlauf zu verbrennen, merklich geschmälert. Ein wachsende Zahl von Anwohnern ist offenbar zu der Erkenntnis gelangt, dass sie ein Unternehmen, das schätzungsweise 40 000 neue Arbeitsplätze schafft und jährlich 27 bis 45 Millionen Fluggäste erwartet, nicht dauerhaft aufhalten können.

> Schon 40 Prozent der Mitglieder haben den Verein verlassen

So fällt es dem BVBB zunehmend schwer, neue Finanzquellen aufzutun. „Wir brauchen noch mindestens 100 000 Euro“, so Vereinschef Ferdi Breidbach vor wenigen Tagen vor seinen noch etwa 3000 Mitgliedern. 2000 waren inzwischen ausgetreten. Die gesamten Prozesskosten betragen schätzungsweise 300 000 Euro für den Verein. Falls der Verein diese Summe im Dezember nicht beisammen habe, wolle der beauftragte Rechtsanwalt die Klagevorbereitungen einstellen. Breidbach hofft jetzt darauf, dass die neue rot-rote Landesregierung wenigstens freiwillig darauf verzichtet, sich Kosten für eigene Gutachter von den privaten Klägern erstatten zu lassen, falls diese aufgeben müssen. *Hans Lody*

Zehlendorfer gegen Mahnmal

Im Berliner Stadtteil Zehlendorf regt sich Widerstand gegen die Aufstellung von drei Stelen, die daran erinnern sollen, dass einige Häuser der Gegend ursprünglich als Wohnbezirk für SS-Angehörige errichtet worden sind. Die Stelen will das Kulturamt. Die Einfamilienhäuser aus den 30er Jahren werden heute, als Mietobjekt oder Eigentum, von gewöhnlichen Familien bewohnt, die offenbar nicht in einem Mahnmal leben wollen.

In Berlin erinnern bereits zwölf größere Gedenkstätten und dazu neun einschlägige Museen speziell an die NS-Herrschaft. Hinzu kommt eine in die Tausende gehende Zahl von „Stolpersteinen“ in den Gehwegen, Gedenkplaketten und Hinweistafeln. Vor diesem Hintergrund war schon die Errichtung des monumentalen „Holocaust-Mahnmals“ am Brandenburger Tor heftig umstritten. Indes gehen Beobachter davon aus, dass auch die Zehlendorfer Stelen gegen alle Proteste errichtet werden. *H.L./H.H.*

Deutschlands stille Reserve

Im Ernstfall könnte die Bundeswehr heute noch auf Hunderttausende zurückgreifen

Rolle und Aufgabe der Reservisten haben sich in den letzten 15 Jahren massiv verändert. Heute sind Spezialisten gefragter als die große Masse.

Das vor 200 Jahren von dem preußischen Heeresreformer Gerhard von Scharnhorst formulierte Postulat, jeder Bürger eines Staates sei der geborene Verteidiger desselben, hat gerade in der Demokratie seine Berechtigung. Wer in Freiheit, Frieden und Wohlstand leben darf, soll auch seinen Beitrag zur Sicherung dieser Errungenschaften leisten. Damit begründet der demokratisch verfasste Rechtsstaat die Heranziehung seiner Bürger zum Wehrdienst. Dabei ist es nicht allein mit der Ableistung des Grundwehrdienstes getan, sondern dem gedienten Soldaten kommt als Reservist nicht nur im Verteidigungsfall beim Aufwuchs der Streitkräfte, sondern auch im Friedensbetrieb und im Auslandseinsatz eine große Bedeutung zu. Reservisten sind alle früheren Soldaten der Bundeswehr, die bei Bedarf aufgrund gesetzlicher oder freiwilliger Verpflichtung zum Wehrdienst herangezogen werden können.

Die Rolle der Reservisten der Bundeswehr hat sich in den vergangenen 15 Jahren grundlegend gewandelt. An die Stelle der früheren Existenzbedrohung unseres Landes sind andere, vielfältigere Sicherheitsrisiken getreten. Als Konsequenz wurde die klassische Landesverteidigung als strukturbestimmendes Merkmal der Bundeswehr obsolet und die Truppe um mehr als die Hälfte verkleinert. Gleichzeitig wurde auch das bisherige System der Erhaltung der Aufwuchsfähigkeit durch Reservisten abgeschafft und durch deren individuellen Einsatz ersetzt. Während es früher darum ging, eine möglichst große Zahl militärisch konventionell ausgebildeter Männer für die Landesverteidigung aufbieten zu können, werden heute verstärkt Männer und Frauen als Spezialisten gesucht. Sie sollen mit ihrer zivilen Qualifikation der aktiven Truppe von Nutzen sein, indem sie deren Fähigkeiten in Bereichen, die besondere nichtmilitärische Fachkenntnisse erfordern, ergänzen. Waren sie einst das „Massenheer im Hintergrund“, sind Reservisten heute als „clevere Ressource“ gefragt und als integraler Bestandteil der Streitkräfte Voraussetzung für deren Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit in Frieden, Krise und Krieg.

> »Clevere Ressource« statt »Massenheer im Hintergrund«

Erfolgten die Einplanung auf einem Dienstposten und die Einberufung zu einer Wehrübung früher auch gegen den Willen der Reservisten, setzt die Bundeswehr heute auf freiwilliges Engagement. Bei entsprechender Eignung haben sogar Ungediente eine Chance, Reservist zu werden. Wer mehr als nur eine militärische Ausbildung, besser noch eine seltene zivile Qualifikation wie exotische Sprachkenntnisse zu bieten hat, hat die besten Aussichten auf eine Beorderung. Zur Ausschöpfung dieses Reservistenpotentials sind etwa 80000 Beorderungsdienstposten ausgewiesen, also nur noch zehn Prozent der früheren Anzahl. Diese Freiwilligen sind als „Teilzeitprofis“ in allen Bereichen und im gesamten Aufgabenspektrum der Bundeswehr eingesetzt, sei es im Grundbetrieb in der Heimat oder im Auslandseinsatz. Sie ergänzen das aktive Personal, verstärken es bei Bedarf oder vertreten Soldaten während deren Abwesenheit. Ständig sind mehrere Hundert Reservisten im Auslandseinsatz. Auch sie erleiden Verwundung und Tod.

Abhängig von der persönlichen Eignung und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen stehen den Reservisten alle Dienstgrade bis einschließlich Oberst d.R./Kapitän zur See d.R. offen. Wer dagegen nicht mehr „mitmachen“ will, wird in die Allgemeine Reserve überführt, steht aber für den Fall der Landesverteidigung weiterhin zur Verfügung. *Jan Heitmann*



Immer seltener im Einsatz: Reservisten bei einer Bundeswehrübung mit Großgerät zum Katastrophenschutz Bild: pa

Zeitzeugen



Friedrich August Freiherr von der Heydte – Im Jahre 1935 trat der 1907 geborene Jurist als Berufssoldat in die Wehrmacht ein. Während des Krieges zeichnete er sich als Fallschirmjägerkommandeur aus. Ab 1957 leistete der „Professor mit dem Ritterkreuz“ als Oberst d.R. mehrere Wehrübungen ab. 1962 löste das CSU-Mitglied mit einer Anzeige wegen Landesverrats die „Spiegel“-Affäre aus, die in der Verhaftung des „Spiegel“-Herausgebers gipfelte. Doch dem „Spiegel“, der in dem Artikel „Bedingt abwehrbereit“ die Bundeswehr kritisiert hatte, konnte nichts nachgewiesen werden. Verteidigungsminister Strauß ernannte von der Heydte gegen die Regeln zum einzigen Brigadegeneral der Reserve – zum Dank, wie gemunkelt wurde.



Foto: CDU/CSU

Ernst-Reinhard Beck – Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen neuen Verteidigungspolitischen Sprecher. Damit steht dem Unteroffizier d.R. Karl-Theodor zu Guttenberg jetzt ein erfahrener Oberst d.R. zur Seite. Beck, im Zivilberuf Oberstudiendirektor, hat als Gebirgsjäger viele Truppen- und Stabsverwendungen durchlaufen. 1996 wurde er zum Spitzendienstgrad der Reservisten befördert. Als langjähriger Präsident des Reservistenverbandes hat der 64-Jährige die Transformation der Reserve mitgestaltet.

Helmut Schmidt – Das Militär begleitete ihn fast sein ganzes Leben. Nach dem Abitur leistete Schmidt (*1918) seinen Wehrdienst bei der Flakartillerie ab. Von dort ging es in den Krieg, den er als Frontoffizier und im Reichsluftfahrtministerium erlebte. 1958 machte der Bundestagsabgeordnete und spätere Verteidigungsminister freiwillig eine Reserveübung und wurde daraufhin als „Militarist“ vorübergehend aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen. Erst 1978 schied er altersbedingt aus der Reserve aus.



Christine Höge – Sie ist als Spezialistin gefragt. Schon seit Jahren engagiert sich die 26-jährige Logistikerin als förderndes Mitglied im Reservistenverband. Jetzt darf auch sie die Uniform tragen. Zukünftig wird Höge als Reservistin in der Umschlagkompanie eines Logistikbataillons Wehrübungen ableisten und ihre im Zivilberuf erworbenen Qualifikationen in die Truppe einbringen.

Im Auftrag des Bundestages

Eine Möglichkeit, sich auch als nicht beorderter Reservist für die Bundeswehr einzusetzen, bietet die Freiwillige Reservistenarbeit. Sie ist ein eigenständiger Aufgabenbereich der Bundeswehr im Frieden und richtet sich an alle Reservisten, die bereit sind, sich über bestehende Verpflichtungen hinaus einzubringen. Zusätzlich zur Bundeswehr wird sie durch den 1960 gegründeten Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. geleistet. Der Reservistenverband hat ein Alleinstellungsmerkmal in der deutschen Verbands- und Vereinslandschaft, denn er ist im Auftrag des Deutschen Bundestages tätig. Seine Arbeit wird weitgehend durch Zuwendungen aus dem Verteidigungshaushalt finanziert. Die Mitgliedschaft steht nicht nur Reservisten, sondern allen Interessierten offen. Mit über 2600 Reservistenkameradschaften als Basisorganisation ist der Verband flächendeckend präsent. Mehr als 300 hauptamtliche Mitarbeiter unterstützen in über 100 Geschäftsstellen die Arbeit der ehrenamtlichen Mandats- und Funktionsträger auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene.

> Reservistenverband arbeitet als Mittler

Die in enger Zusammenarbeit mit den territorialen Kommandobehörden der Bundeswehr durchgeführte freiwillige, beorderungsunabhängige Reservistenarbeit umfasst im Kern die Aufgabenbereiche Sicherheitspolitische Arbeit, Förderung militärischer Fähigkeiten, Unterstützungsleistungen für die Bundeswehr, Öffentlichkeitsarbeit und Betreuung der Reservisten. Eine wichtige Rolle kommt den über 130000 Verbandsmitgliedern als Mittlern zwischen Streitkräften und Zivilgesellschaft zu. So tragen sie zur Information über die Bundeswehr und zur sicherheitspolitischen Bewusstseinsbildung der Bevölkerung bei. *J.H.*

Reaktion auf Tilsit 1807

Um Heeresbeschränkung zu umgehen, wurde die Reserve erfunden

Zum Herbstmanöver rücken an der Landwehr- und Reservemann. Es drückt der Helm, es schmerzt das Bein, o welche Lust, Soldat zu sein!“ Dieser aus der Kaiserzeit stammende Spruch kennzeichnet die klassische Rolle der Reservisten. Die erste Bildung einer militärischen Reserve ging einher mit der Einführung der Wehrpflicht während der Befreiungskriege. Um die Preußen nach dem Frieden von Tilsit 1807 auferlegte Heeresbeschränkung zu umgehen, führte General Gerhard von Scharnhorst das Krümpersystem ein, das den Kurzwehrdienst von Rekruten („Krümpern“) vorsah, die im Kriegsfall erneut einberufen worden wären. So konnte Preußen in den folgenden Kriegen auf eine große Zahl ausgebildeter Soldaten zurückgreifen.

Im Kaiserreich erhielten die Reservisten nach ihrem Wehrdienst eine Beorderung mit genauen Anweisungen für das Verhalten im Kriegsfall und wurden in regelmäßigen Abständen zu Wehrübungen einberufen. Das jährliche Herbstmanöver war eine feste Größe. Bei der Mobilmachung 1914 holten Hunderttausende die Uniform aus dem Schrank und eilten aus den Fabriken, Werkstätten und Büros an die Front.

Die Reichswehr verfügte als Folge des Versailler Vertrages weder über Wehrpflichtige noch über eine Reserve-Komponente. Erst mit der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht 1935 brachten die Streitkräfte wieder Reservisten hervor. Während des Zweiten Weltkrieges bildeten die Wehrpflichtigen und die Reservisten das personelle Rückgrat der Wehrmacht. Von den fast 20 Millionen Männern, die während der Kriegsjahre in der Wehrmacht dienten, waren die wenigsten vorher „aktiv“, also Zeit- und Berufssoldaten. Es gab viele Verbände, in denen ausschließlich Reservisten dienten und sich kein einziger bei Kriegsbeginn aktiver Soldat fand.

> Die Bundeswehr hatte 2,5 Millionen Reservisten

Die Bundesrepublik versteht sich als wehrhafte Demokratie. Damit sind auch die Reservisten für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr von großer Bedeutung. Neben der „aktiven Truppe“ gab es teilaktive Truppenteile, deren auch im Frieden präsente Komponente im Mobilmachungsfall durch Reservisten ergänzt worden wäre, sowie nichtaktive Truppenteile, die ausschließlich aus Reservisten bestanden. Dem Bedarf entsprechend wurde ein bestimmter Anteil der ausgeschiedenen Soldaten in einem Truppenteil fest eingeplant. Sie erhielten einen Einberufungsbescheid für den Mobilmachungsfall, der sie verpflichtete, sich nach Bekanntgabe eines Stichwortes ohne weitere Aufforderung bei ihrem Truppenteil zu melden. Zur Inübunghaltung wurden sie zu Manövern einberufen. Während des Kalten Krieges hätte die Bundeswehr auf rund 2,5 Millionen Reservisten zurückgreifen können. Am 3. Oktober 1990 hatte sie noch einen Verteidigungsumfang von 1,3 Millionen Soldaten, von denen etwa 800000 beorderte Reservisten waren. Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat diese Form der Sicherheitsvorsorge überflüssig gemacht. Jetzt gilt wirklich: „Reserve hat Ruh“. *Jan Heitmann*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1634**

Versorgungssicherheit in Gefahr

Bürgerinitativen und Energiekonzerne zeigen sich unversöhnlich – Kohlekraftwerksbau in Bedrängnis

Was in den 80er Jahren der Protest gegen die Atomkraft war, geht jetzt gegen die Kohlekraft. Die Politik unterstützt verstärkt die Protestler und gefährdet so die zukünftige Versorgung der Bürger und der Wirtschaft mit bezahlbarem Strom.

Gut 400 geladene Gäste waren zur Verleihung des Berliner Umweltpreises in das Rote Rathaus geladen worden. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) hielt die Laudatio für die Geehrte. Hierbei handelte es sich um die Bürgerinitiative „Nein zum Kohlekraftwerk", deren Engagement von der Umweltorganisation BUND gar in Zusammenhang mit den „Wir sind das Volk" rufenden DDR-Bewohnern gebracht wurde.

Bürgerinitiativen wie die der Lichtenberger liegen im Trend. Der „Spiegel" unkt gar, der Widerstand gegen Kohlkraftwerke erinnere an den AKW-Protest in den 70er und 80er Jahren. Phantasievoll verkleidet machen die Protestler auf ihr Anliegen aufmerksam. Und so ließ sich auch Hanaus Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) vom Sensenmann und anderen Gestalten, die auf den Anstieg der CO_2-Emissionen von fünf auf acht Millionen Tonnen pro Jahr im Falle einer Erweiterung des Kohlekraftwerkes Staudinger hinwiesen, beeindrucken. Block 6 sei nicht genehmigungsfähig, so die Stadt in einer Stellungnahme letzte Woche. „Das Kohlekraftwerk wird nicht gebaut", hieß es kurz zuvor auch aus Mainz. Die Umweltdezernentin Rita Thies (Grüne) veranlasste die Rücknahme des Vorbescheids für das Kraftwerk Mainz-Wiesbaden AG und beugte sich somit dem Druck der Bürgerinitiative „Kohlefreies Mainz". 26 neue Kohlekraftwerke waren noch vor kurzem für Deutschland geplant, doch inzwischen fielen Ensdorf, Bremen, Berlin, Kiel und nun auch Mainz.

„Bis zum Jahr 2020 muss voraussichtlich ein großer Teil der Kraftwerksanlagen in Deutschland aus Altersgründen abgeschaltet werden. Bleibt es bei dem angekündigten Ausstieg aus der Kernenergie, verstärkt das den Bedarf an Ersatzkapazität noch zusätzlich", gibt der Energiekonzern EnBW zu bedenken und betont, dass eine „langfristig zuverlässige, ökologisch und ökonomisch verantwortliche Stromversorgung" sein Ziel sei.

Dass vor allem die vier großen Stromkonzerne Vattenfall, RWE, Eon und EnBW ihren Fokus auf den ökonomischen Aspekt gelegt haben, empfanden die meisten Stromkunden in den letzten Wochen so: Ihnen flatterten Benachrichtigungen über Strompreiserhöhungen ins Haus. Dabei tröstete es die Verbraucher wenig, dass laut Stromversorgern die Preissteigerungen auf das Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) zurückzuführen seien. So solle die EEG-Umlage von ungefähr 1,1 Cent pro Kilowattstunde auf zwei Cent im nächsten Jahr steigen.

„Für einen vierköpfigen Haushalt macht das im nächsten Jahr 5,95 Euro an der Stromrechnung aus", rechnete Umweltminister

Es droht der Abriss eines Neubaus

Norbert Röttgen (CDU) vor und straft damit die Stromkonzerne Lügen, die eine deutlich höhere Summe veranschlagen. Röttgen lässt aber bei seiner Kritik unerwähnt, dass nicht nur die großen Vier, sondern auch führende Anbieter von Ökostrom die Preise erhöhen.

Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert, scheint in Sachen Preispolitik die Stimmung bei den großen, profitablen Stromversorgern zu sein. Und da sie trotz nachweisbaren Ausbaus der Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien derzeit als Buhmänner gelten und Politiker sich deswegen immer öfter dem Druck von Bürgerinitiativen beugen, haben die Stromerzeuger scheinbar nichts mehr zu verlieren.

Doch dem ist nicht so. Der Fall des nordrhein-westfälischen Datteln könnte eine Symbolwirkung auf die weitere Nutzung der Kohlekraft haben. Dort bauen 1500 Arbeiter für Eon ein Kohlekraftwerk. Bereits 2004 zogen die Eon-Manager aus dem Vorwurf, sie würden alte, abgeschriebene Kohlemeiler am Netz lassen, anstatt in neue, effiziente Anlagen zu investieren, Konsequenzen. Und so planten sie eine neue Anlage, deren Wirkungsgrad mit 46 Prozent acht Punkte über dem bisheriger Meiler lag. Damals war der Widerstand gegen Kohlekraft noch nicht so groß, so dass auch die Politik alles daran setzte, schnell die Baugenehmigungen zu beschaffen und somit Arbeitsplätze in der Region zu sichern. Doch mit dem Gießen des Fundamentes 2007 wurde den Anwohnern bewusst, dass das neue Kraftwerk dreimal so groß war wie ihre vorherige 300-Megawatt-Anlage. Ein Bauer und der BUND klagten am Oberverwaltungsgericht in Münster, weil der neue 1055-Megawatt-Meiler nur den Vorgaben der CO_2-Reduzierung entspreche, wenn noch andere alte Kraftwerke vom Netz genommen würden. Das Gericht erklärte darauf den Bebauungsplan für unwirksam. Eon ist fassungslos, hat es doch eine Milliarde Euro in den Neubau investiert. Jetzt droht ein Abriss, der eine weitere Milliarde verschlingen würde. Das sind Kosten, die auch den Strompreis erhöhen. Doch anstatt als Kompromiss andere Altanlagen zur Disposition zu stellen, zeigt sich Eon beleidigt. „Falls moderne Kraftwerke wie Datteln nicht genehmigt werden, werden ältere Anlagen, die deutlich mehr Kohle verbrauchen und mehr CO_2 ausstoßen, länger am Netz bleiben." Doch damit wäre keinem geholfen und die zukünftige Versorgungssicherheit geriete gar in Gefahr. In Frankreich hat Stagnation bei der Modernisierung des Kraftwerkparks des französischen Stromriesen Electricité de France dazu geführt, dass deren Chef offen vor Engpässen bei der Versorgung gewarnt hat. Neben der Expansion ins Ausland, die Schulden in Höhe von 37 Milliarden Euro verursachte und den Blick auf das Inland verdrängte, haben dortige Atomkraftgegner die Modernisierung des weitgehend aus Atomkraftwerken bestehenden Kraftwerkparks verhindert. *Rebecca Bellano*



Demonstranten gegen die Erweiterung des Kohlekraftwerks Staudinger bei Hanau: Unter dem Motto „Klima schützen – Kohle stoppen!" fordern sie, die Neubaupläne aufzugeben. Bild: ddp

MELDUNGEN

»FAS« macht bei Kampagne mit

Mainz/Frankfurt – Der immer deutlichere Linkskurs hat dem Sender ZDF nicht genutzt. Als „sehr bitter" bewertet Hessens Ministerpräsident Roland Koch den Umstand, dass die heute-Sendung seit 2002 über 25 Prozent ihrer Zuschauer verloren hat, das Auslandsjournal sogar 56 Prozent. Koch will Konsequenzen und wehrt sich gegen den Vorwurf, sein Einspruch gegen eine Vertragsverlängerung von Chefredakteur Nikolaus Brender sei parteipolitisch motiviert. SPD-Politiker wie Klaus Wowereit, Heide Simonis und Kurt Beck argumentieren so und warfen Koch und anderen Mitgliedern des ZDF-Verwaltungsrates vor dessen Sitzung am Freitag dieser Woche sogar Eingriffe in die journalistische Unabhängigkeit vor. Ebenso argumentierten nun 35 Staatsrechts-Professoren in einem offenen Brief. Dass die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" (FAS) diesen Vorstoß nun mit reißerischer Überschrift („Das Fernsehen als Beute?") zum Aufmacher auf Seite 1 gemacht hat und dem ZDF-Verwaltungsrat allen Ernstes „gemeinschaftlichen wissentlichen Verfassungsbruch" vorhielt, falls er den Vertrag des wenig erfolgreichen Chefredakteurs nicht verlängern sollte, gilt Beobachtern als Sensation, die aber mehr über die „Frankfurter Allgemeine" als über den ZDF-Verwaltungsrat besage. *PAZ*

»Kostbare Minderheit«

Wittenberg – Die Zahl der Konfirmanden aus dem Gebiet der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) hat sich in nur acht Jahren mehr als halbiert: Während dort im Jahr 2000 etwa 9500 Jugendliche konfirmiert wurden, waren es 2008 nur noch rund 4000, berichtet ein Vertreter der EKM. Konfirmanden seien „eine kostbare Minderheit". *idea*

Russki-Deutsch (44):

Trudarmija

Von Wolf Oschlies

Trudarmija ist ein Akronym aus „trudovaja armija", was wörtlich Arbeitsarmee bedeutete. So hießen halboffiziell die paramilitärischen Zwangsarbeitsformationen für 400 000 Sowjetbürger deutscher Nationalität. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion waren mit dem Dekret vom 28. August 1941 über 800 000 Deutsche in den asiatischen Teil der UdSSR deportiert worden, von denen über die Hälfte zur Trudarmija „mobilisiert" wurden. Das Dekret erschien über zwei Monate nach Ausbruch des Krieges, als die deutsche Wehrmacht auf einem scheinbar unaufhaltsamen Siegeszug in Richtung Moskau war. Stalin war der Ansicht, dass die deutsche Armee die Bildung einer „fünften Kolonne" betrieb und verstand die kollektive Bestrafung der Deutschen als „Präventivmaßnahme". Ab September 1941 wurden deutsche Angehörige der Roten Armee in Bautrupps versetzt, Anfang 1942 zu Gruppen „arbeitsmobilisierter Deutscher" zusammengefasst. Das markierte den Beginn der Trudarmija, deren Angehörige wie Gulaghäftlinge verpflegt wurden, wie Strafarbeiter im Bergbau, bei der Eisenbahn etc. schuften mussten und wie Soldaten strengster Disziplin unterlagen. Ab Oktober 1942 wurden auch Frauen von 16 bis 45 Jahren zur Trudarmija eingezogen.

Die Lebensbedingungen in der Trudarmija waren katastrophal, die Sterberaten extrem hoch – es handelte sich um einen „geplanten Genozid", wie postsowjetische Historiker urteilten. Erst 1946/47 lockerten sich die Bedingungen etwas, die „Arbeitskolonnen und -zonen" bei Großbetrieben, also die Formationen der Trudarmija, wurden normale Teile der Werksbelegschaft. Die in ihnen festgehaltenen Deutschen durften ihre Familien zu sich holen, unterstanden aber nach wie vor „Sonderkommandanturen". Die Zusammenführung der getrennten Familien dauerte bis Ende der 1950er Jahre, da die Betriebe den qualifizierten und darum gesuchten Deutschen keinen Wohnraum zur Verfügung stellen konnten oder durften. In ihre alten Siedlungsgebiete im europäischen Teil der Sowjetunion durften Deutsche nicht zurückkehren – auf Entschädigung für enteigneten Besitz mussten sie schriftlich „verzichten". In asiatischen Regionen lebten sie in „Sondersiedlungen" des KGB.

Zweierlei Maß

Karlsruhe: NS-Unrecht hat Sonderstellung

Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe hat entschieden: Der verschärfte Volksverhetzungsparagraph ist „ausnahmsweise" verfassungskonform. Das Gericht wies damit eine Verfassungsbeschwerde des jüngst verstorbenen NPD-Funktionärs und Rechtsanwalts Jürgen Rieger ab.

Konkret ging es in dem Fall um einen Streit zwischen der fränkischen Gemeinde Wunsiedel und Rieger um einen „Gedenkmarsch" für Rudolf Heß im Jahr 2005. Die Veranstaltung war im Vorfeld unter Hinweis auf den umstrittenen Paragraphen verboten worden.

Der Volksverhetzungsparagraph 130 des Strafgesetzbuches stellt einseitig die Verherrlichung des Nationalsozialismus unter Strafe. In Absatz 4 steht: „Wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt" wird bestraft – mit bis zu drei Jahren Gefängnis oder Geldstrafe. Stalinistischer oder sonstiger totalitärer Terror darf hingegen auch und gerade nach dem jüngsten Urteil weiterhin geleugnet und verherrlicht werden.

Diese Schwachstelle, dass Gesetze allgemein zu sein haben und nicht bestimmte Meinungen allein abstrafen dürfen, erkannte das Gericht und bekräftigte sie sogar ausdrücklich. Die Vorschrift sei „ausnahmsweise" dennoch mit dem Grundgesetz vereinbar, so der erste Senat – angesichts der Schrecken der NS-Herrschaft. Auch die Meinungsfreiheit sah das Gericht nicht eingeschränkt.

Stalins Terror darf verherrlicht werden

Diese Logik ist offenbar selbst manchen jüdischen Autoren nicht ganz geheuer. „Das Gesetz war gut gemeint, hat sich aber als kontraproduktiv erwiesen, indem es Idioten dazu verhilft, sich als Märtyrer im Kampf um die historische Wahrheit zu inszenieren", erklärte der Publizist Henryk M. Broder kürzlich. Ähnlich äußerte sich Rafael Seligmann über Pläne eines schwedischen Verlags, Hitlers „Mein Kampf" zu wissenschaftlichen Zwecken neu aufzulegen, was in Deutschland als Volksverhetzung gilt. Das zeuge von „mangelndem demokratischen Selbstbewusstsein", so der deutsch-israelische Schriftsteller. *SV*

In der ersten Reihe

Mappus stärkt Konservative in der CDU

Als neuer Landesvorsitzender von Baden-Württemberg ist Stefan Mappus schon jetzt einer der führenden Köpfe der deutschen CDU. Die Wahl des 43-jährigen Ökonomen mit gut 91 Prozent lässt aufhorchen, zumal nicht von vornherein klar war, dass es keinen Gegenkandidaten geben würde. Der Stabwechsel mit Günther Oettinger, der EU-Kommissar wird, verlief harmonisch: Mappus verzichtete selbst auf die kleinste verbale Spitze gegen Oettinger, obwohl die Unterschiede der beiden kein Geheimnis sind. Oettinger seinerseits vermied es auf dem Parteitag in Friedrichshafen, seine Rede zu einer Art „Vermächtnis" aufzubauschen, was den Spielraum seines designierten Nachfolgers beschnitten hätte.

Einigkeit besteht zwischen den beiden, dass Mappus' Wahl zum baden-württembergischen Ministerpräsidenten wohl erst im Januar stattfinden soll, damit Oettinger seine Verhandlungen über das neue Amt in Brüssel mit der Autorität des Regierungschefs führen kann. Bleibt die Gretchenfrage nach den inhaltlichen Positionen von Mappus. Durch seine Mitarbeit am CDU-Manifest „Moderner bürgerlicher Konservatismus" von 2007 gilt er als einer der wenigen verbliebenen Konservativen in der ersten Reihe seiner Partei. Er umwirbt die „heimatverbundenen Patrioten, überzeugten Christen und wertbewussten Konservativen" und hat sich das Prinzip von Franz Josef Strauß zu eigen gemacht, dass es rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe.

Die knapp 92 Prozent lassen aufhorchen

Über eine Zusammenarbeit mit den Grünen äußerte er sich viel skeptischer als andere in der CDU, ohne sie allerdings auf Dauer auszuschließen. Die Rückkehr Baden-Württembergs zum ausgeglichenen Haushalt ist sein erklärtes Ziel, allerdings trägt Mappus die Steuersenkungspläne der Bundesregierung mit, obwohl sie den Ländern zunächst neue Lasten bescheren. Im Streit um Erika Steinbach bezieht Mappus weniger eindeutig Stellung als die CSU. „Ich finde, da agiert die FDP vielleicht auch nicht so wahnsinnig optimal", meinte er, hielt sich aber eine Hintertür offen: Er könne in dieser Frage „jetzt nicht jedes Detail beurteilen". *K.B.*

MELDUNGEN

Polens Soldaten bald am Rhein?

Warschau – Mit viel Wohlwollen diskutiert Polen den Vorschlag des britischen Verteidigungspolitikers Liam Fox, in Deutschland könnten bis zu 25000 polnische Soldaten stationiert werden. Fox erklärte, seine konservative Partei beabsichtige, nach einem Wahlsieg im nächsten Jahr die noch 25000 britischen Soldaten aus Deutschland abzuziehen. Ersetzt werden könnte das in Nordrhein-Westfalen stationierte Kontingent durch Soldaten anderer Nato-Verbündeter, insbesondere Polen. Wie der Internetdienst „polskaweb" meldet, wird dieser Vorschlag im polnischen Fernsehen mit viel Wohlgefallen diskutiert („Warum nicht, unsere Frauen sind ja auch schon dort?"). Sehr offen spricht Fox über Afghanistan. Den Briten müsse die Wahrheit über die „Kosten einer Niederlage" dort gesagt werden. Dazu zähle, dass Großbritannien dann in die „dritte Liga" der Weltpolitik absteigen würde. *K.B.*

Pistolen auf dem Schwarzmarkt

Kabul – Mit begrenztem Erfolg versucht die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (Isaf), mehr Verantwortung in die Hände der afghanischen Regierung und damit auch der dortigen Polizei zu übergeben. Bereits vor vier Jahren lieferte das Bundesverteidigungsministerium dem afghanischen Innenministerium dazu 10000 Walther-P1-Pistolen. Doch heute stehen nur noch wenige dieser Waffen der Polizei zur Verfügung. Stattdessen entdecken in Afghanistan stationierte deutsche Soldaten die P1-Pistolen auf Schwarzmärkten des Landes. Laut Uno-Angaben quittieren pro Jahr bis zu 25 Prozent der afghanischen Polizisten ihren Dienst. Viele von ihnen müssen danach ihre Waffen nicht abgeben und verkaufen diese oder nutzen sie selbst. *Bel*

Verteidiger erinnert an Albert Speer

Rote-Khmer-Prozess in Kambodscha: Wie wird ein zum Christentum bekehrter Scherge verurteilt?

Das Beispiel von Hitlers Stararchitekten, der aufgrund seiner Mitarbeit bei den Nürnberger Prozessen zu „nur" 20 Jahren Haft verurteilt wurde, soll in Kambodscha vor dem Rote-Khmer-Tribunal Kaing Guek Eav vor der Höchststrafe bewahren. Anders als Speer droht ihm aber nicht die Todesstrafe.

Hitlers Stararchitekt Albert Speer spielt derzeit posthum beim Völkermord-Tribunal in Kambodscha eine Rolle. Der französische Verteidiger des wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagten Kaing Guek Eav (als Duch [gesprochen „Deuk"] bekannt), Francois Roux, beruft sich auf die Nürnberger Prozesse nach dem Zweiten Weltkrieg. Speer hatte als einzige NS-Parteigröße Verfehlungen etwa bei der Einrichtung von Konzentrationslagern und der Zwangsarbeit zugegeben. Auch hatte er Reue bekundet, mit der Anklage kooperiert und so bei der Aufklärung von Hintergründen geholfen. Aus diesem Grund entging er der Todesstrafe zugunsten von 20 Jahren Haft.

Dieselbe Strategie wendet nun der versierte Strafverteidiger Roux vor dem Tribunal gegen Duch, den einstigen Chef des berüchtigten Haftlagers „S-21" und ausgebildeten Mathematiklehrer, in Phnom Penh an und hofft für seinen 67-jährigen Mandanten auf entsprechende Milde.

Duch, der 1995 zum Christentum konvertierte und bis 1999 als Missionar unentdeckt im Lande lebte, verhält sich ähnlich wie der frühere Architekt und Chef der Rüstungsindustrie, erklärt dem Gericht komplizierte Dokumente und gibt Erklärungen dazu ab, wie er mit brutaler Effizienz das Gefängnis Tuol Sleng (S-21) leitete und dort für den grausamen Tod von über 15000 Menschen verantwortlich sein soll. Nur sieben überlebten. Er bittet nun diese ehemaligen Opfer darum, ihn, den Reuevollen, im Gefängnis zu besuchen.

„Er ist gut für diese Art der Verteidigung trainiert worden", kommentiert Youk Chhang, Direktor des kambodschanischen Dokumentationszentrums, der von Amts wegen die Verbrechen der Roten Khmer aufzeichnet. Es gibt aber auch Stimmen im Lande, die in der Ausrichtung auf die Taktik Speers die Möglichkeit eines Fehlschlages wittern, denn viele Kambodschaner glauben den Reuebekenntnissen des ehemaligen Schlächters kein Wort und schon gar nicht, dass er seine Untaten nur aus Angst vor Pressionen gegen seine Familie und auf Weisung übergeordneter Stellen begangen habe. Oft genug soll er bei den Gräueln selbst mit Hand angelegt haben. „Auch Speer war, wie er, ein total blutleerer Bürokrat", meint der Historiker Peter Maguite, der sich sowohl mit dem Nürnberger Tribunal als auch mit der Aufarbeitung der blutigen Geschichte der Roten Khmer beschäftigt.

> Er hat rund 16000 Menschenleben auf dem Gewissen

Die kommunistischen Khmer unter ihrem Führer Pol Pot hatten in dem fernöstlichen Land von 1975 an ein nahezu beispiellos grausames Regime geführt und waren zum Teil unter Einsatz von Kindersoldaten an die Macht gekommen. 1979 endete nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen die Herrschaft der „Brüder". Noch 1992 flammte der Bürgerkrieg wieder auf, als sich die Roten Khmer weigerten, ihre Waffen unter Aufsicht der UN abzuliefern, und bis 1995 wieder Tausende von Zivilisten in ihre Dschungel-Konzentrationslager an der thailändischen Grenze verschleppten.

Sofort nach der Machtübernahme Pol Pots hatte die Deportation der Einwohner von Phnom Penh auf die Reisfelder des Landes begonnen. Ebenso zwangen die neuen Machthaber die Bewohner anderer Kommunen zur Arbeit. Innerhalb weniger Tage glich die Kapitale des Landes einer Geisterstadt. Tausende Menschen starben auf den Märschen vor Entkräftung, die Überlebenden wurden zu Arbeitern „gewandelt" und mussten schwarze Einheitskleidung tragen. Das Land entwickelte sich zu einem gigantischen Arbeits- und Gefangenenlager. Tagesarbeitszeiten von zwölf Stunden oder mehr waren angesagt. Geld wurde abgeschafft, Bücher verbrannt, fast die gesamte intellektuelle Elite des Landes ermordet, das Praktizieren jedweder Religion verboten, hunderte von Klöstern, Moscheen und Kirchen zerstört.

Das Regime Pol Pots ist die einzige Diktatur, in der die Bevölkerung wegen Geheimhaltung nicht wusste, wer sie unter der Bezeichnung „Angka" (die Partei) regierte. Pol Pot trat nie öffentlich auf, es gab keine Biographie und keine Standbilder, nur einmal wurde er in der Öffentlichkeit als „Arbeiter einer Kautschukplantage" gesichtet. Pol Pot starb 1998 unter ungeklärten Umständen.



Bekundet Reue und hilft bei der Aufarbeitung: Kaing Guek Eav vor Gericht. Er weiß, dass keine Strafe dieser Welt seine furchtbare Schuld aufwiegen kann, und hofft auf die Vergebung in Jesus Christus. Bild: Getty

Kambodscha ist das wohl am meisten heimgesuchte Land in Ostasien. Noch vor dem Terrorregime der Khmer wurde es von den USA in den Krieg gegen die Vietkong einbezogen und litt unter einem beispiellosen Flächenbombardement, das 200000 Menschen, meist Zivilisten, das Leben kostete. Von 1968 bis 1973 fielen mehr als 700000 Tonnen Bomben auf das kleine Land – doppelt so viel wie während des Zweiten Weltkriegs auf Japan. Nach dem Sturz des Terrorregimes wurden Massengräber mit 1,39 Millionen Toten entdeckt. Schätzungen gehen von bis zu drei Millionen Opfern aus.

Nach Duch, dessen Verurteilung für 2010 erwartet wird, sollen noch weitere „Brüder" vor Gericht, so der Chefideologe Nuon Chea, der Außenminister Ieng Sary und seine Frau sowie Sozialminister Ieng Thirith. Sie behaupten zum Teil, von den Gräueln nichts gewusst zu haben. *Joachim Feyerabend*

Staubsaugen im All

Russland will mit Entsorgung Geld machen

Russland und die USA könnten sich einen neuen Konkurrenzkampf im Weltraum liefern. Es geht um Marktanteile für die Müllsammlung, einem Segment, das zur Zeit noch unbesetzt ist. Dies soll sich laut Vitalij Lopota, dem Chef des russischen Raumfahrtkonzerns „Energija", ändern. Russland will in den nächsten zehn Jahren seine Präsenz im Weltraum vergrößern. Lopota sieht hier große Verdienstmöglichkeiten, nicht nur in den Bereichen Telekommunikation, Navigation und Wettersatelliten. Russland soll führend bei der Sammlung von Weltraumschrott werden, wo Umsätze von über 500 Millionen Euro winken. Einziges Problem: Sein Land verfüge zur Zeit noch nicht über die Technik zur Einsammlung des Schrotts. „Energija" arbeite aber an der Entwicklung eines Weltraumstaubsaugers, der entweder auf der Basis eines Raumschiffs oder einer Plattform mit einer Atomanlage entstehen soll, so Lopota. Der „Staubsauger" werde die Trümmer ansaugen, die dann verbrannt oder in ungefährlichere, von der Erde entferntere Räume befördert würden. Die Konstrukteure denken an ein unbemanntes, ferngesteuertes Raumschiff.

Von den extrem schnell herumfliegenden Trümmern in der Erdumlaufbahn geht Gefahr aus. Erst im Mai dieses Jahres musste die Internationale Raumfahrtstation ISS kurzfristig evakuiert werden, weil ein Teil von weniger als einem Kubikzentimeter Größe ihr bedrohlich nahe gekommen war. Eine reine Vorsichtsmaßnahme, teilten sowohl die USA als auch Russland mit. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der „nahen Begegnungen" im Orbit deutlich zugenommen. „Nah" bedeutet, dass Weltraummüll – nicht mehr benötigte Überreste verschiedener Raumfahrtmissionen, Satelliten, Fragmente von Raumfähren, aber auch Teilchen einer Explosion oder Kollision – innerhalb von fünf Kilometern aneinander vorbeirasen. Laut Experten wird sie sich in den kommenden Jahren verdoppeln. Grund für die Häufungen sind Satellitenkollisionen und die absichtliche Zerstörung von inaktiven Satelliten wie durch China im Jahr 2007, die einen wahren Trümmerregen verursacht hat. Russische Experten warnen auch vor militärischen Konflikten, die irrtümlich durch zerstörerische Trümmerteile verursacht werden könnten. *Manuela Rosenthal-Kappi*

> Verdopplung der Beinahe-Kollisionen

Blutvergießen im vergessenen Eck

Der jemenitische Bürgerkrieg eskaliert – Saudi-Arabien greift ein

Der Konflikt im Nordwesten des Jemen liefert seit kurzem Schlagzeilen: Saudische Bodentruppen sind in Gefechte mit „Huthi-Rebellen" verwickelt, und die Luftwaffe fliegt Angriffe diesseits und jenseits der Grenze. Prompt ist die Rede von einem „Stellvertreter-Krieg" mit dem Iran.

Solche Etikettierungen sind beliebt, denn sie erlauben es, mit minimalem Aufwand Ereignisse ins eigene Gedankengebäude einzuordnen. Leicht können dabei aber wesentliche andere Aspekte untergehen – besonders wenn es um den Nahen Osten geht. Auffällig ist jedenfalls, dass der Jemen-Konflikt von der Weltöffentlichkeit bisher kaum wahrgenommen wurde, obwohl er schon seit drei Jahren andauert, mehrere Tausend Tote und weit über 100000 Binnenflüchtlinge verursachte – und eine noch viel längere Vorgeschichte hat. Aber jetzt passt er eben zur Konfrontationspolitik gegenüber dem Iran.

> Der Konflikt ist bereits vor drei Jahren ausgebrochen

Ob und wie der Iran im Jemen wirklich mitspielt, ist schwer zu sagen, denn neben den Behauptungen Saudi-Arabiens und der jemenitischen Regierung – angeblich wurde sogar ein Schiff mit iranischen Waffen abgefangen – gibt es keine unabhängigen Beweise dafür, dass der Iran die Aufständischen mit Waffen versorgt und sie in Somalia oder im Libanon ausbildet. Aber es gibt auch keine Gegenbeweise, und es wäre durchaus logisch, wenn die iranische Regierung tatsächlich die Gelegenheit nützte, um Verbündeten der USA Probleme zu machen.

Auf den Jemen-Konflikt passen allerdings auch andere Etiketten: Etwa Religionskrieg zwischen Sunniten und Schiiten. Oder Aufstand gegen eine der korruptesten Regierungen der Welt. Oder Stammeskrieg und somit schlichtweg Zerfallserscheinung eines gescheiterten Staates – so wie gegenüber auf der anderen Seite des Golfs von Aden in Somalia.

Die „Huthi" sind kein „Stamm", sondern eine politisch-religiöse Gemeinschaft, benannt nach ihrem Gründer Scheich Al-Huthi, der 2004 von Regierungstruppen ermordet wurde. In religiöser Hinsicht zählen die Huthi zu den schiitischen Saiditen, deren Zahl unter den über 40 Millionen Jemeniten je nach Sympathie und Manipulationsabsicht mit 20 bis 40 Prozent angegeben wird.

Die Begriffe „Religionskonflikt" und „Stammeskonflikt" sind insofern zutreffend, als Stammesführer – wie einst Europas Fürsten – stets für die konfessionelle Einheitlichkeit ihrer Leute sorgen. Die Saiditen sind benannt nach einem Nachfahren des Propheten Mohammed. Er hatte sich 740 gegen die Herrschaft der Omajaden-Kalifen erhoben und wurde getötet. Die Saiditen sind im Nordjemen konzentriert, wo bis 1962 saiditische Imame die geistliche und weltliche Herrschaft ausübten. Sie sind „Fundamentalisten" in dem Sinn, dass sie nur die Lehrer der „ersten drei Generationen" (beginnend mit Mohammed) anerkennen. Aber unter allen Schiiten stehen sie der sunnitischen Lehre am nächsten.

> »Stellvertreter-Krieg« mit dem Iran oder Religionskrieg?

In der jüngeren Geschichte hat einiges zur Verschärfung der Gegensätze beigetragen: Die Hafenstadt Aden und der Südjemen kamen unter britische Herrschaft, während der Norden zeitweise unter türkischer und wahhabitischer (saudischer) Oberhoheit war. Nach dem Abzug der Briten 1967 wurde der Südjemen eine „Volksrepublik" mit marxistischer Einheitspartei und Anlehnung an den Ostblock. Sie bestand bis 1990, bis zur Vereinigung mit der Republik Nordjemen, die nach Ende der Imam-Monarchie 1962 gegründet worden war. Der Nordjemen war ab 1958 Teil der „Vereinigten Arabischen Staaten" und 1962 bis 1967 de facto mit Ägypten vereinigt. Im gebirgigen, von Regierungstruppen kaum kontrollierbaren Norden kam es immer wieder zu Guerilla-Aktionen von Anhängern der gestürzten Monarchie.

Die saudischen Militäraktionen einschließlich einer Seeblockade der nordjemenitischen Küste könnten allerdings genau das Gegenteil von dem bewirken, was in saudischem Interesse steht: Sie könnten einerseits dem Iran die Türen öffnen und andererseits im zerfallenden Jemen dem Gottseibeiuns Al-Kaida neue Basen verschaffen. Man sollte nicht vergessen, dass Osama bin Ladens Vater, der es in Saudi-Arabien zum Multimillionär brachte, aus dem Jemen stammte – aus dem Südjemen. Dass es Al-Kaida gelingt, unter den dortigen Verwandten Osamas Anhänger zu rekrutieren, ist mehr als wahrscheinlich. *R. G. Kerschhofer*

Renaissance für den Standort D

Flucht in Billiglohnländer abgeschwächt – Viele Firmen kehren schon wieder nach Deutschland zurück

Der Standort Deutschland ist der Gewinner der globalen Krise: Immer weniger Firmen verlagern die Produktion ins billigere Ausland, immer mehr kehren sogar reumütig zurück in die Heimat.

Als vor Jahresfrist die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise Deutschland erreichte, musste man auf Horrorprognosen nicht lange warten. Massenflucht ins Niedriglohn-Ausland, Massenarbeitslosigkeit daheim, so die Schlagzeilen, nicht nur in gewerkschaftsnahen Publikationen. Bei befürchteten sechs Millionen Arbeitslosen drohte die „Gelbe Gefahr“ das gute alte „Made in Germany“ hinwegzufegen. Denn wenn die Wirtschaft den Gürtel enger schnallen muss, tut sie das laut gängiger Vorstellung vorzugsweise beim einheimischen – angeblich zu teuren – Personal.

Die aktuellen Zahlen und Fakten, die jetzt vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung in Karlsruhe im Auftrag des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) vorgelegt wurden, sprechen jedoch eine andere Sprache. Nicht in der Krise, sondern in den vorangegangenen Boom-Jahren war die Quote der Produktionsverlagerungen auf Rekordhöhen geklettert. Noch 2006 suchten 19 Prozent der Firmen im Verarbeitenden Gewerbe das Heil in der Flucht, zumeist in östliche Richtung.

Bevorzugte Ziele: die neuen ost- und südosteuropäischen EU-Staaten (40 Prozent), China (27) und weitere fernöstliche Billiglohn-Paradiese (16). Insgesamt 3200 Betriebe sagten dem deutschen Arbeitsmarkt ade. Zumindest teilweise. Denn nur in seltenen Fällen wurde die Produktion vollständig ausgelagert, während in vielen Fällen – auch dies sei zur Ehrenrettung der deutschen Wirtschaft erwähnt – der Export von Billiglohnjobs den Erhalt höherqualifizierter Arbeitsplätze in der Heimat absichern konnte.

Wichtigste Triebfeder waren und sind natürlich die Personalkosten (77 Prozent). Andere Motive wie Transportkosten, Erschließung ausländischer Märkte, Mangel an einheimischen Fachkräften, zu hohe Steuern und Abgaben in Deutschland spielen hingegen nur eine untergeordnete Rolle.

Doch auch in der „Goldgräberstimmung“ der Globalisierungseuphorie ließ die Ernüchterung nicht lange auf sich warten: Den 3200 Auslagerern des Jahres 2006 standen 570 Rückkehrer gegenüber. Sie zogen die Konsequenz aus den Qualitätsmängeln osteuropäischer und fernöstlicher Produktion (68 Prozent), hatten Probleme mit Lieferterminen (43) sowie hohen Logistik- und Transportkosten (32). Zudem wartete jeder dritte Betrieb vergebens auf die erwarteten Einsparungen im Personalbereich. Und fünf Prozent der Unternehmen wurden im Ausland Opfer staatlich geförderter Produktpiraterie.

Bei der Vorstellung der aktuellen Fraunhofer-Studie gab VDI-Direktor Willi Fuchs bemerkenswerte Hinweise, warum die Billiglohn-Rechnung der auslagerungswilligen Betriebe oft nicht aufgeht: Meist werde die Bedeutung der Lohnkosten weit überschätzt.

> »Made in Germany« soll wieder für Qualität stehen

Wie das Statistische Bundesamt bestätigt, machen sie im Verarbeitenden Gewerbe nur durchschnittlich 18,7 Prozent der gesamten Produktionskosten aus. Rechnet man die Kosten für Forschung sowie für das Management heraus und nimmt nur die reinen Arbeitskosten, sinkt der Lohnkostenanteil sogar auf 11,5 Prozent. Warum viele deutsche Arbeitgeber beim Wort Sparen zuerst ans Personal denken, ist also mit Sachargumenten kaum zu erklären.

Der VDI-Sprecher weiter: „Gerade bei kostenbetriebenen Verlagerungen erweisen sich manche Annahmen als Trugschluss. Denn vor Ort können unerwartete Probleme auftreten.“ Hauptproblem laut Fuchs: „Wer die hohe Qualität deutscher Produkte auch bei der Produktion im kostengünstigen Ausland garantieren will, der zahlt nicht selten drauf. Zudem garantiert das deutsche Zulieferernetzwerk eine große Flexibilität und Lieferfähigkeit. Im Ausland sieht dies leider meist anders aus.“

Dass „Made in Germany“ sich kaum ohne Qualitätsverlust globalisieren lässt, letztlich aber erfolgversprechender ist als vordergründige und kurzfristige Lohnkosteneffekte, hat sich, wie die Fraunhofer-Studie bestätigt, offenkundig inzwischen auch auf deutschen Chefetagen herumgesprochen. Demnach ist – trotz krisenbedingt verschärftem Kostendruck – die Zahl der Betriebsverlagerungen seit 2006 um 40 Prozent zurückgegangen. Die bei 1500 Betrieben abgefragten aktuellen Planungen bekräftigen diesen Trend. Zugleich blieb die Zahl der Rückverlagerungen stabil – Tendenz steigend.

Hierin sieht Willi Fuchs vom VDI nach der jahrelang praktizierten „Flucht“ geradezu eine „Renaissance des Produktionsstandorts Deutschland“: Das Markenzeichen „Made in Germany“ – 1887 von England eingeführt, um deutsche Importe zu diskreditieren – könne nun wieder „zum Synonym für Qualität und Zuverlässigkeit werden“.

Dies lässt sich sogar in Branchen beobachten, die eigentlich am Standort Deutschland längst für tot erklärt waren, zum Beispiel im Bereich Textil und Mode. Auch wenn die Geiz-ist-geil-Kundschaft nach wie vor mit chemieverseuchtem China-Gelump überschwemmt wird, so erweisen sich qualitätsbewusste, anspruchsvollerer Kundschaft orientierte deutsche Hersteller als überraschend krisenresistent. Als Beispiel sei hier Marc O'Polo genannt: Das Mode-Unternehmen hat die Konsequenz aus den Problemen mit ausländischen Zulieferern gezogen und hat – mitten in der Krise – den angestammten Standort im oberbayerischen Stephanskirchen zügig aus.

Hans-Jürgen Mahlitz




Setzt seit Jahren ganz bewusst auf Produktion in Deutschland: Der Sportartikelhersteller Trigema — Bild: action press

MELDUNGEN

HSH: Boni aus schwarzer Kasse

Hamburg – „Duale Vergütungsstruktur“ nannte die HSH Nordbank ihre schwarzen Kassen, aus denen sie ihren „Leistungsträgern“ Boni zahlte. Da die Besoldungsvorschriften für die Landesbank nur Gehälter vorsah, die zu gering waren, um Investmentbanker aus der Privatwirtschaft abzuwerben, gründete das öffentlich-rechtliche Institut „Zweckgesellschaften“, über die sie die höheren Gehälter abwickeln konnte. *Bel*

Kasachstan lässt Geldgeber allein

Astana – Offiziell hat die kasachische Regierung noch nicht auf die Maßregelung aus Berlin reagiert, das Land möchte dafür Sorge tragen, dass seine Pleite-Banken ihren Verpflichtungen gegenüber deutschen Geldgebern nachkommen. Zwei der größten Banken des Landes, darunter die mehrheitlich staatseigene BTA, stehen im Zuge der Finanzkrise vor der Pleite. Auslandsverbindlichkeiten in Höhe von zehn Milliarden Euro können offenbar nicht bedient werden. Der deutsche Staat, aber auch deutsche Banken und Unternehmen fürchten leer auszugehen. Berlin drängt Kasachstan nun, für diese Banken zu zahlen. *Bel*

Versicherung Scharia-konform

Moskau – Russland hat erstmals eine islamische „Takaful“-Versicherung zugelassen. Sie unterliegt den strengen Gesetzen der Scharia mit ihrem Verbot von Wetten und Zinsen sowie von Investitionen im Zusammenhang mit Schweinen, Alkohol, Drogen, Glücksspiel und Waffen. Der Anbieter hofft auf einen Marktanteil von 15 Prozent. Branchenkenner glauben, dass die Versicherer nur einen begrenzten Kundenkreis in den islamischen Regionen Russlands finden werden. *MRK*

Dreister Bankrotteur

Argentinien will seine geprellten Anleihe-Inhaber erneut anzapfen

Spätestens seit 2001 ist Argentinien das Menetekel aller reichen Industrienationen. Damals meldete das Land Bankrott an, seine Staatsanleihen wurden nicht mehr bedient. Dies war der vorläufige Höhepunkt eines sagenhaften Niedergangs.

Als Europa 1945 bis auf ein paar Wohlstandsoasen wie die Schweiz, Tschechien oder Schweden vom Krieg weitgehend zerstört war, da nahm Argentinien unter den reichsten Ländern der Welt den stolzen fünften Platz ein. Heute quellen allmorgendlich Scharen von Bettlern und Müllsammlern aus dem größten Bahnhof der Hauptstadt Buenos Aires.

Dies ist die Frucht einer bis in die 50er Jahre zurückreichenden, hemmungslos linkspopulistischen Politik der Umverteilung, der sozialen Wohltaten zum Zweck des Machterhalts. Und die derzeitige Regierung von Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner will ihren schlechten Vorbildern offenbar in nichts nachstehen. Ihr Vorgänger Néstor Kirchner, der auch ihr Gatte und geistiger Ziehvater ist, hatte das Land nach dem Bankrott mittels künstlich niedriger Wechselkurse halbwegs stabilisiert. Das reichte Fernández offenbar, um nunmehr die nächste Phase der „Umverteilung“ einzuleiten. Dabei ging sie zunächst einem der letzten gut funktionierenden Wirtschaftszweige an den Hals: Durch enorme Exportzölle drückte sie den „Gauchos“, den Rinderzüchtern, die Luft ab. Sie tat dies nicht, um die Versorgung zu sichern, sondern, wie aus Buenos Aires zu hören ist, vor allem aus blindem Hass auf die „Großgrundbesitzer“, diesem Inbegriff eines Feindbildes aller Linken.

> Seit den 50ern ein Beispiel sozialistischer Umverteilungspolitik

Die Weltfinanzkrise nützte die Präsidentin, um Ende 2008 die privaten Pensionsfonds zu verstaatlichen. Angeblich, um sie vor dem Zugriff von „Spekulanten“ zu schützen. In Wahrheit, um an ihr Geld zu kommen, das nun weg ist.

In Reaktion darauf schaffen Firmen wie Privatleute ihr Geld massenhaft ins benachbarte Ausland, um es vor dem nächsten Raubzug des roten Regentenpaars zu schützen (2011 will Néstor Kirchner das Zepter wieder übernehmen).

Benutzt wurde das Geld der Pensionsfonds, um ausländische Gläubiger teilweise zu bedienen, die seit 2001 hoffen, zumindest etwas von ihrem Geld wiederzusehen – darunter auch deutsche Privatanleger, die argentinische Staatsanleihen gekauft haben. Trotz gewisser Rückzahlungen stehen nach wie vor umgerechnet rund 20 Milliarden Euro Schulden aus. Die argentinische Regierung hat ein dringendes Interesse daran, mit den Inhabern dieser Schuldtitel ins Reine zu kommen, um international wieder kreditwürdig zu werden.

Deshalb unterbreitete Argentiniens Finanzminister Amado Boudou den Gläubigern ein neues Angebot. Danach sollen sie nicht nur auf den Großteil ihrer Ansprüche verzichten für die Aussicht, einen kleineren irgendwann einlösen zu können. Sie sollen Buenos Aires auch noch neues Geld leihen, dem säumigen Schuldner also einen weiteren Kredit gewähren. Deutsche Anleger nennen das Angebot im Internet empört ein „Ungebot“.

Hans Heckel

Lobbyisten auf dem Sprung

FDP will ermäßigte Mehrwertsteuer für Hoteliers

Ein aus Sicht des Übernachtungsgewerbes schöner Lobby-Erfolg trägt derzeit Zwist in die schwarz-gelbe Koalition in Berlin. Es geht um die Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von sieben Prozent „für Beherbergungsleistungen im Hotel- und Gastronomiegewerbe“ ab dem 1. Januar 2010. Bisher gilt der Regelsatz von 19 Prozent. Auf den Nachlass hatte sich die Runde der Parteivorsitzenden von CDU, CSU und FDP am Ende der Koalitionsverhandlungen geeinigt. Inzwischen ist der Plan in den Entwurf für das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ eingegangen.

Von Anfang an von Unionspolitikern als steuerpolitische Kröte begriffen, die der neuen Koalition zuliebe zu schlucken sei, kündigte nun ausgerechnet das ebenfalls schwarz-gelb regierte Schleswig-Holstein Widerstand an. Ohne die Stimmen aus Kiel fände das Gesetz im Bundesrat eher keine Mehrheit. Der FDP-Fraktionschef im Kieler Landtag, Wolfgang Kubicki, forderte Kompensationen vom Bund für die erwarteten Steuerausfälle seines Landes von schätzungsweise jährlich 70 Millionen Euro.

Damit fällt die FDP im Norden ihren Parteifreunden in Berlin in den Rücken. Die hatten im Verein mit den Lobbyisten des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes die Ermäßigungsforderung im Koalitionsvertrag platziert. Vermutet wird, dass vor allem der FDP-Tourismuspolitiker Ernst Burgbacher mit seinem Parteifreund Ernst Fischer, dem Cheflobbyisten des Hotel- und Gaststättengewerbes, über Bande gespielt habe. Das Übernachtungsgewerbe sieht in dem Coup Chancengleichheit in Europa und Möglichkeiten für mehr Wachstum und Beschäftigung. Kritiker bemängeln indes, die durch die Ermäßigung eingesparte eine Milliarde Euro würde weder den Gästen als Preisnachlass noch den Beschäftigungszielen zugute kommen.

> Eine Vergünstigung von rund einer Milliarde Euro

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) soll in den Koalitionsverhandlungen den Plan als „ein bisschen gaga“ verurteilt haben. Nichtsdestotrotz verteidigen FDP-Bundespolitiker die Zusage des Koalitionsvertrages. FDP-Chef Guido Westerwelle verwies auf die Zustimmung der Unionsparteien. Gar ein Machtwort der Kanzlerin gegen renitente unions- und FDP-regierte Länder verlangte Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP). Regierungssprecher Ulrich Wilhelm lehnte das im Namen der Kanzlerin ab. Derzeit „hängt“ der Gesetzentwurf auch deswegen.

Die Steilvorlage für die Steuernachlass-Forderung kam allerdings von der Europäischen Kommission und von den Finanzministern der Mitgliedstaaten. Die Kommission hatte Anfang März 2009 ein Konsultationspapier verbreitet, das mögliche Felder auflistet, auf denen die Mitgliedstaaten ermäßigte Mehrwertsteuersätze einführen könnten. Der Vorschlag enthielt neben arbeitsintensiven Dienstleistungen auch Hotel- und Gaststättendienstleistungen. Das Papier fand Mitte März weitgehend die Zustimmung der Finanzminister. Da der deutsche Gesetzgeber bisher nicht für eine nachvollziehbare Systematik bei den ermäßigten Sätzen gesorgt hat, dürfte die Politik weiterhin mit solchen Forderungen konfrontiert werden. *J. V.*

Das Sondergesetz

Von Konrad Badenheuer

Aus gutem Grund ist in Deutschland die Verherrlichung des NS-Regimes verboten: Der Schutz der Würde der Opfer rechtfertigt die geringe Einschränkung der Meinungsfreiheit in einem Terrain, das anständige Menschen sowieso nie betreten würden. Zutiefst fragwürdig ist indessen die Verschärfung des entsprechenden Paragraphen über „Volksverhetzung“ von 2005. Seitdem sind weit mehr zustimmende Äußerungen zum mausetoten NS-Regime als bisher strafbewehrt: Nicht nur die Verherrlichung, sondern bereits „Billigung“ und „Rechtfertigung“. Ärgerlicher noch als die schwammige Formulierung des Straftatbestandes ist aber die Einseitigkeit: Der neue § 130 gilt nur in Sachen NS-Regime. Die von der Opferzahl her noch monströseren Verbrechen des Stalinismus und Maoismus dürfen weiterhin gutgeheißen und auch verherrlicht werden. Es gibt seitdem offiziell in Deutschland bessere und weniger gute Opfer – jedenfalls gemessen am Schutz ihrer Ehre und Würde.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun offen von einem „Sondergesetz“ gesprochen. Umso unbegreiflicher bleibt, wieso Karlsruhe dieses Gesetz dennoch billigen konnte. Wurde wirklich vergessen, dass gerade die Nazis die Menschen in bessere und schlechtere eingeteilt hatten, und dass es gerade im NS-System lauter Gesetze gab, die nicht für alle Personen und Gruppen gleich galten?

Zweimal Fußball

Von Hinrich E. Bues

Mitten in die noch vom Trauerflor umrankten Bundesligaspiele platzte am letzten Wochenende die Nachricht vom Wettskandal um mutmaßlich geschmierte Spieler und Schiedsrichter. Mochte man im Fall Enke noch Mitgefühl oder Verständnis für die tapfere Witwe oder die Tragik des schwer depressiven Torwarts haben, so reißt der neue Skandal dem kommerzialisierten Profifußball wohl endgültig seine wohlfeile Maske vom Antlitz. „König Fußball“ zeigt sein hässliches Gesicht. Mit Sport, Spiel, Menschlichkeit und Fairness hat das immer weniger zu tun.

Bestechung sei wie Doping, sagte kürzlich ein Fifa-Verantwortlicher. Das ist wahr. Bestechung macht auf lange Sicht nicht nur alles gesunde Wirtschaften kaputt; Doping und der brutale Druck des Fußball-Geschäftes fordern immer mehr Opfer. Robert Enke ist dafür ein berühmtes Beispiel. In der selben Woche wie er starb auch ein 25-jähriger Mittelstürmer eines Kreisligaclubs auf dem Fußballplatz, weil er sich zu wenig Zeit zum Ausheilen einer Grippe genommen hatte.

Die maßgeblich von den Medien inszenierte Trauerhysterie um den Nationaltorwart und seine wie ein Staatsakt begangene Beerdigung mochte noch einige über die brutalen Seiten des Geschäftes hinwegtäuschen. Im Lichte des neuen Wettskandals, der hunderte von Spielen in acht europäischen Ländern betrifft, zeigt sich: Hier regiert nichts als das nackte Geld. Auf die kommenden Wochen der Enthüllungen darf man daher gespannt sein. Auf Besserung hofft man wohl vergeblich.

Diktator Bologna

Von Hans Heckel

Eigentlich ist es das Ziel von Streiks und Demonstrationen, die Mächtigen zum Einlenken zu bewegen. Dieses Einlenken beginnt für gewöhnlich damit, dass die Mächtigen, die Entscheider, den Protestierern recht geben.

Das haben die Kultusminister und die Bundesbildungsministerin im Falle der Studenten in Windeseile getan. Alle überbieten sie sich in Verständnis für das „berechtigte Anliegen“ und tun so, als sprächen die Demonstranten nur aus, was sie selbst schon lange dächten. Wenn es aber zum Schwur kommt, dann reichen sie die heiße Kartoffel der Verantwortlichkeit eilig weiter, um sich möglichst schadlos aus der Affäre zu ziehen.

Wie konnte es zu dem Desaster an den deutschen Hochschulen überhaupt kommen, dass (von wenigen krakeelenden Dauerprotestierern abgesehen) einer derart genügsamen Studentengeneration schließlich der Kragen platzte?

Im Rausch von „Globalisierung“ und „Europäisierung“ haben 29 europäische Länder unter eifriger deutscher Beteiligung den sogenannten „Bologna-Prozess“ in Gang gesetzt. Für Deutschland bedeutete er die flächendeckende Einführung eines angelsächsischen Studiensystems aus „Bachelor“ und „Master“, womit die alten deutschen Studiengänge hinweggefegt wurden.

Länder pochen auf »Kulturhoheit«, doch die EU entscheidet

Wichtiger als die Frage, ob die Umstellung unter dem Aspekt der Qualität von Forschung und Lehre überhaupt sinnvoll sei, war den Entscheidern das Ziel, eine europaweit einheitliche Lösung zu finden – die sich für Deutschland als Fiasko erwies.

Aber warum, wenn das jetzt alle Beteiligten und Betroffenen einsehen, schafft man „Bologna“ nicht wieder ab? Diese Frage stellt niemand. Die Antwort wäre auch allzu vorhersehbar: „Bologna“ zu kassieren wäre ein Rückschritt auf dem Weg zur europäischen Einheit. Und an diesem Punkt ist die offene Debatte in Deutschland regelmäßig am Ende. „Europa“ braucht keine Widerworte zu fürchten. Diesem Ziel ordnen wir alle Vernunft und alles Interesse bereitwillig unter.

Sogar unsere demokratischen Rechte: Die Bundesländer verteidigen bei jeder Gelegenheit ihre „Kulturhoheit“, die auch die Hoheit über die Hochschulen umfasst, gegen den deutschen Bund. Das sei ein „Grundpfeiler unseres föderalen Systems“, auf dem unsere „Demokratie fußt“. An Europa jedoch geben sie ohne Murren ein in 200 Jahren gewachsenes System der Studiengänge hin.

So stimmen jetzt Bund, Länder und Uni-Leitungen den Studenten voller Verständnis zu. Doch ihre Kompetenz, das Problem von Grund auf zu lösen, haben sie an „Europa“ abgegeben wie an einen fernen Diktator, der das Volk nur die kleinen Dinge entscheiden lässt. Daher fällt der deutschen Politik auch kaum mehr ein, als das Bafög zu erhöhen, als ginge es darum überhaupt.

„Bildung statt Bachelor“: Politiker von Bund und Ländern haben den Beschwerden der Studenten in Sachen „Bachelor“-Studiengängen beigepflichtet, doch ändern können sie nichts: Die Reform der Studiengänge geschah auf Druck der EU und kann kaum wieder rückgängig gemacht werden.

Bild: ddp

Moment mal!



Die Online-Generation probt den Aufstand

Von Klaus Rainer Röhl

Neulich war ich zu einem Seminar an der Universität Bonn eingeladen. Es ging um die 68er. Ich sollte als Zeitzeuge berichten, wie es damals war. Ja, aber wo anfangen? Woran anknüpfen? Worauf aufbauen? Die Professorin führte in das Thema ein, Sie stellte auch ein paar Fragen. Sie wussten – nichts. Buchstäblich nichts. Von Dutschke und Benno Ohnesorg hatten sie gehört, von Ulrike Meinhof und Andreas Baader auch, den RAF-Film hatten sie noch nicht gesehen. Die jungen Leute schrieben ab und zu ein paar Stichworte mit. Lange her. Sie hörten zu, gar nicht gleichgültig, ganz interessiert. Ach so! Ich erzählte ihnen etwas über die Bewegung gegen den „Atomtod“ 1958 und dann von der 68er Revolte. Die begann auch mit Protesten gegen die Studienbedingungen und die Studiengebühren, gegen die Wohnverhältnisse und die zu engen Räume in der Uni. Etwa 80 Kindergesichter sahen mich an, hörten mir erstaunt zu. Blutjunge Menschen, offene Gesichter, schön anzusehen, lässig angezogen. Sie schrieben ein wenig mit, hatten es aber am Ende eilig wegzukommen, sich schnell von der Professorin die Teilnahme am Seminar testieren zu lassen, die Bestätigung, am Seminar teilgenommen zu haben. Und weg. Seit Wochen sieht man diese fröhlichen, jungen, leuchtenden Gesichter auf Studentendemonstrationen überall in Deutschland. Sie protestieren, sie besetzen Räume und Universitäten, sie sind unzufrieden mit dem Lehrbetrieb, mit der Ausstattung der Uni, mit den Räumen, mit den Professoren, mit den Vorlesungen, die keine Zeit lassen für Fragen, den Studiengängen, die nur auf die Zwischenprüfungen abgestellt sind, und den unsicheren Berufsaussichten, die nach dem bestandenen Examen auf sie warten. Sie sind unzufrieden mit allem. Eigentlich wie 1967 – oder?

Studenten lauschten unbedarft meinen 68er Geschichten

Am letzten Wochenende lief nun der „Baader-Meinhof-Komplex“ von Stefan Aust und Bernd Eichinger zur besten Sendezeit in der ARD. Ein mit allen akustischen Schocks und Lichteffekten ausgestatteter Gruselfilm über ein paar junge Männer und Frauen. Die ersten Deutschen, die nach 1945 wieder in den Krieg zogen, gegen die US-Amerikaner, aber auch gegen Deutsche, mit der Waffe in der Hand. Bereit zu töten, aber auch zu sterben. So oder so kaputt. Ein Drama von Liebe, Tod und Verzweiflung, eigentlich nicht viel anders als „Bonnie and Clyde“ und wie dieser Film nicht ohne klammheimliche Sympathie für die Mörder. Sicher, die Filmemacher distanzieren sich von der Gewalt, von der RAF, lassen aber in einer langen Vorgeschichte keinen Zweifel daran, dass alles so kommen musste. Der Staat und die Gesellschaft waren mitschuldig. Die Studentenbewegung wollte längst überfällige Reformen durchsetzen, gegen verkrustete Strukturen mobilisieren – und dann reagierte der Staat falsch, knüppelte die Proteste nieder, und ein Polizist erschoss Benno Ohnesorg, und die Bewegung rastete aus. Die RAF „schoss zurück“, wie Gudrun Ensslin es einmal gefordert hatte. Dass der Todesschütze Kurras in Wirklichkeit Mitarbeiter der Stasi war, wussten die Filmemacher bei der Beendigung des Streifens noch nicht. Ihr RAF-Film zum Sonntagabend distanziert sich von der Gewalt, aber seine Wirkung ist Sympathie, zumindest Verständnis für die Mörder. Keine Sympathie für die Opfer, Schleyer, Buback und die vielen, vielen anderen.

Wie war es denn damals wirklich? Als Rudi Dutschke, der Moses der Studentenbewegung und weitsichtiger als seine Mitkämpfer, zu ahnen begann, dass die Bewegung ohne Basis in der Arbeiterschaft nicht siegen könne, gab er, in einem rororo-Buch vom Mai 1968, die bis heute folgenreichste Parole aus: Die vom „langen, mühevollen Marsch durch die Institutionen“, den man antreten müsse.

Die Antwort der revolutionären Ungeduld kam prompt: „Feuer unterm Arsch – verkürzt den langen Marsch!“, schrieb eine Anarchistenzeitung, ein etwas wirres und unregelmäßig erscheinendes Sprachrohr der „umherschweifenden Haschrebellen“, das auch nach dem Tode Benno Ohnesorgs geschrieben hatte: „Wir schießen zurück!“ Damit waren die künftigen Schlachtlinien abgesteckt. Mit „Feuer unterm Arsch“ war damals noch nicht viel mehr gemeint als ein gelegentlicher Molotowcocktail auf ein Springer-Auto oder dergleichen. Doch die Wirklichkeit der RAF überbot zwei Jahre später alle Diskussionen.

Heute haben wir, nach über 40 Jahren, wieder eine Studentenbewegung. Besteht die Gefahr, dass sie wieder in Mord und Totschlag ausartet? Nein.

Frank Schirrmacher, immerhin Herausgeber der einflussreichsten deutschen Tageszeitung, der „FAZ“, sagt uns, warum. Schirrmacher, vor ein paar Jahren entsetzt über eine Welt von lauter Alten, die auf uns zukommen wie eine Lawine von Zombies, unaufhaltsam und jedes Jahr älter werdend (das Buch wurde ein Bestseller), hat sich wieder Gedanken gemacht, wie es weitergehen soll mit uns, und dabei ein neues Feindbild ausgemacht – das Internet. Es tötet, schreibt er, das Gedächtnis der Menschen schon im Kindesalter, lockt wie eine Droge zum Dauergebrauch, und danach ist der Mensch nicht mehr zu gebrauchen – es entsteht ein regelrechter Schaden im Gehirn. Es gibt kein Gedächtnis mehr. Und natürlich auch kein Bewusstsein über unsere Wurzeln, unsere Kultur. He, Mann, was ist der Sinn des Lebens? Weiß nicht, muss mal „Google“ anklicken.

Moral, Anstand, Stolz und Vaterlandsliebe sind online nicht zu haben

Einer der ältesten althochdeutschen Texte, die uns überliefert sind, stellt die Frage nach der Wurzeln: uuoher bistu, uuoher kommstu? Woher bist Du? Woher kommst Du? Weiß nicht. Kannste im Internet anklicken, wenn dich das interessiert.

Was die Studenten fordern, ist mehr Geld und das wurde auch schon eilfertig zugesagt von Frau Bundesministerin für Bildung und Forschung Schavan. Sie fordern die Veränderung der Rahmenbedingungen und die Vergrößerung der Hörsäle, und sie werden sie bekommen. Nur studieren müssen sie noch selber, und das werden sie auch tun. Keine Sorge, diese Studentenbewegung wird keinen Dutschke hervorbringen und keine Ulrike Meinhof und keinen Joschka Fischer. Bestenfalls einen Juso-Vorsitzenden, der es später in den Parteivorstand der SPD schafft und dann eine Hochschulreform entwirft, die wieder nicht ausreichend sein wird. Soll man sich nun darüber freuen, dass mit dieser neuen Studentengeneration alles anders wird?

Diese neue Generation ist gutartig und gutwillig, aber sie glaubt an gar nichts mehr, denn den Glauben an die Machbarkeit des Guten und das Gute im Menschen haben ihnen ihre 68er Lehrer und Hochschullehrer gründlich ausgetrieben. Keine Angst, die hören nicht mehr auf die falschen Propheten und die Gewaltapostel vom schwarzen Block, aber sie hören auch – vorläufig – auf sonst niemand mehr. Warum?

Weil wir es ihnen in unseren Elternhäusern und Patchwork-Familien nicht vorgelebt haben, und weil ein gemeinsames Selbstwertgefühl in dieser Gesellschaft nie aufkommen durfte und mit dem Gedächtnis an das Land, in dem ihre Väter wohnten, und an das Volk, aus dem sie kamen, und an die Geschichte, die sie gemeinsam hatten, ausgelöscht wurde. Und weil die Moral und der Anstand und die Zuverlässigkeit und der Stolz und die Vaterlandsliebe, aber auch der Zorn auf das Lügenhafte und Falsche nicht online zu haben sind.

Der Autor, zur Zeit der 68er Bewegung Ehemann von Ulrike Meinhof, beschrieb die Ereignisse ausführlich in seinem neuen Buch „Mein Langer Marsch durch die Illusionen – Ein Leben mit Hitler, der KPD, den 68ern, der RAF und Ulrike Meinhof“, www.Klausrainerroehl.de

Austausch über Grenzen hinweg

In der ehemaligen Künstlerkolonie Dachau werden Werke von Malern aus Nidden ausgestellt

Vom Zauber der Kurischen Nehrung und ihrer insularen Lage angezogen kamen seit dem 19. Jahrhundert Forscher und Dichter wie Wilhelm von Humboldt, Louis Passarge und Walter Heymann in das kleine Fischerdorf Nidden. Später folgten Maler wie Lovis Corinth und Max Pechstein. Eine Ausstellung in der Gemäldegalerie Dachau präsentiert die künstlerische Vielfalt der dort entstandenen Werke.

Barbizon, Worpswede, Ahrenshoop, Dachau und Nidden sind heute noch bekannte Namen, die für den Begriff Künstlerkolonien stehen. Maler wie Gauguin, Vogeler, Rousseau oder Pechstein haben ihnen einen festen Platz in der Kunstgeschichte gesichert.

Künstlerkolonien als späte Blüten der Romantik

Zum ersten Mal in einem Lexikon erwähnt wurde der Begriff „Künstlerkolonie" im Jahr 1902. Im Brockhaus verstand man darunter „die zum Zwecke des Naturstudiums besonders von Malern seitab von den großstädtischen Kunstcentren gemeinsam gewählten Heimstätten".

Künstlerkolonien zählen zu den späten Blüten der Romantik. Im Zuge zunehmender Industrialisierung besannen sich Maler und Schriftsteller auf den Ruf Rousseaus „Zurück zur Natur". Fernab der meist überlaufenen Akademien wollten sie ihre Individualität wiederfinden – oder sie bewahren.

Das enge Verhältnis von Kunst und Natur wird besonders in der Landschaftsmalerei des 19. Jahrhunderts deutlich. Wenn auch die Entdecker der „paysage intime", wie man die Maler gern nannte, die sich schon um 1840 in dem Dorf Barbizon in Frankreich niedergelassen hatten, zunächst noch an ihr Atelier gebunden waren, fand man doch bald schon die ersten Impressionisten mit ihren Staffeleien in der freien Natur. Obwohl man Barbizon nicht unbedingt als Vorbild für die deutschen Künstlerkolonien bezeichnen kann, kamen doch gerade von dort die stärksten Wirkungen und Anregungen.

Überhaupt gab es zwischen den einzelnen Künstlerkolonien einen regen grenzübergreifenden Gedanken- und Erfahrungsaustausch. Immer wieder kann man in den Motiven der Kunstwerke wie auch in der Motivation der Künstler erstaunliche Übereinstimmungen entdecken.

Wie jeder Künstler seine eigene Handschrift entwickelt, so hat auch jede Künstlerkolonie ihre ganz besondere Eigenart. Und es waren keineswegs nur Maler, die abseits der großen Kunstzentren unter lichtem Himmel arbeiten wollten. Auch Komponisten, Schriftsteller und Schauspieler fanden ihren Ruhepol in Künstlerkolonien. Der Dichter Rainer Maria Rilke etwa war von Worpswede derart begeistert, dass er von der unvergleichlichen Landschaft schwärmte: „Wo sie (unsere Vorfahren, d. Verf.) den Mund auftaten, um zu gähnen, da tun wir die Augen auf, um zu schauen; denn wir leben im Zeichen der Ebene und des Himmels." Und als Thomas Mann sich 1930 ein Sommerhaus in Nidden auf der Kurischen Nehrung bauen ließ, da bemerkte er: „Der einmalige Charakter dieses Landstrichs hat nichts Einschmeichelndes, er ist nicht schön im konzilianten Sinne, aber er kann einem ans Herz wachsen, davon kann ich ein Lied singen ..." Diese Äußerungen und natürlich die Gemälde der Künstler, die von der unvergleichlichen Schönheit der Landschaft kündeten, lockten natürlich bald auch viele Touristen an diese meist abgelegenen Winkel der Erde. Und aus war's mit der Ruhe.

Max Pechstein, der Nidden fünfmal besuchte, war bei seinem ersten Besuch vollauf begeistert. An Erich Heckel schrieb er 1909: „Bin seit gestern in Nidden / Ostpreußen – ganz fein auf der einen Seite Süßwasser im Haff, auf der anderen die Ostsee, man könnte auf der Seeseite sehr gut Akte malen, so menschenleer ist es. Bloß vier Sommergäste hier." Zwei Jahre später sah es dann anders aus. Pechstein 1911: „... wie sehr hat es sich verändert in meinen zwei Jahren Abwesenheit, ist viel besuchter und damit unangenehmer geworden durch die üblichen Neubauten. Aber trotz allem eine reiche Fundgrube für einen Maler ..."



Max Pechstein: Fischerboote in Nidden (Öl, 1912) Bild: Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Oldenburg

In Nidden lebten die Künstler oft bei Fischern und lernten so auch ihren harten Alltag kennen. Andere wieder zogen das Logis im Gasthof Blode vor. Im 1867 gegründeten Haus fanden sie für einige Wochen, manche sogar für Monate Unterkunft. Schon vor der Jahrhundertwende waren sie von nah und fern auf die Nehrung gekommen, um dort zu malen. Professoren von der Königsberger Kunstakademie brachten später ihre Schüler dort unter. Auch Lovis Corinth, Oskar Moll und Max Pechstein bezogen für eine Weile das von Hermann Blode eingerichtete Atelier. Viele Künstler bezahlten ihre Schulden bei Blode übrigens mit Kunstwerken, so dass bald eine ansehnliche Sammlung die Wände des Gasthofes zierte.

Als der Wirt 1934 starb, übernahm sein Schwiegersohn, der Maler Ernst Mollenhauer, der 1920 Blodes Tochter Hedwig geheiratet hatte, die Leitung des Gasthofes. Er blieb bis zum bitteren Ende auf der Nehrung und musste mit ansehen, welches Unheil in diesem Paradies angerichtet wurde.

„Wer war nicht in den Bann dieses Zaubers geschlagen, der seinen Fuß auf dieses Eiland setzte?" schrieb Mollenhauer. Nidden wurde „nicht nur für die neuere Kunst des deutschen Ostens bedeutsam, Nidden bewirkte noch wesentlich mehr. Es war eine Malerlandschaft mit Licht und Raum und Wasser und Sonne."

Nicht von ungefähr sind die Bilder der Maler von Nidden jetzt in Dachau zu sehen. Gab es dort doch zwischen 1885 und 1905 ebenfalls eine Künstlerkolonie, die mit Namen von so bedeutenden Malern wie Carl Spitzweg oder dem im mährischen Olmütz geborenen Adolf Hoelzel aufwarten kann. Auch Christian Morgenstern, der Großvater des Dichters der Galgenlieder und ein ausgezeichneter Maler, fand in Dachau seine Motive. Emil Nolde, Paula Wimmer und Ida Kerkovius hielten sich dort ebenfalls eine Zeit lang auf.

Die Bilderschau in Dachau zeigt einmal mehr, dass große Kunst nicht nur in den Metropolen ein Publikum findet, sondern auch in der „Provinz", die immer gern herablassend belächelt wird.

Silke Osman

Die Ausstellung in der Gemäldegalerie Dachau. Konrad-Adenauer-Straße 3, ist bis zum 14. März 2010 dienstags bis freitags von 11 bis 17 Uhr, am Wochenende und feiertags von 13 bis 17 Uhr geöffnet, Katalog 16 Euro.

Eine unerklärliche Sehnsucht trieb ihn an

Zum 125. Geburtstag des Expressionisten Karl Schmidt-Rottluff – Sonderschau in Chemnitz

Das Kernstück der 1909 als König-Albert-Museum gegründeten Kunstsammlungen Chemnitz bilden die Werke des vor 125 Jahren im heutigen Chemnitzer Ortsteil Rottluff geborenen Karl Schmidt. Gegenwärtig umfasst die seit 1919 angelegte Sammlung 52 Gemälde, zwei Skulpturen, über 250 grafische Blätter sowie kunsthandwerkliche Gegenstände, darunter auch Leihgaben aus Privatbesitz. Das Spektrum der Gemäldesammlung repräsentiert alle Schaffensperioden des Künstlers, beginnend bei frühen skizzenhaften Arbeiten aus seiner Jugend über die exemplarischen Gemälde der „Brücke"-Zeit bis hin zum reifen Spätwerk. In einem „Blick in die Sammlung" werden sie derzeit gesondert präsentiert.

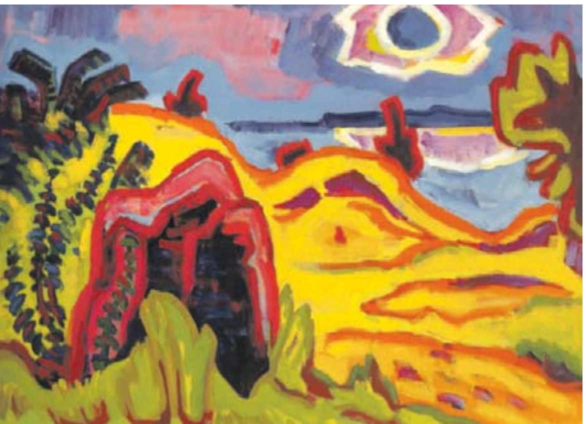
Er war der Mitbegründer der »Brücke«

Karl Schmidt-Rottluff gilt als ein Klassiker der Moderne, als einer der Hauptvertreter des Expressionismus in Deutschland. Geboren wurde er am 1. Dezember 1884 als Sohn eines Müllers in dem sächsischen Dorf Rottluff. Ursprünglich wollte er, der sich schon während seiner Schulzeit in Chemnitz durch besondere Begabung im Zeichnen hervortat, Architekt werden. So besuchte er die Technische Hochschule in Dresden. Dort rief er gemeinsam mit Erich Heckel, Fritz Bleyl und Ernst Ludwig Kirchner 1905 die Künstlergemeinschaft „Brücke" ins Leben.

Die gemeinsame Begeisterung für die Malerei hatte die vier Studenten zusammengeführt und schon bald stießen gleichgesinnte Maler zu ihnen, darunter Max Pechstein und Otto Mueller. 1906 kam Emil Nolde dazu, der allerdings die Gruppe bald wieder verließ.

Nach dem Umzug der „Brücke"-Maler 1911 nach Berlin blieb die Gemeinschaft nur noch zwei Jahre bestehen. Bereits 1913 zerstritten sich die Freunde, und jeder begann seinen eigenen Weg zur Kunst zu suchen.

Im Kreise der „Brücke"-Künstler war Schmidt-Rottluff der Sprödeste, Wortkargste und Konsequenteste. Schon während der gemeinsamen Zeit der „Brücke" verfolgte er seine Ansichten von Kunst mit der ihm eigenen Ausschließlichkeit. „Das von Anfang an konsequente Beharren auf der eigenen Bildvorstellung und der eigenen Position ließ Schmidt-Rottluff auch später Werke von großer Unabhängigkeit und künstlerischer Selbständigkeit hervorbringen", betont Magdalena Moeller, Direktorin des Berliner „Brücke"-Museums. „Als einzigem der ehemaligen ‚Brücke'-Künstler gelang es ihm, die Stilmöglichkeiten des Expressionismus vollständig auszuschöpfen beziehungsweise im Spätwerk sogar noch einmal zu steigern."



Karl Schmidt-Rottluff: Dünenlandschaft (Öl, 1963) Bild: Kunstsammlungen Chemnitz

Schmidt-Rottluff gehörte zu den vielen Malern, welche die Künstlerkolonie Nidden auf der Kurischen Nehrung besuchten. 1909 hatte Max Pechstein dieses Paradies für sich entdeckt, und er mag auch Schmidt-Rottluff darauf aufmerksam gemacht haben.

Von Juni bis August 1913 blieb er in Ostpreußen. Beeindruckt von der unvergleichlichen Landschaft, malte Schmidt-Rottluff dort auch zum ersten Mal Akte in der freien Natur. Lebensfreude und Sinnlichkeit darzustellen gelang ihm ebenso wie die Synthese von Ausdruck und Form. Eine „unerklärliche Sehnsucht, das zu fassen, was ich sehe und fühle, und dafür den reinsten Ausdruck zu finden", sei es, was ihn antriebe, hat Schmidt-Rottluff, der am 10. August 1976 in einem Berliner Krankenhaus starb, einmal bekannt.

os

Die Kunstsammlungen Chemnitz, Theaterplatz 1, sind dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 6 / 3 Euro.

IN KÜRZE

Meisterwerke der Renaissance



Sandro Botticelli: Anbetung des Kindes (Madonna Wemyss) Bild: National Gallery of Scotland

Das Frankfurter Städel Museum präsentiert die erste monografische Ausstellung zu Sandro Botticelli (1444/45–1510) im deutschsprachigen Raum. Ausgehend von seinem monumentalen „Weiblichen Idealbildnis", einem der Hauptwerke der Sammlung des Museums, zeigt die Ausstellung rund 500 Jahre nach Botticellis Todestag am 17. Mai 1510 zahlreiche Werke aus allen Schaffensphasen des großen Meisters der italienischen Renaissance. Zu sehen sind rund 40 Werke Botticellis und seiner Werkstatt wie die berühmte Venus und Darstellungen zur Mythologie und zur Bibel sowie etwa 40 Arbeiten seiner Zeitgenossen. Die Ausstellung im Städel Museum, Schaumainkai 63, ist bis 28. Februar 2010, Dienstag, Freitag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Mittwoch und Donnerstag von 10 bis 21 Uhr zu sehen, Eintritt Dienstag bis Freitag 10 / 8 Euro, Sonnabend und Sonntag 12 / 10 Euro. Zur Ausstellung ist ein umfangreicher Katalog erschienen (39,90 Euro, Museumsausgabe). *PAZ*

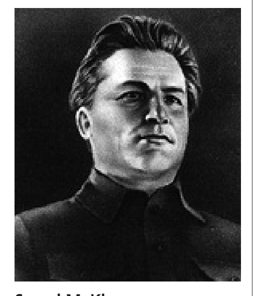
Tragbare Skulpturen

Horst Antes, Alexander Calder, Jean Cocteau, Salvador Dalí, Pablo Picasso, Niki de Saint Phalle, Günther Uecker oder Andy Warhol – der Kunstfreund kennt diese Künstler als Maler oder Bildhauer. Dass sie sich aber auch der Schmuckgestaltung gewidmet haben, davon kann man sich ab Sonntag im Wilhelm-Lehmbruck-Museum in Duisburg überzeugen. Die Studio-Ausstellung bietet – mit einigen Veränderungen nach ihrer Erstpräsentation im Museum für Angewandte Kunst in Köln – die Möglichkeit, sich mit dem kleinsten Skulpturenformat der großen Bildhauer des 20. Jahrhunderts vertraut zu machen, dem Schmuckobjekt. Nicht selten waren die tragbaren Skulpturen den Partnerinnen der Künstler gewidmet und verbinden deshalb allgemeine plastische Prinzipien mit persönlichen Botschaften. Diana Küppers hat in drei Jahrzehnten eine hochkarätige Sammlung internationalen Bildhauerschmucks zusammengetragen. Mit rund 160 Arbeiten von über 50 Künstlerinnen und Künstlern entfaltet die Ausstellung ein spezifisches Panorama der Plastik der letzten 100 Jahre. Die Ausstellung im Wilhelm-Lehmbruck-Museum, Friedrich-Wilhelm-Straße 40, Duisburg, ist vom 29. November bis 14. Februar 2010 dienstags bis sonntags von 11 bis 17 Uhr, sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 6 / 3 Euro, der im Hirmer Verlag erschienene Katalog kostet im Museum 25 Euro, im Buchhandel 34,90 Euro. *os*

Seinem Tod folgten die »Säuberungen«

Beim Bolschewisten Sergei Mironowitsch Kirow ist es im Grunde ähnlich wie beim Erzherzog Franz Ferdinand: Es ist weniger ihr Leben als ihr gewaltsamer Tod, der ihr Bild in den Geschichtsbüchern bestimmt. Beiden Morden folgte eine Katastrophe, ohne dass sie die eigentliche Ursache gewesen wären. Im Falle des Österreichers war es der Erste Weltkrieg, im Falle des Russen Stalins „Große Säuberung“ mit ihren Moskauer Schauprozessen, in denen es formal auch um die Aufklärung des Mordes an Kirow im Jahre 1934 ging.

Ähnlich wie beim Reichstagsbrand tauchte auch hier der Verdacht auf, dass derjenige, der das Verbrechen zur Abrechnung mit seinen Gegnern instrumentalisierte, auch der Täter sei. Der Verdacht erhielt in diesem Fall zusätzliche Nahrung durch Kirows große Popularität. So erhielt Kirow bei der Wahl des Zentralkomitees auf der 17. Parteitag der Bolschewiki vom 26. Januar bis 10. Februar 1934 nur drei Gegenstimmen, hingegen Stalin 292.



Sergei M. Kirow Bild: Internet

Es wird wohl ewig im Dunkeln bleiben, was Leonid Nikolajew dazu bewogen hat, vor 75 Jahren, am 1. Dezember 1934, Kirow vor dessen Büro im Smolny, dem Sitz der Leningrader KP, abzupassen und mit mehreren Schüssen niederzustrecken. Nikolajew wurde noch am Tatort festgenommen, von Stalin persönlich verhört, zum Tode verurteilt und 28 Tage nach seinem Opfer selber erschossen. *M. R.*

Als die Sowjets Finnland überfielen

Unprovoziert und ohne Kriegserklärung entfesselte die UdSSR vor 60 Jahren den Winterkrieg

Die Sowjetunion nutzte den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, um im Windschatten der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den anderen europäischen Großmächten ihr Territorium auf Kosten ihrer kleineren Nachbarn zu vergrößern. Zu den Opfern dieser Politik gehörte Finnland.

Im deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 hatten die Deutschen Finnland den Sowjets überlassen. Die Sowjetunion konnte nun, ohne deutsche Unterstützung für Finnland fürchten zu müssen, ihren skandinavischen Nachbarn unter Druck setzen. Sie betrachtete es als nicht zumutbar, dass in 50 Kilometer Entfernung von ihrer zweitwichtigsten Stadt Leningrad das kapitalistische Ausland begann. In bilateralen Verhandlungen forderte sie deshalb von Finnland den Südteil der befestigten Karelischen Landenge abzutreten und sich dafür mit anderem karelischen Gebiet entschädigen zu lassen. Des weiteren forderten die Sowjets die Verpachtung der Halbinsel Hanko und die Überlassung diverser Inseln im Finnischen Meerbusen sowie den finnischen, westlichen Teil der Fischerhalbinsel an der Küste des Nördlichen Eismeeres.

Finnland ließ sich auf die Forderungen der Großmacht nicht ein. Die Finnen unterstellten dem Gegner eine Salamitaktik, dessen Endziel die Einverleibung des eigenen Landes sei. Und wenn die Alternative zum Verlust der erst 1917 gewonnenen Unabhängigkeit der Krieg war, dann wollte man den lieber jetzt führen, wo man noch im Vollbesitz seines Territoriums war. Zudem glaubte die finnische Regierung, dass die Russen vor dem letzten Schritt, dem Krieg, zurückschrecken würden, da die Rote Armee, so die Informationen des eigenen Nachrichtendienstes, nicht einsatzbereit sei.

Hier irrte allerdings Helsinki. Schon frühzeitig hatten die Sowjets eine militärische Lösung ins Auge gefasst. Erleichtert wurde Stalin dieser Schritt dadurch, dass so wie die finnische Regierung seine Rote Armee auch er die Finnen unterschätzte. Am 3. November 1939 unterstellte der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow in der „Prawda“ dem skandinavischen Nachbarn kriegerische Absichten. Am 26. November inszenierten die Sowjets einen Grenzzwischenfall. Als die



Finnisch-sowjetische Grenze: Nach und vor dem Winterkrieg

finnische Regierung sich weigerte, die Schuld auf sich zu nehmen, brach die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) die Beziehungen ab und kündigte den Nichtangriffsvertrag von 1932. Am 30. November überschritten dann Rotarmisten auf breiter Front die russisch-finnische Grenze. Die Sowjetunion hat damit bereits 1939 Finnland angetan, was Deutschland bis heute vorgeworfen wird, ihr 1941 angetan zu haben. Sie hat einen Nachbarn trotz eines Nichtangriffsvertrages unprovoziert und ohne Kriegserklärung überfallen. Folgerichtig wurde die Sowjetunion denn auch aus dem Völkerbund ausgeschlossen – was die Demokratien des Westens aber nicht daran hinderte, bereits wenige Jahre später mit dem Aggressor eine Kriegsallianz zu schließen.

Ungeachtet der haushohen zahlenmäßigen und auch materiellen Überlegenheit des Gegners wiesen die Finnen eine bewundernswerte Standfestigkeit auf. Während viele Rotarmisten sich des Unrechts ihrer Seite bewusst waren, fühlten sich die Finnen dadurch, dass Stalin sofort nach der Kriegsentfesselung eine finnische Exilregierung aufstellte, in ihrer Urfurcht bestätigt, dass es die Russen auf ihr gesamtes Land abgesehen hätten. Die sowjetische Aggression einte die bis dahin durch den vorausgegangenen Bürgerkrieg gespaltene Nation. Eine fantastische Motivation, beste Kenntnis der Heimat sowie militärisches Geschick ermöglichten den Skandinaviern bemerkenswerte Anfangserfolge bei der Verteidigung ihres Landes.

Um den Jahreswechsel 1939/40 zog Stalin dann jedoch die Konsequenz aus seiner anfänglichen Unterschätzung des Nachbarn und fuhr großes Geschütz auf. Hatte er anfänglich die Hoffnung gehabt, nur mit den beschränkten Kräften des Leningrader Militärdistrikts den Nachbarn besiegen zu können, wurde nun analog zu der weißrussischen und der ukrainischen Front, die 1939 Polen besetzt hatte, eine Nordwestfront gebildet. Gegen diesen Großverband konnten die Finnen ihre Mannerheim-Linie auf der strategisch entscheidenden Karelischen Landenge nicht mehr halten. Am 10. Januar 1940 streckte die finnische Regierung über die gemeinsamen Botschaften in Stockholm Friedensfühler in Richtung des Kriegsgegners aus.

Enttäuscht wurden die Finnen von den Demokratien des Westens. Finnland war selber eine Demokratie und hatte deshalb auf Solidarität der Westeuropäer gehofft. Tatsächlich signalisierten Frankreich und England am 19. Dezember 1939 die Möglichkeit, starke Hilfsverbände nach Finnland zu entsenden. Im Februar 1940 wurde der französische Außenminister konkreter. Er versprach den Finnen ein Expeditionskorps von 50 000 Mann. Und am 3. März stellte die britische Regierung den Finnen eine Eingreiftruppe von 12 500 Mann in Aussicht. Die Verteidigung der finnischen Demokratie gegen den russischen Aggressor war allerdings nur Vorwand. Primäres Ziel war vielmehr die Abschneidung Deutschlands von der Erzzufuhr.

Der britische General Henry Royds Pownall hat es offen ausgesprochen: „Von den vier oder fünf Divisionen, die vielleicht über die Nordsee gesandt worden wären, war nicht eine für Finnland bestimmt – vielleicht ein oder zwei Brigaden, wenn sie Glück hatten (...) Der Rest war einfach dazu bestimmt, die Eisenerzminen zu besetzen und zu halten und Schweden und Norwegen zu unterstützen. Es ist wirklich ein höchst unehrliches Geschäft.“

Wie die Finnen waren sich aber auch die Russen lange Zeit im Unklaren, was die Westeuropäer in Skandinavien wollten, und bevor das eigene Land über den Winterkrieg in einen Krieg mit diesen Großmächten verwickelt wurde, gingen sie lieber auf das Friedensersuchen des Gegners ein.

Am 8. März 1940 traf eine Friedensdelegation Finnlands unter Leitung seines Ministerpräsidenten in Moskau ein. Auf sowjetischer Seite führte der Außenminister die Verhandlungen. Ähnlich wie die Deutschen gut zwei Jahrzehnte zuvor im Walde von Compiègne sahen sich nun auch die Finnen im Angesicht des drohenden Zusammenbruchs der Front gezwungen, die vom Gegner gestellten Bedingungen zu akzeptieren. Am 13. März unterzeichneten Finnen und Sowjets den Moskauer Vertrag, noch am selben Tage wurden die Kampfhandlungen eingestellt.

Die Russen setzten durch, was sie vor dem Krieg gefordert hatten. Darüber hinaus verlor Finnland weitere Teile Kareliens und Salla. Der sowjetische Sieg über Finnland löste eine große Flüchtlingswelle beim Verlierer aus. Aus den von der UdSSR annektierten Gebieten traten 420 000 Finnen die Flucht an. Das waren rund elf Prozent der Gesamtbevölkerung. Der sowjetische Überfall kostete 2500 finnischen Soldaten und 900 Zivilisten das Leben. Die Angaben über die Zahl der sowjetischen Todesopfer reichen von knapp dem Doppelten (48 000) bis zum Zehnfachen (230 000–270 000). *Manuel Ruoff*

Ambitionierte Alma mater mit viel Tradition

Vor 600 Jahren gründeten diskriminierte Deutsche der Prager Karls-Universität in Leipzig eine neue Hochschule

Was haben Hans-Dietrich Genscher, Angela Merkel, Verónica Michelle Bachelet, Ulrich von Hutten, Thomas Müntzer, Gottfried Wilhelm Leibniz und Gotthold Ephraim Lessing, Johann Wolfgang Goethe, Johann Gottlieb Fichte, Robert Schumann, Richard Wagner, Friedrich Nietzsche sowie Erich Kästner gemein? Sie alle hatte es an die Universität Leipzig gezogen. Rund 50 Nobelpreisträger hatten mit ihr eine enge Verbindung, darunter Theodor Mommsen, Wilhelm Ostwald und Werner Heisenberg.

Die Universität Leipzig ist nach der 1385 gegründeten Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg die zweitälteste Alma mater in Deutschland, die ohne Unterbrechung besteht. Ihre feierliche Eröffnung fand am 2. Dezember 1409 im Speisesaal des Leipziger Thomasklosters durch die wettinischen Landesherren, die Markgrafen Friedrich und Wilhelm, statt.

Der Neuanfang in Sachsen anno 1409 begann mit 46 Magistern und 369 Studenten

Heute sind etwa 30 000 Studenten in Leipzig immatrikuliert, die an 14 Fakultäten und über 150 Instituten ihr Wissen vertiefen. Rund 100 Studiengänge sind im Angebot von A wie Anglistik bis Z wie Zahnmedizin, darunter auch seltene Fächer. Das Institut für Sorabistik ist das einzige in Deutschland, an dem Sorbischlehrer und Sorabisten ausgebildet werden, und auch die Onomastik, die Namensforschung, ist in Deutschland einmalig. Das Deutsche Literaturinstitut Leipzig bietet als weitere Außergewöhnlichkeit an, professionelle literarische Schreibkompetenz zu erlernen. Prominenteste Absolventin ist Juli Zeh. 1974 geboren, gehört sie zu den erfolgreichsten Schriftstellerinnen der jüngeren Generation. Ihr Debüt-Roman „Adler und Engel“ wurde in 28 Sprachen übersetzt und mit mehreren Preisen ausgezeichnet.

Der Anlass zur Gründung der Universität war der Auszug deutscher Studenten und Professoren aus der Prager Karls-Universität. Nachdem im Zuge der Hussiten-Bewegung alle nicht-böhmischen Studenten und Hochschullehrer in ihrer Mitsprache stark eingeschränkt beziehungsweise abgesetzt worden waren, machten sie sich auf die Suche nach einer neuen Stätte für Lehre und Bildung. Ein großer Teil wurde in Leipzig fündig. Der Neuanfang dort begann mit 46 Magistern und 369 Studenten.

Nach der Zulassung von Frauen zum Studium 1906 erreichten die Studentenzahlen einen Höchststand von fast 12 000. In den beiden Weltkriegen gingen die Immatrikulationszahlen deutlich zurück – bis auf 1560 im Jahr 1939. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren die meisten Gebäude beschädigt oder vollständig zerstört. Im Februar 1946 wurde die Universität wieder eröffnet und 1953 in „Karl-Marx-Universität“ umbenannt. Vier Jahre später beschloss der Akademische Senat die „Grundsatzerklärung zur sozialistischen Entwicklung der Karl-Marx-Universität Leipzig“, die ihren Höhepunkt in der Umgestaltung des Campus am Augustusplatz erfuhr. Dabei war die im Krieg nahezu unversehrt gebliebene Universitätskirche St. Pauli den Machthabern ein Dorn im Auge. Am 30. Mai 1968 wurde sie gesprengt.

Die Kommunisten sprengten 1968 die fast unbeschädigte Universitätskirche

Nach der Wiedervereinigung fanden 1991 die ersten geheimen Wahlen für das Rektoratskollegium seit 1933 statt. Die Rückkehr zum alten Namen „Universität Leipzig“ ist einer der ersten Beschlüsse der neuen Universitätsleitung. Alle Hochschullehrerstellen wurden neu ausgeschrieben, Fakultäten und Institute wieder eingerichtet und neu gegründet, viele Gebäude grundsaniert oder neu gebaut.

Dazu gehörte auch die Neugestaltung des innerstädtischen Campus am Augustusplatz in Anlehnung an den historischen Gebäudekomplex um die alte Universitätskirche. Das Herzstück, das Paulinum, wird dabei zukünftig durch eine zu öffnende Glaswand in einen geistlichen und einen weltlichen Teil getrennt sein. Zum Jubiläum 2009 hat man die Fertigstellung des neuen Universitätskomplexes jedoch leider nicht ganz geschafft.

Mit der Universität, sechs Hochschulen, drei Max-Planck-Instituten und einer Vielzahl außeruniversitärer Forschungseinrichtungen verfügt Leipzig über ein reiches Forschungs- und Entwicklungspotential. Mit Investitionen von über 750 Millionen Euro gelang die Schaffung eines Biotech-Campus am Deutschen Platz mit Bio City Leipzig, Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie sowie dem Fraunhofer-Institut für Zelltherapie und Immunologie. Dazu führt die Universität Leipzig jährlich über 200 Kongresse und Tagungen durch, die meist auf dem Neuen Messegelände stattfinden.

Zum Jubiläum bekräftigt die Uni ihren Anspruch, wieder in die Wissenselite aufzurücken. Ein wesentlicher Bestandteil auf dem Weg zu diesem anspruchsvollen Ziel ist die Überwindung von Instituts-, Fakultäts- und zum Teil sogar Universitätsgrenzen. Seit 2004 hat man begonnen, gemeinsam mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Stadt, die Forschungsaktivitäten auf so genannte Profilbildende Forschungsbereiche zu fokussieren, mittlerweile existieren sechs von ihnen. Das bescherte allen Beteiligten erhebliche Synergieeffekte und ermöglicht so international wettbewerbsfähige Forschung mit attraktiver Doktoranden-Qualifizierung.

Bereits mit einigem Erfolg widmet sich der Forschungsbereich „Von Molekülen und Nanoobjekten zu multifunktionalen Materialien und Prozessen“ den Selbstorganisations-Mechanismen für organische und anorganische Strukturen. Auch in die weiteren Forschungsbereiche „Molekulare und zelluläre Kommunikation: Biotechnologie, Bioinformatik und Biomedizin in Therapie und Diagnostik“, „Gehirn, Kognition und Sprache“, „Veränderte Umwelt und Krankheit“, „Mathematik und ihre Anwendung in den Naturwissenschaften“ sowie „Riskante Ordnungen“ setzt die Universität große Hoffnung.

Helga Schnehagen

Früh mit den Kommunisten sympathisiert

Vor 100 Jahren kam die »rote Gräfin« Dönhoff zur Welt – Kehrtwende in Sachen Ostpreußen, offene Fragen zur Biographie

Sie war preußische Aristokratin, Ostpreußin und eine bedeutende Publizistin. Am liebsten aber sah sie sich als die „rote Gräfin“, die als moralische Instanz und Mahnerin mit der Feder Einfluss auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland nahm.

Marion Gräfin Dönhoff wurde am 2. Dezember 1909 als jüngstes von sieben Kindern auf Schloss Friedrichstein unweit von Königsberg geboren. Ihr schon früh verstorbener Vater August war Diplomat und Politiker, ihre Mutter Maria Hofdame der letzten Kaiserin Auguste Viktoria. 1924 wurde Marion auf ein Mädchenpensionat in Berlin geschickt. Nachdem sie dort gegen die strengen Regeln aufbegehrt hatte, wechselte sie an ein Gymnasium nach Potsdam, wo sie 1929 in einer Jungenklasse das Abitur machte. Anschließend ging sie auf eine Hauswirtschaftsschule in der Schweiz und unternahm ausgedehnte Reisen in die USA und nach Afrika.

Als Studentin der Volkswirtschaftslehre in Frankfurt am Main fiel sie durch standeswidrige politische Ansichten auf. Sie sympathisierte mit den Kommunisten und verteilte linke Flugblätter, was ihr erstmals die Bezeichnung „rote Gräfin“ einbrachte. 1933 wechselte sie an die Universität Basel, wo sie 1935 das Studium mit der Promotion abschloss. Bald darauf übernahm sie die Leitung des Familiengutes Quittainen bei Preußisch Holland und kümmerte sich zusätzlich um Schloss Friedrichstein. Im September 1941 unternahm sie gemeinsam mit ihrer Cousine Sissi von Lehndorff einen fünftägigen Ritt durch Masuren, den sie nach dem Krieg als „Abschiedsritt“ durch ihre Heimat darstellte, die sie zu diesem Zeitpunkt bereits als verloren angesehen habe.

Im Januar 1945 musste auch Marion Gräfin Dönhoff ihre Heimat verlassen. Die genauen Umstände ihrer Flucht aus Ostpreußen bleiben im Dunkeln. Sie selbst hat später einen siebenwöchigen Ritt auf ihrem Pferd „Alarich“ beschrieben, der sie über 1200 Kilometer nach Westfalen geführt hatte. Nachdem sie durch eine Schrift über den Widerstand und Gedanken über eine Nachkriegsordnung Kontakt zur britischen Besatzungsmacht bekommen hatte, bot sie dieser ihre Dienste an. Ihr Text wurde den Gründern der Wochenzeitung „Die Zeit“ in Hamburg vorgelegt, die sie im Frühjahr 1946 zur Mitarbeit in der Redaktion aufforderten.

Positionswechsel nach Brandts Wahl zum Kanzler

Dönhoffs erste Artikel thematisierten den Widerstand und ihren „Ritt nach Westen“. Dann wandte sie sich mutig gegen Besatzungswillkür und die Demontage. Im Jahre 1952 wurde sie Leiterin des Politikressorts und stellvertretende Chefredakteurin. Diese Stellung nutzte sie, um die „Zeit“ auf linksliberalen Kurs zu bringen und sie als publizistische Avantgarde der linksintellektuellen Bourgeoisie zu etablieren. Ihre Positionen beeinflussten für Jahrzehnte die gesellschaftlich relevanten Gruppen im Lande und prägten die öffentliche Meinung. 1969 rückte die damals 60-Jährige für vier Jahre in die Chefredaktion auf. Anschließend wurde sie Mitherausgeberin der „Zeit“, was sie sie bis zu ihrem Tode blieb. Unter ihrer Ägide stützte die Zeitung die APO und redete der Gewalt gegen Sachen „um des demokratischen Zwecks willen“ das Wort.



Marion Gräfin Dönhoff mit der Zeitung, die sie prägte und mit der sie Politik machte
Foto: pa

Obwohl sie sich zu ihrer ostpreußischen Herkunft bekannte, ging Marion Gräfin Dönhoff auf kühle Distanz zu den Vertriebenenverbänden. Schon früh trat sie wie diese auf der Grundlage von Gewaltverzicht und Wiedergutmachung für eine Verständigung mit Polen ein. Auch ein Territorialverzicht kam für sie zunächst nicht in Frage. Mit dem Beginn der Kanzlerschaft ihres Freundes Willy Brandt änderte sie dann plötzlich ihren Standpunkt und bereitete dessen Ostpolitik publizistisch den Boden. Dazu, den Bundeskanzler zur Unterzeichnung des Warschauer Vertrages zu begleiten und „ein Glas auf den Abschluss des Vertrages zu trinken, der den Verlust meiner Heimat Ostpreußen besiegelte“, konnte sie sich dann doch nicht durchringen. Für ihre rückhaltlose Unterstützung der Ostpolitik wurde sie 1971 mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels belohnt, 1979 war sie auf Anregung Brandts sogar als mögliche Bundespräsidentin im Gespräch.

Im Jahre 1989 kehrte Dönhoff erstmals nach Ostpreußen zurück, wo sie erschüttert feststellen musste, dass ihr großes Geburtshaus eine Ruine war. Ihr persönlicher Besitz Quittainen war zwar verfallen, aber nicht zerstört. Sie engagierte sich für kulturelle Projekte in der Heimat und die Aufstellung eines Replikats des verschollenen Kant-Denkmals in Königsberg, was sie als „einzige wesentliche Tat“ in ihrem Leben ansah.

Als Herausgeberin der „Zeit“ gab Dönhoff unangefochten die „Grande Dame“ des deutschen Journalismus. In fortgeschrittenem Alter trat sie zudem gern als moralische Autorität und Personifizierung preußischer Tugenden auf, ohne dass klar wurde, auf welcher Grundlage sie diese Rolle beanspruchte.

Trotz ihrer unbestrittenen publizistischen Verdienste um die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland bleiben ihr Leben und Wirken nicht widerspruchsfrei. Legte sie einerseits Wert darauf, als zur Bürgerlichen gewandelte aristokratische Gutsherrin zu erscheinen, ließ sie sich andererseits gern hofieren und als „Gräfin“ titulieren. Unermüdlich erinnerte Dönhoff an ihren hingerichteten Vetter Heinrich von Lehndorff und die Protagonisten des 20. Juli, „um ihnen den gebührenden Rang in der deutschen Geschichte zu verschaffen“. Dabei warf sie ihren Zeitgenossen Mitläufertum und den ehemaligen Kriegsgegnern Desinteresse vor. Mit dem Schweizer Historiker Paul Stauffer, der wesentliche Punkte ihrer „Widerstandsbiographie“ widerlegen konnte, entwickelte sich eine Kontroverse, die zu einem „kleinen Historikerstreit“ ausartete. Über die engen Beziehungen einiger ihrer nächsten Angehörigen zum Nationalsozialismus schwieg sie. Und so, wie sie mit ihren politischen Weissagungen und Analysen oft daneben lag, entsprach auch ihre Interpretation der deutschen Geschichte nicht immer der Realität, sondern folgte eher dem Zeitgeist. Befremdlich ist auch, dass sie angesichts des nahenden Untergangs des Kommunismus für ein Existenzrecht der DDR eintrat.

Vielfach geehrt und ausgezeichnet starb die große Publizistin Marion Gräfin Dönhoff am 11. März 2002 auf Schloss Crottorf in Rheinland-Pfalz.

Jan Heitmann

Philosoph an der Wirtschaftsspitze

Vor 20 Jahren wurde Alfred Herrhausen, der Chef der Deutschen Bank, ermordet

Für viele Bundesbürger war es vor 20 Jahren ein Schock. Im Jubel über den Fall der Mauer und die nachfolgenden Erfolge der friedlichen Revolution auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges schien sie auf einmal der Schatten des Deutschen Herbstes des vorausgegangenen Jahrzehnts eingeholt zu haben. Während der Sozialismus im Osten unblutig zusammenbrach, schien er im eigenen Staat noch einmal sein schreckliches Antlitz zu zeigen. Vor 20 Jahren, am 30. November 1989, fiel Alfred Herrhausen einem Bombenattentat zum Opfer. Es beraubte die Bundesrepublik eines ihrer mächtigsten und visionärsten Bürger.

Gerne hätte der am 30. Januar 1930 in Essen geborenen Preuße Herrhausen nach der Schulzeit, unter anderem besuchte er die NS-Elite-Reichschule Feldafing, Philosophie studiert. Diese Neigung lebte er aber auch in seinem späteren Berufsleben aus, was sich durch eine ungewöhnliche Tiefe und Ethik bemerkbar machte. Sie spiegelt sich in seiner Grabinschrift: „Wir müssen das, was wir denken, auch sagen. Wir müssen das, was wir sagen, auch tun. Wir müssen das, was wir tun, dann auch sein.“ Die Nachkriegszeit war jedoch keine gute Zeit für brotlose Kunst. Nolens volens studierte der Sohn eines Vermessungsingenieurs statt Philosophie Betriebswirtschaftslehre.

Seine Berufskarriere begann Herrhausen 1952 als Direktionsassistent beim Arbeitgeber seines Vaters, der Ruhrgas AG. 1955 wechselte er zu den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen (VEW). Das dortige Aufsichtsratsmitglied Friedrich Wilhelm Christians konnte Herrhausen dann 1969 für den Wechsel zu seinem Arbeitgeber gewinnen, der Deutschen Bank.


Auf großer Bühne zu Hause: Alfred Herrhausen
Bild: AP

Als Wilfried Guth 1985 altersbedingt in den Aufsichtsrat überwechselte, wurde Herrhausen dessen Nachfolger als einer der beiden Vorstandssprecher. Als der andere Vorstandssprecher, Christians, 1988 ebenfalls in den Aufsichtsrat wechselte, wurde für diesen kein Nachfolger bestellt. Vielmehr wurde Herrhausen alleiniger Vorstandsvorsitzender. Auch im Vergleich mit seinem Nachfolger (Hilmar Kopper), der „nur“ Vorstandssprecher wurde, zeigt sich Herrhausens Ausnahmestellung, die er seit 1988 auch formal besaß.

Alfred Herrhausen war zu diesem Zeitpunkt 58 Jahre alt. Viel wäre von ihm noch zu erwarten gewesen. Bevor er jedoch sein ebenso ambitioniertes wie vielfältiges Programm voll entwickeln konnte, riss ihn ein Jahr nach der Übernahme der Alleinverantwortung eine Bombe aus dem Leben. Es tauchte ein Bekennerschreiben der Rote Armee Fraktion (RAF) auf, nicht zuletzt die Professionalität des Vorgehens der bis heute unbekannten Täter und deren Tatwerkzeug, eine per Lichtschranke gezündete Bombe, gaben allerdings Verschwörungstheorien Raum. Beweisen ließ sich bis heute keine. Doch die Tatsache, dass Herrhausen sich unter anderem mit seinen Entschuldungsplänen für die Dritte Welt Feinde in Wirtschaft und Politik gemacht hatte, gab Anlass für Spekulationen. Mysteriös erscheint nicht zuletzt der Umstand, dass seine Personenschützer ihm nicht sofort zu Hilfe eilten, obwohl dies ihre Aufgabe gewesen wäre.

Bel/M.R.

Drei große Motive

Warum Bismarck den Sozialstaat wollte

Bismarcks Sozialgesetze waren ihrer Zeit weit voraus, sie wurden bald in vielen europäischen Ländern und später weltweit nachgeahmt. Im Grunde waren es drei Motive, die Bismarck zu dieser geschichtsmächtigen Innovation bewegten: Er wollte der antimonarchischen Sozialdemokratie, der er zutiefst misstraute, politisch „das Wasser abgraben“, er wollte die Staatsloyalität der Arbeiterschaft festigen und schließlich drittens, handelte Bismarck als gläubiger Christ auch aus einem religiösen Antrieb, der sogar vorrangig gewesen sein könnte. Daran erinnert LO-Sprecher v. Gottberg, der zu dieser Thematik einst eine Universitätsarbeit verfasst hatte. „Bismarck fühlte sich als Christ an die vierte Bitte das Vaterunsers in der Interpretation von Martin Luther gebunden“, so v. Gottberg. Dessen „kleiner Kathechismus“ bezieht die „Brotbitte“ nämlich strikt auf die Gemeinschaft und nicht nur den je individuellen Bedarf.

Christliche Nächstenliebe, Taktik gegen die SPD und Preußentum

Darüber hinaus wollte Bismarck zweifellos den starken, paternalistischen Staat mit enger und wechselseitiger Loyalität zwischen Staat und Untertan. Das angelsächsische, liberale Ideal des Nachtwächterstaates war ihm fremd. Wie in Preußen beim Verhältnis zwischen dem Gutsherren und seinen Leuten sollte auch hier Gehorsam auf der einen Seite Fürsorge auf der anderen gegenüberstehen.

„Warum solle nicht der Soldat der Arbeit eine Pension haben wie der Soldat und der Beamte?“, fragte Bismarck suggestiv. In der Tat ist es bei vergleichbarer Loyalität gegenüber dem Staat nicht schlüssig, dass Arbeiter und Angestellte mit ihren Steuern nur einseitig die Altersversorgung der Beamten finanzieren. In diesem Sinne sprach Bismarck davon, „in der großen Masse der Besitzlosen die konservative Gesinnung zu erzeugen, welche das Gefühl der Pensionsberechtigung mit sich bringt“.

Außer den Alten und Invaliden nahm sich Bismarcks Sozialgesetzgebung der Jahre 1883 bis 1889 auch der Kranken und Unfallopfer an. Den Anfang machte das „Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter“. Mit ihr wurde die gesetzliche Grundlage für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) geschaffen. Nachdem der Reichstag es am 29. Mai 1883 verabschiedet hatte, trat es vor 125 Jahren, am 1. Dezember 1884, in Kraft.

M.R./K.B.

Verbraucherzentrale falsch zitiert

Zu: „Enttäuschte Kunden im Blick“ (Nr. 47)

In dem Artikel wird erwähnt, dass der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) beklage, dass es keine Rechtsgrundlage für die Vermittlung von Finanzdienstleistungen und die Offenlegung von Provisionen gebe.

Der vzbv stellt klar, dass diese Darstellung so nicht vertreten wurde. Es gibt Rechtsgrundlagen für die Vermittlung von Finanzdienstleistungen, allerdings sind diese nicht einheitlich“. In Abhängigkeit vom Vermittlungsweg gelten unterschiedliche Regelungen. Auch für die Offenlegung von Provisionen gibt es Rechtsgrundlagen. Allerdings werden trotzdem Provisionen und Kickbacks nicht konsequent offengelegt.

Dorothea Mohn, Fachbereich Finanzdienstleistungen, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

Wie will Merkel Israel im Kriegsfall beistehen?

Zu: „Außen hui, innen pfui“ (Nr. 45)

Mit ihrer Rede vor dem US-Kongress hat meines Erachtens Frau Merkel die Reifeprüfung bezüglich der „reeducation“ abgelegt. Vornehm hat sie die Mitverantwortung des ehemaligen US-Präsidenten Roosevelt an der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges nicht erwähnt.

Die zu stellende Frage ist, ob jetzt endlich die immer noch in der UN-Charta bestehende Feindstaatenklausel und die trotz aller Dementis zum Teil weiterhin bestehenden Regeln der Alliierten Kontrollratsvorschriften rechtsgültig aufgehoben werden. Ich glaube nicht, dass die US-Regierung dieses Druckmittel so leicht aufgeben wird. Ferner hat Frau Merkel ihr bedingungsloses Beistandsversprechen gegenüber Israel erneuert, wohl wissend, wie gefährlich Beistandspakete diese Art sind. Der Ursachen des Zweiten Weltkrieges sollten doch eine Lehre gewesen sein. Wie stellt sie sich diesen Beistand im Falle eines Falles vor? Etwa durch Entsendung von Bundeswehrsoldaten in den vorderen Orient? Obwohl es für mich aus Altersgründen nicht mehr infrage kommen würde, würde ich, da sie neuerdings gesetzlich sanktioniert ist und von mindestens einem ehemaligen Wehrmachtsmitglied eines ehemaligen Potsdamer Traditionsregiments praktiziert wurde, die Fahnenflucht vorziehen.

Gebhard Knull, Buxtehude

Ringelnatz-Museum

Zu: „Das Seepferdchen gab ihm den Namen“ (Nr. 44)

Zu Ihrem Artikel weise ich Sie freundlich darauf hin, dass in Cuxhaven, Südersteinstraße 44, ein kleines, sehr gut mit Originalen ausgestattetes Museum über Joachim Ringelnatz existiert. Die Öffnungszeiten: Dienstag bis sonntags in der Zeit von 10 bis 13 und 14 bis 17 Uhr.

Edeltraud Möller, Travemünde

Wieso gibt es keinen Aufschrei wegen Klaus?

Zu: „EU stellt sich gegen Vertriebene“ (Nr. 45)

Diese Forderungen des Herrn Václav Klaus betreffen die Ostpreußen und Schlesier ja genauso wie die Sudetendeutschen. Die Tschechen wollen zementiert haben, dass ihre Räubereien an Hab und Gut der Deutschen und ihre Landnahme vom Deutschen Reich für alle Zeiten ohne Rückforderungen seitens der Deutschen bleiben.

Ist es nicht sonderbar, dass alle europäischen Staaten dieses Tun abnicken, kein Staat auf unserer Seite steht und die damaligen völkerrechtswidrigen Taten der Tschechen und Polen verurteilt? Und unsere Europaabgeordneten diese tschechischen Forderungen auch noch absegneten?

Ist es nicht sonderbar, dass wir Deutsche 65 Jahre nach Kriegsende immer noch ins Mauseloch kriechen, wenn das Ausland etwas zu unseren Lasten unternimmt. Dass wir immer noch das Rückrat nicht gerade machen?

Mich verwundert, dass in deutschen Medien über dieses Thema so gut wie geschwiegen wird. Kein Aufschrei! Kein Sturm der Entrüstung! Einfach nichts! Geht uns, geht die Medien das nichts an? Müssen/dürfen Medien über den Vorgang und die Konsequenzen die Bürger nicht informieren? Fällt das unter „politische Korrektheit“? Kann es denn sein, dass wir Deutsche ohne aufzumucken unser Privat- wie auch unser Staatseigentum, das uns völkerrechtswidrig gestohlen und geraubt wurde, einfach so sang- und klanglos aufgeben? Wird nicht einmal der Versuch unternommen, uns eine Option offen zu halten? Was sind wir für Deutsche geworden? Gibt es keinen Stolz mehr auf Heimat und Vaterland?

Karl Heinz Pape, Bremen

Die »Reisen« der Ritter forderten viele Opfer

Zu: „Preußenreisen der Franken“ (Nr. 44)

Ihr Beitrag trug den irreführenden Zusatz „Das 14. Jahrhundert war die große Zeit dieser ‚Reisen‘“. Sie war es nicht. Zwar schreibt Fritsche, dass die Reise dem Aufbruch zu einem Kriegszug gleichzusetzen war, doch es gab keinen Krieg.

Der eigentliche Zweck dieser Reisen waren Ritterspiele, die meist in Exzessen ausarteten. Werner Paravicini schreibt in seinen Büchern „Die Preußenfahrten des Europäischen Adels“: „1322 verübten die Ritter ein solches Morden unter der Bevölkerung, dass nicht ein einziger männlichen Geschlechts davon kam. 1328 drangen die Brüder am frühen Morgen in eine Vorburg ein, fielen unversehens über sie her, töteten die Männer, Frauen und Kinder, die nicht entfliehen konnten und legten die Vorburg in Asche. 1378 tötete, brannte, verheerte und zerstörte der Landmeister neun Tage und Nächte alles.“

Ein Teilnehmer, Peter von Suchenwirt, der 1377 Herzog Albrecht III. von Österreich zu einer Reise nach Preußen begleitete, schilderte ihn so: „Ungebeten kam man zur Hochzeit, aufloderten die Dörfer ... da war es schlecht Bräutigam zu sein ... Wie schlug und stach man da ein ... Was ihnen weh tat, tat uns wohl, wir hatten unsere Lust an Volk und Gut, das waren herrliche Tage.“ Die Chroniken sind voll von diesen Berichten.

Nach erfolgreicher Reise wurden ausgewählte Ritter zum Ehrentisch des Ordens zugelassen und ihre Namen an die Wand eines Saals geschrieben. Ein Ritterbruder heftete dann den Spruch „Ehre besiegt alles“ in Gold an seine Schulter. Eine große Zeit waren die Reisen nicht, man sollte eher die Opfer bedauern.

Reinhard Grunenberg, Berlin

Steinbach hätte Vorsitz verdient

Zu: „Der Ball liegt jetzt bei Merkel“ (Nr. 47)

Welch seltsames Demokratieverständnis! Da folgt eine gewählte Bundestagsabgeordnete bei der Grenzabstimmung ihrem Gewissen (ein in einer Demokratie völlig normaler Vorgang) und wird für Polen zur Unperson.

Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, ist immerhin die Initiatorin des Zentrums gegen Vertreibungen und soll keinen Sitz im Beirat erhalten?

Nicht ein Sitz, nein, der Vorsitz stände ihr zu. Eine unerhörte Einmischung in innere Angelegenheiten Deutschlands. Und unser Außenminister hat Verständnis dafür.

Von der über 750-jährigen Geschichte Ostdeutschlands (und besonders der letzten 90 Jahre) hat FDP-Chef Guido Westerwelle offenbar keinen blassen Schimmer.

Ein deutscher Außenminister sollte doch eigentlich deutsche Interessen vertreten, stattdessen schließt er sich der durch nichts zu rechtfertigenden Hatz Polens gegen Frau Steinbach an. So verkommt der Amtseid zum Amtsmeineid.

Für Verständigung, Versöhnung und Freundschaft ist Wahrheit die wichtigste Voraussetzung, Wahrheit über den Beginn des Krieges und Wahrheit über sein Ende.

Wolfgang Hoffmann, Buchholz

Vertriebene sollten Gesicht wahren

Zu: Leserbrief „Als Machtfaktor versagt“ (Nr. 46)

Wenn ich teilweise auch die Wortwahl des Lesers in diesem Beitrag nicht akzeptieren kann (zum Beispiel von Menschen als „Typen“ zu sprechen, die anderer Meinung beziehungsweise verständnis- oder ahnungslos sind), so möchte ich seinen Vorschlag, eine eigene Vertriebenengedenkstätte einzurichten, kompromisslos unterstützen.

Ich meine übrigens, dass dies schon längst hätte geschehen müssen. Der Bund der Vertriebenen hat es 65 Jahre nicht zu Wege gebracht, eine würdige Erinnerungsstätte an Flucht und Vertreibung zu errichten. Im Gegenteil: Wir setzen uns einer Auseinandersetzung mit deutschen und polnischen Parteien aus, in der Erika Steinbach und wir mit unserem Schicksal zum Spielball werden.

Ich denke, wir können nur gewinnen, wenn wir uns aus dem von der Bundesregierung geplanten Projekt, in dem wir sicherlich nur einen schmalen Raum eingeräumt erhielten und in uns vermutlich zudem vor allem „eigene Schuld“ attestiert würde, zurückzuziehen.

Das bedeutet: Gesicht zeigen und nicht Gesicht verlieren.

Anne-Marie Kienkau, Hamburg

SPD ist keine Stimme mehr wert

Zu: „Das Spitzenduo spielt Harmonie“ (Nr. 46)

Was hat die SPD-Basis nur für eine erbärmliche intellektuelle Qualität. Da treten verkappte Neoliberale wie Sigmar Gabriel, Hannelore Kraft, Olaf Scholz und die Schein-Linke Andrea Nahles zu Vorstandswahlen an und erhalten frenetischen Beifall von den 500 Basis-Delegierten. Der gleiche frenetische Beifall für Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier, die für die Armutszunahme in unserer Gesellschaft mit Gerhard Schröder die Hauptschuld tragen.

Was ist das nur für eine bildungspolitische Unterschicht, aus der sich diese SPD zusammensetzt! Ich empfand diese primitiven 500 Claqueure des SPD-Parteitages genauso abstoßend wie jenen Pöbel, der vor über 70 Jahren frenetisch „Sieg Heil“ rief.

Eine Partei mit diesem verlogenen Überbau und diesem verblödeten Unterbau ist keine einzige Wählerstimme wert.

Dieter Schmekies, Bad Vilbel

Das Ostpreußenblatt

Nr. 48 – 28. November 2009

Memel: Erstmals Laternenumzug zum Martinstag

Am 11. November hat der Verein der Deutschen in Memel im Saal des Simon-Dach-Hauses den Martinstag gefeiert. Der Umzug von Kindern mit Lichtern und Lampions ist ein Teil der Lichtsymbolik, welche an Allerseelen beginnt und über Advent und Weihnachten bis Lichtmess führt.

Bereits vor Wochen wurde mit den Vorbereitungen begonnen. Mit einigen Schulklassen und Kindern aus dem Jugendzentrum der Stadt wurden im Simon-Dach-Haus und im Designstudio „Kukutis" mit viel Phantasie ganz besondere Laternen gebastelt. Jede stellte ein eigenes kleines Kunstwerk dar. Die Mädchen von der Gesangsgruppe „Vega" lernten deutsche Martinslieder und die Jugendgruppe des Vereins der Deutschen probte parallel die Inszenierung der Legende über St. Martin ein.

Die litauische Abteilung für Minderheiten hat die Organisation dieses Festes unterstützt. Die Tageszeitung „Klaipeda" veröffentlichte eine informative Einladung zu dem Fest. Der volle Saal des Simon-Dach-Hauses sorgte für Freude der Organisatoren. Manche Eltern mussten sogar auf dem Flur warten, während im Saal gespielt, gesungen und erzählt wurde. Der Höhepunkt des Abends war der Laternenumzug vom Simon-Dach-Haus bis zur Diakoniestation „Sandora".

Viele Autofahrer und Passanten mussten sich wohl gefragt haben, was der Kinderzug mit leuchtenden Laternen in der Altstadt bedeutet. Voller Stolz haben die Kinder ihre selbst gebastelten Laternen getragen! Jede vom Wind ausgeblasene Kerze wurde sofort wieder angezündet.

In der „Sandora" hatte man die Kinder schon erwartet. Bei einer einmaligen Atmosphäre, für welche die leuchtenden Laternen und Kerzen sorgten, wurden die Teilnehmer von Magdalena Piklaps, der Vorsitzenden des Vereins der Deutschen und der „Sandora", begrüßt. Auch hier wurde gesungen und die Kinder bekamen als Anerkennung Süßigkeiten.

Sicher wird dieses Fest vielen Kindern in Erinnerung bleiben. Der Verein der Deutschen hat bereits Anfragen bekommen, ob die Feier und der Umzug nicht zu einer Tradition in der Stadt werden könnten. Der Verein ist erfreut über die positive Resonanz und ist bereit, auch im nächsten Jahr den Kindern diese Freude zum Martinstag zu schenken. *RM/HJF*

Haderthauer war's

München – In ihren Verdiensten um die Vertriebenen stehen sich Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer und ihre Vorgängerin Christa Stewens (beide CSU) in nichts nach. Die aktuelle Stellungnahme gegen eine Sonderklausel der EU in Sachen Benesch-Dekrete in der Tschechischen Republik stammt aber natürlich von der amtierenden Ministerin Haderthauer. Wir bitten die Verwechslung zu entschuldigen. *K.B.*

Heimkehr in die Geburtsstadt

Mohrungens ehemaliges Herdergymnasium benennt seine Aula nach dem deutschen Dichter und Denker

Mit einer würdigen Feier wurde die Aula der ehemaligen Herderschule in Mohrungen in „Johann-Gottfried-Herder-Aula" umbenannt. Die Feier am 16. Oktober gestalteten die Schüler der Oberstufe des heutigen Leon-Kruczkowski-Lyzeums.

65 Jahre nachdem der ordentliche Schulbetrieb 1944 eingestellt werden musste – die Aula wurde ein Lazarett mit 200 Betten und die Oberstufe war zum Schippen des „Ostwalls" abkommandiert – war nun dieser 16. Oktober ein besonderer Tag, vor allem für die aus der Bundesrepublik angereisten Ehemaligen, die hier ihre Jugendjahre verbracht hatten.

> Ex-Schüler des Herdergymnasiums feierten mit

Schon beim Betreten der Schule wurden die Gäste – unter ihnen Vertreter der Kreisgemeinschaft Mohrungen – durch zwei professionell gestaltete Ausstellungen begrüßt. In der einen hatten sich die heutigen polnischen Schüler mit der Geschichte der 1922 gegründeten Schule auseinandergesetzt. Viel historisches Bildmaterial konnte hier zusammengetragen werden. Eine weitere Ausstellung zeigt in gelungenen, großformatigen Fotos „Mohrungen – einst und jetzt".

Über der Aulatür prangte in großen Lettern: „Aula im. J. G. Herdera", was soviel bedeutet wie „Aula benannt nach J.-G. Herder". Neben der Tür ist ein von dem ehemaligen Herderschüler Gerhard Bondzin gestaltetes Herderporträt angebracht, flankiert von zwei Tafeln in Deutsch und Polnisch mit den Lebensdaten des großen Dichters, Übersetzers, Theologen sowie Geschichts- und Kulturphilosophen.

Besonderen Eindruck auf die heutigen Schüler und die Gäste machte eine lebensgroße männliche Puppe, die einen ehemaligen Abiturienten darstellt, ausgestattet mit zahlreichen „Alberten" und einem „Stürmer" (Mütze). Dieses Zeugnis früherer Zeit wurde von der ehemaligen Herderschülerin Ruth Baasner geborene Müller gestiftet und wird fortan in Mohrungen verbleiben.

Moderiert von einer Schülerin begann um 10 Uhr die offizielle Feier mit einer detaillierten Vorstellung des immerhin einjährigen Schulprojektes über Johann-Gottfried Herder und die Schule, an dem sich mehr als 300 Schüler beteiligt hatten.

Grußworte schlossen sich an, unter anderem von dem ehemaligen Herderschüler Georg von Groeling-Müller, der an seine Schulzeit erinnerte, und von Erhard Wiedwald im Auftrage der Kreisgemeinschaft Mohrungen.

Eine besondere Ehre wurde dem ehemaligen Herderschüler Martin Haese zuteil, der gebeten wurde, zusammen mit der heutigen Rektorin Jolanta Jankowiak-Wydra, Vertretern der Schulbehörde und heutigen Schülern ein Band als Akt zur Benennung der Aula zu zerschneiden.



Höhepunkt des Festaktes: Der ehemalige Schüler Martin Haese und die heutige Rektorin Jolanta Jankowiak-Wydra durchschneiden ein Band in den polnischen Landesfarben. Bild: Krause

In seinem Festvortrag hob der Herder-Experte Fred Manthey aus Erfurt hervor, „warum es so bedeutend sei, gerade der Aula den Ehrennamen ‚Johann Gottfried Herder' zu verleihen". Dem Ursprung nach bezeichnet das Wort „Aula" etwas Wertvolles, etwas Hervorgehobenes, von dem – im Idealfall – Impulse ausgehen. Hier versammelt sich aus wichtigen Anlässen die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, der Eltern und Verwandten, also die ganze Schul-Familie. Der Professor ging weiter auf die Schulgeschichte, die früheren Direktoren und renommierten Herderkenner Grabo und Dobbek ein, und er erinnerte an das Herderwort, welches früher im Treppenhaus der Schule angebracht war: „Der wahre Mensch ist frei und gehorcht aus Güte und Liebe." Manthey schloss seinen Vortrag mit dem Wunsch: „Möge Herders auf die Allgemeinheit gerichtetes Streben festes pädagogisches Vorbild für alle Aktivitäten in diesem Hause sein!"

Im Anschluss an einen kleinen von der Schule ausgerichteten Imbiss trug die Theatergruppe der Schule in einer beeindruckenden Inszenierung Gedichte, Monologe und Solo-Gesang mit und ohne Gitarrenbegleitung unter dem Motto „Liebe, Leidenschaft, Leid und Tod" vor. In Deutsch und Polnisch wurden unter anderem „Der Schimmelreiter" und „Der Handschuh" vorgetragen.

Den Schluss dieser gelungenen und besonders von den deutschen Gästen mit vielen Gefühlen begleiteten Feier bildete der gemeinsame Gesang von Beethovens „Ode an die Freude" mit der zu diesem Anlass so passenden Textzeile „... alle Menschen werden Brüder ...". *Hartmut Krause*

Der Generalkonsul in Königsberg lädt ein

Innerhalb weniger Wochen boten die Bundestagswahl, der Nationalfeiertag und ein Länderspiel Grund zum Feiern

Das Deutsche Generalkonsulat in Königsberg ist sehr aktiv in der Öffentlichkeitsarbeit. In recht kurzem Zeitabstand fanden drei Empfänge und Feiern im Deutsch-Russischen Haus statt.

Die erste war eine „Wahlparty" am 27. September, dem Tag der Bundestagswahl. Eingeladen waren alle Bundesbürger, die in und um Königsberg leben, sowie viele russische Bürger, die durch ihren Beruf oder durch geschäftliche Kontakte Interesse am politischen Leben in der Bundesrepublik haben.

Ab 17 Uhr lief ein deutsches Fernsehprogramm. Es wurde über Satellit empfangen und auf eine Großleinwand übertragen. Der Generalkonsul, Aristide Fenster, hatte auch ein Wettspiel organisiert, an dem jeder Anwesende teilnehmen konnte. Wer dem Wahlergebnis mit seiner Prognose am nächsten kam, erhielt einen interessanten Preis.

Als sich die Möglichkeit einer schwarz-gelben Koalition abzuzeichnen begann, machte sich allgemeine Erleichterung breit. Die überwiegende Meinung war, dass Frau Merkel das kleinere Übel gegenüber einer roten Regierung darstellen würde.

Für die Gäste im Generalkonsulat gab es ein reichhaltiges Büffet mit frisch gezapftem Bier, Wein und alkoholfreien Getränken. Der Gerstensaft floss dann bei guter Stimmung noch bis gegen 23 Uhr.

Am Montag, dem 5. Oktober, fand dann die schon zur Tradition gewordene Feier zum „Tag der Deutschen Einheit" wieder im Deutsch-Russischen Haus statt. Eingeladen hatten auch diesmal der Generalkonsul und seine Ehefrau, Andrea Marschall-Fenster.



Beim Kuchenanschneiden anlässlich des Tages der Deutschen Einheit: Generalkonsul Aristide Fenster und seine Frau Andrea Marschall-Fenster Bild: Matt

Erschienen waren rund 300 Gäste: Politische Vertreter der Stadt Königsberg sowie Vertreter der Gebietsverwaltung, Bewohner der Stadt Königsberg, deutsche Geschäftsleute, Vertreter von Kirchen und anderen Religionen, Generalkonsule von Schweden und den angrenzenden baltischen Ländern, auch einige Bürger der Bundesrepublik, darunter gebürtige Ostpreußen.

Thema des Abends war: „Einigkeit und Recht und Freiheit". Aristide Fenster gedachte in seiner Ansprache insbesondere der Wiedervereinigung durch den Fall der Mauer vor 20 Jahren, was dann auch den Fall des ganzen eisernen Vorhangs in Europa zur Folge hatte. Ebenfalls erinnerte er an die Einführung des Grundgesetzes vor 60 Jahren. Auch viele der offiziellen Vertreter sprachen Grußworte und gratulierten zu diesem Anlass.

Nur fünf Tage später, am 10. Oktober, war das Deutsche Generalkonsulat schon wieder der Gastgeber im Deutsch-Russischen-Haus. Diesmal war es ein „Fußballfest". Denn Deutschland spielte in Moskau ein WM-Qualifikationsspiel gegen die russische Nationalmannschaft. Rund 250 Fußballfans waren erschienen. Wie am Wahlabend war eine Großleinwand aufgebaut und die Sendung kam live von einem deutschen TV-Kanal. Aus Höflichkeit tippte fast jeder auf ein Unentschieden. Wobei auch einige Russen mutig meinten, dass ihre Mannschaft die bessere sei und sie leicht 1:0 gewinnen würden. Aber am Ende gewann Deutschland locker mit 1:0.

Generalkonsul Fenster sagte zum Schluss: „Natürlich freue ich mich über den Sieg der deutschen Nationalmannschaft, aber noch wichtiger war uns, hier mit unseren russischen Freunden zusammen zu feiern. Sport bringt die Menschen zusammen wie sonst kaum etwas, das habe ich in meiner Tätigkeit in China in Vorbereitung und während der olympischen Spiele erlebt und das hat auch dieser Abend hier wieder gezeigt." Wie immer war für das leibliche Wohl vorzüglich gesorgt. *Armin Matt*

Leichenfledderei

Schmutziger Handel mit Erkennungsmarken

Manchen ist auch nichts heilig. In Osteuropa greift immer mehr die Unsitte um sich, Soldatengräber auf der Suche nach Koppelschlössern, Stahlhelmen und Waffen sowie insbesondere Erkennungsmarken von Wehrmachtssoldaten zu durchwühlen, um dieses Plündergut dann im Internet zu versteigern. Die damit einhergehende Trennung von Gefallenen und ihren Marken stört nicht nur die Totenruhe, sondern erschwert auch die Aufklärung des Schicksals der vermissten Soldaten. Immerhin sind noch eine Millionen Schicksale von Wehrmachtsangehörigen und hierbei vor allem von Kämpfern an der damaligen Ostfront ungeklärt.

So ist es neben dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge vor allem die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASt), die sich die Bekämpfung des Internethandels mit Erkennungsmarken aus Schwarzgrabungen zum Ziel gesetzt hat. Regelmäßig ist die Deutsche Dienststelle im Internet auf der Suche nach aus Schwarzgrabungen stammenden Erkennungsmarken. Diese Angebote würden dann in Deutschland gelöscht, beteuert Ebay.

Internethandel schwer kontrollierbar

Die Feststellung des rechtmäßigen Besitzers setzt allerdings voraus, dass die Marken im Internet abgebildet und auf den Abbildungen deren Beschriftung zu erkennen sind. Zudem sind Volksbund wie Deutschen Dienststellen weitgehend die Hände gebunden, wenn der Handel über das Ausland abgewickelt wird. *M.R.*

»So haben wir damals gedacht«

Die SKGD ehrte verdiente Mitglieder im Landkreis Groß Strehlitz – Erinnerung an 1989

Die Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD) hat in Petersgrätz 27 ihrer Mitglieder für die Verbreitung der deutschen Kultur und Sprache im Landkreis Groß Strehlitz ihre Ehrenauszeichnung verliehen. Moderiert wurden die Verleihungsfeierlichkeiten vom SKGD-Vorsitzenden im Landkreis Groß Strehlitz, Helmut Pazdzior. Mit den Worten „Ich finde keine Worte, mit denen ich meinen Dank für eure Arbeit und Mühe ausdrücken könnte“ lobte er Gerda Hudkowski, Elzbieta Biela, Anna Sladczyk und Stefania Rall vom Deutschen Freundschaftskreis im Bezirk Schlesien (DFK). Aus Himmelwitz wurden Richard Urban, Edmund Scholke und Josef Koziollek geehrt.

Der älteste Ausgezeichnete war Leopold Kalla. Da er kurz zuvor sein 87. Lebensjahr hatte vollenden können, sangen alle ihm zu Ehren „Hoch soll er leben“. Kalla war bereits in Pension, als er seine organisatorische Tätigkeit für die deutsche Volksgruppe begann.

Als Gast nahm an der Veranstaltung der Sejm-Abgeordnete Ryszard Galla teil. Er gratulierte nicht nur den Ausgezeichneten, sondern informierte auch über den Verlauf des jüngsten Besuchs der Abgeordneten des Sejmausschusses für nationale und ethnische Minderheiten im Oppelner Land.

»Die deutsche Minderheit hat eine Zukunft«

Der Landrat von Groß Strehlitz, Jozef Swaczyna, erinnerte an jene, die der Auszeichnung der SKGD würdig wären, aber keine Auszeichnung mehr entgegennehmen können: „Viele, für die deutsche Minderheit verdiente Mitglieder, die sich eine Auszeichnung verdient haben, haben diese nie bekommen, wie zum Beispiel Paul Scholz aus Stanisch, der heute beerdigt worden ist.“ Zum Gedenken an den Verstorbenen beteten daraufhin alle Anwesenden das Vaterunser.

Bernard Gaida, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften (VDG) nutze die Gelegenheit, um den Anwesenden vor Augen zu führen, wie viel in den vergangenen zwei Jahrzehnten bereits erreicht wurde und wie sehr sich die Lage seit dem Fall der Mauer entspannt hat. Hierzu schilderte er, wie er mit seinem Vater am 12. November 1989 nach Kreisau zu der Versöhnungsmesse mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl gefahren sei und der Vater zu dem Sohne gesagt habe: „Ich glaube, wir hätten eher nicht gemeinsam fahren sollen, denn, wenn man schießen wird, dann wird keiner von uns überleben, und wer wird sich dann um unsere Familie kümmern?“ „So haben wir Deutsche damals gedacht“, fuhr Gaida fort, um dann voller Stolz auf die Gegenwart zu verweisen: „Heute schauen auf die Oppelner SKGD, als die größte in Polen, alle anderen Organisationen, sogar die kleineren im Ermland und Masuren, um sich ein Vorbild zu nehmen.“

Die Preisverleihung in Petersgrätz wird wohl nicht die letzte ihrer Art gewesen sein. Jedenfalls hat Barbara Kaczmarczyk, die Vorsitzende der Jury, die über die Verleihung der Ehrenauszeichnung zu entscheiden hatte, bereits angekündigt, dass sie noch in diesem Jahr eine neue Liste mit Kandidaten für die Auszeichnung erstellen werde.

Auch der Vorsitzende der SKGD, Norbert Rasch, gab sich optimistisch. Nach der Verleihung der Preise verkündete er: „Die deutsche Minderheit hat eine Zukunft!“ *Manuel Ruoff*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde

die stille Zeit geht ihrem Ende zu, ich habe viele Briefe bekommen, in denen der Toten gedacht wurde, die in der Heimat verblieben sind oder irgendwo in unbekannter Erde ruhen. Unser Landsmann **Gerhard Thal** aus Ulm hat dieses Gedenken in sehr schöne Verse gefasst, aus denen die verpflichtende Treue zum Gedenken an die Menschen spricht, die ihm eine behütete Kindheit schenkten, und auch die nie gestillte Sehnsucht nach der verlorenen Heimat. So lässt er in seinem langen Gedicht „in allem Erdenleid still den Sand des Lebens rieseln ...“ und weist damit den Weg in die Gegenwart und Zukunft. Wie auch das Leitwort seines Briefes „Und Gott spricht: Siehe, ich will ein Neues schaffen!“ Das ist eine gute Brücke zu der kommenden Zeit der Hoffnung und Erwartung, des Advents, und erst recht für unsere Ostpreußische Familie, in der sich das Gestern und Heute oft auf wunderbare Weise vereint.

Wie in unserer ersten Geschichte, in der unsere Familie wieder einmal ein guter Mittler war. Für Frau **Elfriede Baumgartner** aus Brigachtal haben sich ihre Erwartungen voll erfüllt. Sie hatte mich gebeten, über einen aus losen Blättern bestehenden, graphisch recht eigenwillig gestalteten Zyklus „Die Frauen von Nidden“ zu berichten, der in ihre Hände gekommen war und den sie weitergeben wollte. Es handelte sich um die Arbeit des badischen Schulrats **Helmut Heinrich**, der von dem Agnes-Miegel-Gedicht so fasziniert war, dass er die Verse kunstvoll auf einzelne Blätter schrieb und dazu Bilder von eigenartigem Reiz schuf. Eine wirklich außergewöhnliche Arbeit, wie ich feststellen konnte, als ich – leider erst nach der Veröffentlichung – eine Kopie in die Hand bekam. Da hatte das Original schon seinen Platz in der Agnes-Miegel-Gesellschaft gefunden, und der dürfte auch der beste für dieses kleine Kunstwerk sein. Helmut Heinrich hat die Kurische Nehrung nie gesehen, sie war für ihn ein legendäres Land, wie die Zeichnungen beweisen. Die wartenden Frauen in ihrer Mädchenhaftigkeit wie die nackten Fischer in ihren Booten haben mit den Nehrungsleuten aus dem Miegel-Gedicht wenig gemein, aber dadurch erhält dieser Wort/Bild-Zyklus einen besonderen Reiz, hebt das wohl bekannteste lyrische Werk der Dichterin in das Reich der Sage. Es dürfte wohl bisher kaum Illustrationen zu den „Frauen von Nidden“ gegeben haben, die dies so herausstellen wie die von dem leider schon verstorbenen Helmut Heinrich, dessen Werk nun in gute Obhut gekommen ist. Es gab übrigens noch mehrere Interessenten, für die Frau Baumgartner Kopien einzelner Bilder anfertigen ließ. Die Zeichnung in unserer heutigen Kolumne – die sieben Frauen am Haffstrand – soll unseren Lesern einen Eindruck vermitteln.

Ruth Geede — Foto: Pawlik

„Gestern und heute“ verbindet Frau Baumgartner auch in einer anderen Sache. Sie hat in den letzten anderthalb Jahren für die Kreisgemeinschaft Gumbinnen die Gefallenen ihrer Heimatgemeinde gesucht. Mit Hilfe ihrer Freunde im „Referat Angehörigenbetreuung“ des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Kassel, und der Deutschen Dienststelle, Berlin, war es ihr möglich, die schriftlichen Bestätigungen von 45 Gefallenen und Vermissten zu erhalten mit genauen Angaben über Namen, Daten und letzte Ruhestätte. Diese können für manche unserer Leserinnen und Leser, die etwas über den Verbleib ihrer Angehörigen oder Freunde aus dem Gumbinner Raum wissen wollen, interessant sein. Frau Baumartner ist gerne bereit, hierüber Auskunft zu geben. (Elfriede Baumgartner, Bondelstraße 25 in 78086 Brigachtal, Telefon 07721/22306.)

Die Frage nach dem auf einer Luftaufnahme aus dem Jahr 1940 zu sehenden Ort hat sich ja geklärt – es ist Labiau –, und jetzt kam ein Dankesbrief von Herrn **Herbert Meyer** aus Berlin, der sich über die rege Beteiligung an der Lösung seiner Suchfrage sehr gefreut hat. Das von einem Lastensegler aufgenommene Foto war fälschlicherweise mit „Neuhausen“ beschriftet worden – wie es dazu gekommen ist, erklärt Herr Meyer so: „In meiner Sammlung habe ich sieben Luftaufnahmen, die Labiau zeigen, darunter eine von dem Flugplatz Eichwalde. Weitere Fotos zeigen den Lastensegler DFS 230, darunter auch das Kasernengelände von Neuhausen. Dieser bildlich festgehaltene Flug erfolgte tatsächlich von Neuhausen nach Eichwalde im Jahre 1940. Deswegen hat sich auf dem abgebildeten Foto die Bezeichnung „Neuhausen“ eingeschlichen. Es ist somit auch ein Glücksfall, dass so viele Helferinnen und Helfer dies richtig gestellt haben. Nochmals Danke!“

„Dem Mann kann geholfen werden“, sagte Herr Dr. **Dieter Grau** aus Bonn beim Lesen unserer Kolumne, passend zum Schiller-Jahr, und setzte sein Vorhaben gleich in die Tat um. Bei dem Betreffenden handelte es sich um Herrn **Michael Wiesemann** aus Hitzacker, über dessen Forschungen nach seiner Stallupöner Verwandtschaft und die bisherige Resonanz wir in der letzten Folge berichteten. Kurz darauf erhielt ich den Brief von Herrn Dr. Grau, in dem er auf diese „Hilfe“ einging, und die ist schon mitteilenswert. In dem Suchwunsch, der vor allem seinen Großvater betraf, hatte Herr Wiesemann auch das Ehepaar **Fritz** und **Maria** Wiesemann erwähnt. „Just bei den beiden habe ich zusammen mit meinem älteren Bruder **Gernot** im April 1933 Blumen bei deren Hochzeit in der evangelischen Kirche in Stallupönen gestreut“, schreibt Herr Dr. Grau. „Meine Großmutter war eine Tante, meine Mutter eine Cousine der Braut Maria-Mia Wiesemann geborene **Jednat**.“ Das und noch viel mehr berichtete Herr Dr. Grau dem Suchenden in einem langen Brief, dem zahlreiche Familienfotos beigefügt waren. Und ich sahnte auch kräftig ab, denn Herr Dr. Grau legte dem an mich gerichteten Brief sein Buch „Stallupöner Geschichten“ bei und noch mehr Informatives über die später in Ebenrode umbenannte Stadt, die auch in meiner Familiengeschichte eine Rolle spielt. Dafür danke ich dem Ostpreußen „von Geburt und aus Leidenschaft“, wie Herr Dr. Grau sich selber bezeichnet.

Manchmal wird ein Erfolg erst nach Jahr und Tag gemeldet, weil dieser erst lange nach der Veröffentlichung zustande kam. Das bestätigt wieder einmal, dass wir die Hoffnung nicht so schnell aufgeben dürfen, wenn in der ersten Zeit keine oder nur eine geringe



Aus Helmut Heinrichs Zyklus „Die Frauen von Nidden“ — Bild: privat

Resonanz zu verzeichnen war. Ein Beispiel dafür liefert unsere langjährige Leserin Frau **Susi Dahlke von Terzi** aus Ludwigsburg. Sie hatte vor drei Jahren nach Veröffentlichungen ihres Vaters, des Redakteurs und Schriftstellers **Alfred Otto von Terzi** gesucht, erhielt auch einige Zuschriften. Dann kamen schwere Erkrankungen dazwischen, der Kontakt brach ab. Nun erhielt ich zu meiner Freude einen Brief, in dem mir Frau Dahlke von Terzi mitteilte, dass sich nun doch noch ein schöner Erfolg eingestellt hat. Sie bekam Post von Herrn Dipl. Ing. **Meinhard Wessiak** aus Stattegg in Österreich, der ihr einen dicken Brief mit sehr interessanten Informationen über Schriften und andere Arbeiten ihres Vaters zusandte. Er hatte von ihrem damaligen Suchwunsch erst vor kurzem erfahren – wahrscheinlich über das Internet, das uns schon öfters späte Erfolge gebracht hat. Hinzu kam noch eine kleine Zeitverzögerung durch ihre Erkrankung. Nun bittet Frau Dahlke von Terzi uns Herrn Wessiak ganz herzlich für seine Mühe zu danken, und wir schließen uns gerne an. Denn solch eine späte, aber dadurch doppelt beglückende Resonanz macht Mut für weitere Fragen und Wünsche, von denen es wieder einen ganzen „Pungel“ voll gibt.

Darunter auch sehr schwierige, wie der von Herrn **Ralf Moellering** aus Melle, der selber bekennt, dass es leichter wäre, eine Stecknadel im Heuhaufen zu finden als eine Antwort auf seine Frage. Na ja, es gibt einen Magneten, und der heißt „Ostpreußische Familie“, und so sind Sie, lieber Herr Möllering, schon an der richtigen Adresse. Unser Landsmann stellt die Frage für Frau **Erika Bröcker** geborene Zahn aus Bissendorf bei Osnabrück. Ihre Mutter bewirtschaftete bis zur Flucht einen Hof in Hasselberg/Hinterpommern. Der Suchwunsch betrifft ihren älteren Bruder **Ernst Zahn**, * 14. August 1922, der während der ersten Kriegsjahre bei der Wehrmacht war, als Einheit wird ein 96. Regiment genannt. Er hatte eine Freundin in Litauen und desertierte 1941 dorthin. Niemand hat je erfahren, wie sein weiteres Schicksal verlaufen ist. Ob er dort unerkannt lebte – wo, wann und wie? –, ob er einen anderen Namen angenommen hat, was sicher sein dürfte, ob er seine Freundin geheiratet hat – es gibt viele Möglichkeiten. Es müsste allerdings schon ein Zufall sein, dass jemand aus unserem Leserkreis Ernst Zahn gekannt und vor allem von seiner Identität gewusst hat. Seine Schwester hat die Hoffnung, dass er noch lebt, nicht aufgegeben. Ernst Zahn müsste heute 87 Jahre alt sein, möglich wäre es also schon. Aber auch wenn er bereits verstorben ist, wäre es für die Schwester wichtig, etwas über sein Schicksal zu erfahren. Für jeden Hinweis wäre sie dankbar. (Erika Bröcker ist telefonisch unter der Nummer 05402/2838 zu erreichen. Die Adresse von Ralf Möllering lautet Ochsenweg 79, 49324 Melle, die Telefonnummer 05422/709852 und die E-Mail Adresse ralf.moellering@osnanet.de)

„Sie wurden mir empfohlen“! Das lese und höre ich öfters in der letzten Zeit, wenn Anfragen von Suchenden kommen, die unsere Zeitung bisher nicht gekannt hatten. Das ehrt uns sehr, aber übersteigt mitunter unsere Möglichkeiten, wenn die Erwartungen zu hoch geschraubt sind. Dieser Satz steht auch in der E-Mail von Frau **Dagmar Fuhrmann** geborene **Kohlhoff**, denn auf ihrer diesjährigen Reise in das nördliche Ostpreußen wurde ihr der Rat gegeben, sich an uns zu wenden. Da ihre Familienforschung sich auf dieses Gebiet konzentriert, könnte sie schon eine Resonanz auf ihre Fragen erwarten. Frau Fuhrmann sucht nach Informationen über die Eltern und Geschwister ihrer Großväter aus beiden Linien. Aus der mütterlichen nennt sie **Albert Dwilies**, * 12. September 1883 in Woydehnen, Kreis Tilsit–Ragnit, am Ersten Weltkrieg nahm er als Berufssoldat teil. Er diente bei der Artillerie in Insterburg. Danach wurde er in den Polizeidienst der Stadt Tilsit übernommen. Wann und wo er seine Frau **Marie** geborene **Strekies**, * 13. Dezember 1883, in Peteraten/Memelland heiratete, ist unbekannt. Das Ehepaar hatte zwei Töchter: **Waltraud** * 17. Januar 1912, und **Annemarie**, * 22. Februar 1913, beide in Insterburg geboren. Aus der väterlichen Linie sind es **Albert Franz Kohlhoff**, * 28. März 1877 in Bönkeim, Kreis Preußisch Eylau, von Beruf Maurer und Baumeister, im Ersten Weltkrieg verwundet und 1918 nach Tilsit entlassen, und **Ida Anna Drückler**, * 1879 in der Bernburger Vorstadt Calbe (jetzt Calbe/Saale). Diese soll aber aus einer ostpreußischen Bauernfamilie stammen, ihre Eltern waren der Ökonom **Julius** Drückler und **Minna** geborene **Rudert**. Das Ehepaar, das 1902 – wo? – geheiratet hat, muss lange in Preußisch Eylau gewohnt haben, denn alle acht Kinder wurden dort geboren, vier verstarben bereits im Säuglingsalter, darunter auch die älteste Tochter **Agathe**, * 1903. Das sind die Angaben, die Frau Fuhrmann zu ihrer Angelegenheit machen kann. Wer weiß etwas über die Familie, deren Wurzeln in den Kreisen Preußisch Eylau und Tilsit zu suchen sind? (E-Mail: dagmarfuhrmann@t-online.de)

Heute kein Nachschrapselchen? Doch, und diesmal geht es um ein Lied. Wer kennt Ein Kind von sieben Jahr, das eine Waise war und besitzt die Noten? Auf diese kommt es unserm Leser **Lothar Massheida** an, den Text besitzt er. (Lothar Massheida, Imbergstraße 38 in 57462 Olpe, Telefon 02761/61839, E-Mail: massheida@online.de)

Eure

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 101. GEBURTSTAG

Nimzik, Bruno, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, jetzt Cloppenburger Weg 11, 40468 Düsseldorf, am 4. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Welz, Helene, geb. **Quednau**, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Grüner Brunnenweg 99, 50827 Köln, am 4. Dezember

Ziemmek, Anna, geb. **Fröhlian**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, jetzt Karlsbader Straße 6, 34225 Baunatal, am 5. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Zahn, Helene, geb. **Bierneit**, verw. **Rattay**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Am Hofgarten 16, 04680 Tanndorf, am 30. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Janson, Annemarie, geb. **Gruber**, aus Goldach, Kreis Wehlau, jetzt Hagedornstraße 18, 20149 Hamburg, am 28. November

Wohlgemuth, Gertrud, geb. **Kopp**, aus Wehlau, Feldstraße, jetzt Alter Kirchweg 44, 21217 Seevetal, am 1. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Matzkewitz, Gerda, geb. **Fleckenstein**, aus Wehlau, Kleine Vorstadt, jetzt Neidenburger Straße 24, 31141 Hildesheim, am 17. November

Oberhoff, Charlotte, geb. **Erdmann**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 88, jetzt Humboldtstraße 5, 72760 Reutlingen, am 1. Dezember

Rudnik, Hilda, geb. **Rowlin**, aus Lyck, jetzt Elise-Bartels-Straße 1, 23564 Lübeck, am 2. Dezember

Sagon, Liesbeth, geb. **Rebinski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Hohes Feld 42, 45701 Herten, am 6. Dezember

Wenk, Martha, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Lerchenweg 14, 21726 Oldendorf, am 4. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Glasik, Franz, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Marienberger Weg 74, 50767 Köln, am 5. Dezember

Lange, Hildegard, geb. **Wiwianka**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt In der Delle 10, 57250 Netphen, am 5. Dezember

Petereit, Maria, geb. **Mett**, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, jetzt Walter-Sawall-Straße 1, 15537 Erkner, am 2. Dezember

Schmidt, Karl, aus Windau, Schwalgdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Fr.-Klingler-Straße 21, 96450 Coburg, am 1. Dezember

Spei, Luise, geb. **Peyko**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Skaerbaekvej 27, 25832 Tönning, am 3. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dörper, Else, geb. **Kähler**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Viehweg 35, 52531 Übach-Pahlenberg, am 30. November

Pilath, Agnes, geb. **Karwelat**, aus Wehlau, An der Pinnau, jetzt Oerlinghauser Straße 22, 32108 Bad Salzuflen, am 2. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Ehresmann, Hermine, geb. **Wollenberg**, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt Schubertstraße 5, 14772 Brandenburg, am 3. Dezember

Jondral, Albert, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Ringstraße 82, 95643 Tirschnereuth, am 4. Dezember

Siegmund, Erna, geb. **Schwermer**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, jetzt Römerstraße 12, 97475 Zeil, am 28. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bernotat, Gertrud, geb. **Zimmermann**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Enge Straße 88, 49356 Diepholz, am 6. Dezember

Lettko, Helene, aus Steinburg, Kreis Lyck, jetzt Teichstraße 44, 13407 Berlin, am 5. Dezember

Petri, Frieda, geb. **Görke**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Rollenstraße 1, 04838 Eilenburg, am 5. Dezember

Singer, Dr. Heinz, aus Ebenrode, jetzt Isarweg 43, 82057 Icking, am 4. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bielke, Ursula, geb. **Pauliny**, aus Lyck, Steinstraße 37, jetzt Albert-Einstein-Straße 1, 47167 Duisburg, am 1. Dezember

Grigo, Kurt, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, jetzt 135 Erin Ridge Drive, St. Albert/Alberta T8N 6Z4, Kanada, am 2. Dezember

Kaehler, Gerda, geb. **Kaehler**, aus Gundau, Kreis Wehlau, jetzt Alter Postweg 50, 38518 Gifhorn, am 1. Dezember

Krefting, Maria, geb. **Hoffmann**, aus Bärwalde, Kreis Samland, jetzt Oriesstraße 5, 17454 Zinnowitz, am 6. Dezember

Oswald, Elli, geb. **Jortzik**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Im Wiesengrund 16, 24321 Hohwacht, am 3. Dezember

Schelinski, Ursula, geb. **Gehrmann**, aus Rehfeld, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kommandantenstraße 68a, 47057 Duisburg, am 18. November

Wolff, Erika, geb. **Modregger**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Bismarck-Straße 12, 31582 Nienburg, am 6. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bendszus, Lydia, geb. **Janz**, aus Neuschleuse, Kreis Elchniederung, jetzt Falkentaler Steig 47, 13467 Berlin, am 3. Dezember

Buchholz, Käthe, geb. **Olschewski**, aus Steinau, Kreis Neidenburg, jetzt Dünenweg 14, 25436 Moorrege, am 2. Dezember

Franke, Charlotte, geb. **Mattern**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Am Gasselberge 15, 99510 Pfiffelbach, am 27. November

Guse, Lisbeth, geb. **Bromberg**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, jetzt Bahnhofstraße 52, 12305 Berlin, am 4. Dezember

Harrison, Hildegard, geb. **Tolk**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt 311, Crystal Drive, TX 776541 Kileen, USA, am 5. Dezember

Hoffmann, Günther, aus Neidenburg, jetzt Im Bangert 4, 64342 Seeheim, am 1. Dezember

Jacob, Irmgard, geb. **Borgmann**, aus Wehlau, jetzt Erlenweg 2, Appartment II-7/4, 76199 Karlsruhe, am 1. Dezember

Kaukel, Frieda, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Eisenmühlenstraße 19, 52249 Eschweiler, am 6. Dezember

Keck, Ruth, geb. **Kattaneck**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Schulwall 2, 38300 Wolfenbüttel, am 6. Dezember

Kreuter, Helene, geb. **Wolhart**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Schubertstraße 3, 59439 Holzwickede, am 2. Dezember

Kumpat, Heinz, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, jetzt 100 ueen St. N. Unit 510, N2H2H6, Kitchener, Ontario, Kanada, am 6. Dezember

Maeding, Lucie, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Brunnenstraße 36, 34434 Borgentreich, am 30. November

Matz, Helene, geb. **Luckau**, aus Polenzdorf, Kreis Elchniederung, jetzt De-Wolff-Straße 13, 45326 Essen, am 30. November

Medow, Dr. Gerhard, aus Ortelsburg, jetzt Parkstraße 32, 23795 Bad Segeberg, am 30. November

Mertins, Max, aus Kuglacken, Alt Ilischken, Kreis Wehlau, jetzt Ostlandsiedlung 29, 27383 Scheeßel, am 2. Dezember

Reinicke, Helene, geb. **Kossat**, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, jetzt Mittenfeldstraße 17, 70499 Stuttgart, am 26. November

Sommerfeld, Erika, geb. **Kasparzyk**, aus Neidenburg, jetzt Diltheystraße 22, 65203 Wiesbaden, am 30. November

Spogat, Otto, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Scharnhorststraße 8, 36037 Fulda, am 5. Dezember

Vetter, Irmgard, aus Lyck, Soldauer Weg 9, jetzt Sommerstraße 4/III, 81543 München, am 3. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brencz, Liesbeth, geb. **Votel**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Joachim-A-Burgk-Straße 1a, 39288 Burg bei Magdeburg, am 22. November

Bublitz, Rudolf, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, jetzt Dresdner Straße 20, 30853 Langenhagen, am 3. Dezember

Buhn, Edith, geb. **Zachau**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Vellbrüggener Straße 57, 41469 Neuß, am 28. Oktober

Burba, Luise, geb. **Teschke**, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Waldweg 3, 23974 Neuburg, am 30. November

Deinas, Gerhard, aus Stümbern/Auersfeld, Kreis Goldap, jetzt 213 John St. W., Waterloo, Ontario N2L1C6, Kanada, am 2. Dezember

Ewert, Edith, geb. **Krüger**, aus Aßlacken, Groß Aßlacken, Kreis Wehlau, jetzt Todtenhemmer Weg 72, 25764 Wesselburen, am 20. November

Gerkens, Hildegard, geb. **Petrusch**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, jetzt Hagener Allee 114a, 22926 Ahrensburg, am 6. Dezember

Hellmig, Hans, aus Angerburg, Rehanstraße, jetzt Ansgarstraße 25, 50825 Köln, am 28. Oktober

Holz, Christel, geb. **Janz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Grüner Weg 152, 51375 Leverkusen, am 3. Dezember

Klein, Gertrud, geb. **Winkler**, aus Trenk, Kreis Samland, jetzt Max-Bernhard-Schwab-Straße 12, 91443 Scheinfeld, am 5. Dezember

Krah, Herta, geb. **Petzke**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Am Wall 10, 31582 Nienburg, am 28. November

Kummetz, Rudolf, aus Kischen, Kreis Elchniederung, jetzt Gerhardt-Hauptmann-Straße 16, 37127 Dransfeld, am 6. Dezember

Lepenis, Herbert, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, jetzt Am Rosenbaum 41, 51570 Windeck-Herchen/Sieg, am 6. Dezember

Müller, Traute, geb. **Dommick**, aus Tapiau, Landturmstraße, Kreis Wehlau, jetzt Schwaikheimer Straße 39, 71642 Ludwigsburg, am 18. November

Pabsch, Gertrud, geb. **Rinka**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Dahle 4, 31832 Springe, am 6. Dezember

Rehberg, Christa, geb. **Kenneweg**, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, jetzt Schweriner Straße 21, 30625 Hannover, am 29. November

Schlegelberger, Horst, aus Königsberg-Ponarth, jetzt Bruchweg 4, 23560 Lübeck, am 3. November

Suskus, Siegfried, aus Kripfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Gartenstadtallee 28, 24937 Flensburg, am 4. Dezember

Stöteknuel, Werner, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, jetzt Berliner Straße 14, 32825 Blomberg, am 6. Dezember

Tollhagen, Dr. Gisela, geb. **Kluwe**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Alexanderstraße 6m, 66482 Zweibrücken, am 30. November

Tollkühn, Lieselotte, geb. **Tollkühn**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, jetzt Hildesheimer Straße 72, 30169 Hannover, am 22. November

Topka, Heinz, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Hopfenteich 24b, 38690 Vienenburg, am 4. Dezember

Turtschin, Elsbeth, geb. **Jeromin**, aus Lyck, jetzt Borkumer Straße 36, 42287 Wuppertal, am 6. Dezember

Wandrei, Else, aus Peyse, Kreis Samland, jetzt Gustav-Adolf-Straße 15, 32423 Minden, am 5. Dezember

Wiese, Waltraut, geb. **Kühn**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, jetzt Altwesterhüsen 32, 39122 Magdeburg, am 4. Dezember

Wilhelm, Margarete, geb. **Lau**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Karl-Liebknecht-Straße 63a, 16866 Gumtow, am 2. Dezember

Wittkowski, Charlotte, geb. **Frey**, aus Wehlau, Pregelstraße, jetzt Körnerstraße 20, 45143 Essen, am 4. Dezember

Wohlgemuth, Alfred, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Siegelgasse 16, 01558 Großenhain, am 3. Dezember

Wolf, Erika, geb. **Wiese**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Auf den Würden 4, 28197 Bremen, am 2. Dezember

Wrobel, Frieda, aus Reinkental, Kreis Treuburg, jetzt Tändlerweg 14, 91757 Teuchtlingen, am 4. Dezember

Zink, Hildegard, geb. **Mattern**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Tannenweg 16, 79410 Badenweiler, am 2. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Aßmann, Margot, geb. **Spehr**, aus Wehlau, Parkstraße, jetzt Mecklenburger Landstraße 5, 23570 Travemünde, am 19. November

Bergknecht, Oskar, aus Kauwik, Kreis Johannisburg, jetzt Falterstraße 3, 65366 Geisenheim, am 23. November

Biedermann, Magda, geb. **Schulz**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Oberneumarker Straße 33, 08496 Neumark, am 1. Dezember

Brack, Irmgard, geb. **Pilla**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, jetzt Hauptstraße 80, 23611 Bad Schwartau, am 5. Dezember

Elsner, Charlotte Luise, geb. **Kirsch**, aus Raging, Kreis Elchniederung, jetzt 218 Lakeridge Drive, 32405 Panama City, Fl., USA, am 30. November

Fritz, Karlhermann, aus Powunden, Kreis Samland, jetzt Langemarckweg 55, 51465 Bergisch Gladbach, am 6. Dezember

Gering, Elfriede, geb. **Geißler**, aus Treuburg, und Martinshöhe, Kreis Lyck, jetzt Silberbach 7, 07407 Rudolfstadt, am 4. Dezember

Gerull, Christel, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Breitscheidstraße 91, 70176 Stuttgart, am 5. Dezember

Gerull, Gerda, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Breitscheidstraße 91, 70176 Stuttgart, am 5. Dezember

Gliemann, Agathe, geb. **Köster**, aus Lyck, jetzt Sonnenhalde 20, 88161 Lindenberg, am 5. Dezember

Gruchatka, Hildegard, geb. **Rattay**, aus Lyck, jetzt Adolf-Merkel-Straße 5, 75179 Pforzheim, am 3. Dezember

Haase, Maria, geb. **Kurzbach**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schwarze Heide 28, 31199 Diekholzen, am 5. Dezember

Heisel, Kurt, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Höhenring 57, 75365 Calw, am 30. November

Hirsch, Karl, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Wiesermühlenstraße 9, 44791 Bochum, am 3. Dezember

Hochfeldt, Wolf-Dieter, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, jetzt Am Wiesenhof 9, 24107 Kiel, am 30. November

Hofmann, Christa, geb. **Leibenath**, aus Ribben, Kreis Ebenrode, jetzt Tierberg 16, 98724 Lauscha, am 3. Dezember

Horst, Christel, geb. **Kowalzik**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, jetzt An der Sägemühle 26, 76532 Baden-Baden, am 30. November

Kischel, Ruth, geb. **Saunus**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, jetzt Annastraße 13, 42653 Solingen, am 30. November

Klein, Willi, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Föhrichstraße 54, 70469 Stuttgart, am 4. Dezember

Kompa, Arnold, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Schmale Haube 39, 31860 Emmerthal, am 2. Dezember

Krappa, Gerhard, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Am Schallacker 16, 44263 Dortmund, am 4. Dezember

Mellack, Eva, geb. **Behrend**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Bautzener Straße 65, 03050 Cottbus, am 3. Dezember

Müller, Herbert, aus Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rosenstraße 13, 38179 Lagerbütel, am 2. Dezember

Neumann, Helmut, aus Goldach, Kreis Wehlau, jetzt Sandweg 17, 46537 Dinslaken, am 21. November

Nikzlla, Erich, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Eisenbahnstraße 14a, 66265 Heusweilen, am 3. Dezember

Nowosadtko, Heinz, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Königsberger Straße 65, 21629 Neu Wulmsdorf, am 1. Dezember

Rappolt, Harry, aus Erlen, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 37, 77694 Kehl, am 2. Dezember

Reichert, Erich, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Südstraße 70, 47918 Tönisvorst, am 4. Dezember

Retat, Fritz, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Wolterskotten 7, 42579 Heiligenhaus, am 30. November

Rieck, Ursula, geb. **Pilquett**, Ebenrode, jetzt Frankenweg 30, 65760 Eschborn, am 4. Dezember

Schadwinkel, Heinz, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, jetzt Behnhof 19. 23845 Oering, am 25. November

Roders, Johanna, geb. **Kurzbach**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Gerhart-Hauptmann-Straße, 38723 Seesen, am 5. Dezember

Roemer, Dr. Klaus, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 62, jetzt Göttingstraße 22, 31139 Hildesheim, am 5. Dezember

Schädlich, Elsa, geb. **Pietsch**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Jahnstraße 13, 47638 Straelen, am 1. Dezember

Schäl, Anni, geb. **Milazschewski**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Hamburger Allee 22, 14641 Berge/Nanon, am 2. Dezember

Schorlepp, Christa, geb. **Schorlepp**, aus Papiau, Uferstraße, Kreis Wehlau, jetzt Schweriner Straße 1b, 21614 Buxtehude, am 1. Dezember

Schreiber, Erika, geb. **Prengel**, aus Allenstein, jetzt Hammerrödchen 26, 98544 Zella-Mehlis, am 5. Dezember

Schwerin, Edith, geb. **Meyer**, aus Sentken, Kreis Lyck, jetzt Struck-weg 16, 21635 Jork, am 30. November

Stritzel, Hans-Werner, aus Lyck, jetzt Zum Kastell 13, 55286 Wörrstadt, am 2. Dezember

Thiel, Irmgard, geb. **Kischkat**, aus Wehlau, Vogelweide, jetzt An den Pfarräckern 12, 97277 Neubrunn, am 3. Dezember

Trawny, Irena, geb. **Czerlinski**, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Dorfstraße 11a, 17309 Schönwalde, am 5. Dezember

Wichmann, Gisela, geb. **Kautwill**, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Heerstraße 16, 31191 Algermissen, am 30. November

Witt, Hans, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Mayener Straße 125, 56070 Köln, am 3. Dezember

Beyer, Kurt, aus Schlossbach, und



Frau Emma, geb. **Mauer**, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, jetzt Am Ehrberg 24, 37619 Bodenwerder, am 4. Dezember



Schatull, Alfred, und Frau Rosemarie, geb. **Rubba**, aus Schwengels-Dothen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Edmonton Alberta T6C1E1, Kanada, am 5. Dezember

Junger landsmannschaftlich organisierter Historiker (30 Jahre, Magister Artium) aus Köln, Doktorand der Geschichte, bietet an, einen wissenschaftlichen Vortrag über die Gründung der preußischen Provinz Oberschlesien (1919) im Rahmen von landsmannschaftlichen Veranstaltungen zu halten. Thema des Vortrages „Polonia ante Portas – Preußen zwischen allen Stühlen". Gerne auch zu anderen Themenbereichen ostdeutscher Geschichte. Weitere Auskünfte bitte über die Redaktion der *PAZ*.

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

Baden-Württemberg



Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonntag, 29. November, Fahrt zum Weihnachtsmarkt in Marktbreit bei Würzburg. Informationen erteilt R. S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Lahr – Donnerstag, 3. Dezember, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch im Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3. – Sonntag, 6. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier im Gasthaus Zum Zarko. Bitte Kuchen mitbringen.

Ludwigsburg – Dienstag, 15. Dezember, 15 Uhr, Vorweihnachtsfeier der Gruppe im „Krauthof“ Beihinger Straße 27.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 2. Dezember, 14.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe „Im Lindach“.

Stuttgart – Sonntag, 6. Dezember, 15 Uhr, Vorweihnachtsfeier der Gruppe im Ratskeller, Marktplatz 1, Stuttgart. Mit einem heimatlichen und weihnachtlichen Programm, musikalisch am Klavier unterstützt durch Frau Beierle. Die Gestaltung erfolgt durch die Zweite Vorsitzende Margarethe Sorg. Um zahlreichen Besuch wird gebeten, Gäste sind willkommen.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 10. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe zu einem vorweihnachtlichen Nachmittag in den „Ulmer Stuben“.

Wendlingen – Mittwoch, 2. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Stadthalle am Rathaus, Raum Treffpunkt Stadtmitte.

Bayern



Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 12. Dezember, 15 Uhr, Vorweihnachtsfeier in der „Orangerie“ und besinnlicher Rückblick auf 60 Jahre Gruppe Ansbach.

Erlangen – Sonnabend, 5. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe mit Pfarrer Plorin im Freizeitzentrum Frankenhof, Raum 20. – Die letzte sehr gut besuchte Veranstaltung stand ganz im Zeichen des Grützwurstessens. Die echte Grützwurst mit Sauerkohl und Kartoffeln schmeckte wieder hervorragend. Anschließend gab es Vorträge in Mundart und auch das Plattdeutsche durfte nicht fehlen. Sigrid Heimburger hatte wieder viele Witze auf Lager. Frank Krawolitzki brachte den Anwesenden die typischen ostpreußischen Begriffe wieder in Erinnerung. Hella Zugehör las die Geschichte „Vom lieben Gottchen und vom Wetterchen“ vor. Auch die Besucher aus Nürnberg trugen wieder zum guten Gelingen des Abends bei.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 4. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Wirtshaus Auf der Lände.

Landshut – Sonntag, 29. November, 11.30 Uhr, Busfahrt zum Christkindlmarkt Vilshofen. Abfahrt: 11.30 Uhr, Hauptbahnhof Landshut, Rückkehr gegen 19 Uhr. – Dienstag, 15. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Wintergarten, Gasthaus Insel.

Memmingen – Mittwoch, 9. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtliche Feierstunde im Hotel Weißes Roß.

München Nord / Süd – Sonnabend, 5. Dezember, 14 Uhr, Vorweihnachtliche Feier mit Kaffeetafel im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Auf dem Programm stehen gemeinsames Singen, kleine Lesungen und Vorträge. – Freitag, 11. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur Adventsfeier im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Sonntag, 6. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier im „Tucherbräu“ am Opernhaus.

Rosenheim – Mittwoch, 9. Dezember, 14 Uhr, Vorweihnachtsfeier der Gruppe im Gasthaus Höhensteiger.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 27. November, 19 Uhr, Treffen der Gruppe im „Jagdschlößchen“, Gunzenhausen. Nach dem gemeinsamen Grützwurstessen hält Dr. Jürgen Danowski einen Diavortrag über „Die Künstlerkolonie Nidden auf der Kurischen Nehrung“.

Würzburg – Die Gruppe würdigte ein historisches Ereignis. Die Kreisgruppe wurde 60 Jahre alt – ein Jubiläum – das besondere Beachtung verdient. Er konnte als Vorsitzender zahlreiche Mitglieder und Ehrengäste begrüßen. Von den Gründungsmitgliedern, die die Gruppe aus dem Nichts ins Leben riefen, ist niemand mehr da. Sie sind verstorben oder verzogen. Einige der treuen Landsleute leben in Seniorenheimen und sind über 90 Jahre alt. Die Liebe und Verbundenheit zur Gruppe bleibt aber bestehen. Bei derartigen Anlässen blickt man gerne zurück. Dieser Tag war ein stilles Gedenken; geprägt von Melancholie und gleichzeitig freudigem Charakter. Im September 1949 trafen sich im Würzburger „Bürgerbräukeller“ die Landsleute zur Gründungsversammlung. Die Versuche, die Menschen der Heimat wenigstens behelfsmäßig zu sammeln und ihnen auch räumlich eine Anlaufstelle zu geben, war vorrangiges Ziel. So fing alles an. Man hob die Gruppe aus der Taufe. Sicher war damals manches anders, als es heute der Fall ist. Die Not war groß. Jeder brauchte jeden – Wohnungsmangel herrschte überall. In dem damals fast zerstörten Würzburg wurden Notunterkünfte geschaffen, wie es in dieser Zeit üblich war. Oft waren die Familien getrennt, die Männer in russischer Gefangenschaft. Die Frauen wurden mit Problemen konfrontiert, die sie gar nicht alleine bewältigen konnten. Zuzugsgenehmigungen für Heimkehrer oder entlassene Kriegsgefangene bereiteten Schwierigkeiten. In diesen Zeiten der Hoffnungslosigkeit bildeten Flüchtlinge und Vertriebene eine Gemeinschaft. Man wollte unter sich sein. Jeder hatte das gleiche Schicksal. Natürlich wurde der Gedanke an die Heimat niemals aufgegeben. Damals dachte man noch an eine Rückkehr. Dieser Gedanke konnte nie realisiert werden. Sicher gab es im Laufe der sechs Jahrzehnte Unstimmigkeiten, die zu Verdruss und Ärger führten. Mitunter stand man kurz vor der Auflösung. Mancher Sturm musste überstanden werden; aber die Gemeinschaft blieb bestehen. Jeder Verein steht und fällt mit dem Vorsitzenden. Dies ist eine Tatsache, die auch heute noch Gültigkeit hat. In der Kreisgruppe gab es hervorragende Persönlichkeiten, die den Verein gerade in den Anfangsjahren mit Umsicht und Tatkraft führten: Maria Schröder, Adolf Fischer. Später übernahm Paul Bergner die Führung. Sein Nachfolger war Herbert Hellmich. Leider ging die Chronik verloren, so dass ein lückenloser Nachweis der Vereinsführung nicht möglich ist. Beim Festakt konnten folgende Ehrengäste begrüßt werden: Bürgermeister Dr. Adolf Bauer als Vertreter der Stadt, Friedrich-Wilhelm Böld, Bundesschatzmeister der Landsmannschaft Ostpreußen und Landesgruppenvorsitzender, Albert Krohn Bezirks-und Kreisvorsitzender des Bundes der Vertriebenen, Maria Kampa, Vorsitzende der Landsmannschaft Oberschlesien, Heide Bauer, Bezirksvorsitzende Mittelfranken, Dr. Jürgen Danowski, Vorsitzender der Gruppe Gunzenhausen sowie Gustav Patz mit Ehefrau, Vorsitzender der Gruppe Kitzingen. In der Totenehrung gedachte Gertrud Philipowski in ihrer Gedenkrede der Landsleute, die bei Flucht, Vertreibung und Deportation ihr Leben lassen mussten. Die Gedenken waren ebenfalls bei den verstorbenen Mitgliedern der Landsmannschaft. Ergreifend war anschließend das „Ave Verum – Verum Corpus“, gespielt von Regina Philipowski an der Heimorgel. Grußworte, ein gemeinsam gesungenes Lied „Ännchen von Tharau“ sowie ein Gedicht „Heimat“ von Maria Püls rundeten die Programmfolge ab.

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?“ auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Berlin



Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: bdvberlin@cityweb.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Heilsberg – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, „Nikolausfeier“. Anfragen: Benno Böse, Telefon (030) 7215570.



Rößel – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, „Nikolausfeier“. Anfragen: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600, oder Elisabeth Müller, Telefon (030) 6935721.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heitberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 468222.

Bremen – Dienstag, 1. Dezember, 9.15 Uhr, Busfahrt nach Lüneburg. Damit verbunden sind eine Führung im Ostpreußischen Landesmuseum sowie die Möglichkeit zum Besuch des Lüneburger Weihnachtsmarkts. Mittagessen im Gasthaus zur Krone, allerdings nicht im Preis enthalten. Tagesablauf: 9.15 Uhr Abfahrt, Bremen ZOB, 11.30 bis 13 Uhr Führung mit Dr. Hinkelmann durch die Sonderausstellung „Der Norden Ostpreußens in Fotografien von Christian Papendick“. 13.15 bis 14.30 Uhr Mittagessen in der „Krone“, anschließend Zeit zur freien Verfügung auf dem Weihnachtsmarkt oder zum persönlichen Rundgang im Museum. Die Abfahrtzeit wird in der Gruppe abgestimmt. Preis für Fahrt und Eintritt 23 Euro pro Person. Anmeldungen bei Frau Venderbosch, Telefon 4854633. Bezahlung bei Anmeldung auf das Konto JWD-Reisen, Jürgen Wiebking, Konto-Nr.: 18276717, BLZ 290 501 01, Sparkasse Bremen. – Sonnabend, 5. Dezember, 10 Uhr (Ende 17 Uhr), Ostdeutscher Weihnachtsmarkt der Bremer Landsmannschaften im Gemeindesaal der Domgemeinde in der Sandstraße. Ein vom BdV betriebenes Tages-Café bietet selbstgebackenen Kuchen. – Sonntag, 6. Dezember, 15 Uhr, ostpreußische Adventsfeier im Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen (Haltestelle Flughafen, Linie 6) Die Adventsandacht hält Pfarrer i. R. Wolfgang Krzizanowski. Die Gestaltung der musikalischen Umrahmung erfolgt durch den Arbeitskreis Ostpreußisch Platt. Gemeinsam will man harmonisch und besinnlich sein, Lieder singen und sich an den eigenen Darbietungen erfreuen. Die Kosten für die Kaffeetafel betragen 10 Euro pro Person. Eine Teilnahme ist aus organisatorischen Gründen nur nach vorheriger Anmeldung in der Geschäftsstelle möglich. Die Geschäftsstelle der Gruppe befindet sich in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 27. November, 14.30 Uhr, Feier zum 50jährigen Bestehen der Frauengruppe im „Barlach-Haus“. Die Bundesvorsitzende der Frauengruppe, Uta Lüttich, hat ihr Erscheinen zugesagt, Anmeldung unter Telefon 86176, erforderlich.

Lesum/Vegesack – Freitag, 18. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im „Lesumer Hof“, Bremen-Lesum. Die Feier beginnt mit Kaffee und Kuchen und beinhaltet wieder weihnachtliche Geschichten in Hoch- und Plattdeutsch sowie ostpreußisch Platt, vorgetragen von Mitgliedern der Gruppe. Es gibt natürlich auch Zeit für schöne Gespräche untereinander. Dazu werden musikalische Vorträge einer Gesangsgruppe dargeboten. Aber auch das Singen bekannter Weihnachtslieder wird nicht fehlen. Anmeldungen bis zum 10. Dezember bei Christel Kuhnigk, Telefon (0421) 74165.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Montag, 30. November, 16 Uhr, **Stunde der Begegnung** im Haus der Heimat (Teilfeld 8, S-Bahnstation Stadthausbrücke beziehungsweise U3-Station Rödingsmarkt) mit Funktionsträgern des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen (LvD) in Hamburg. Zugleich wird der Verband die Gelegenheit wahrnehmen, um einen Empfang im neuen Domizil zu geben und lädt dazu herzlich ein.

Sonnabend, 12. Dezember, 14 Uhr, **Weihnachtsfeier** im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg, Telefon (040) 504477, Einlass 13 Uhr, 14 Uhr Begrüßungsansprache des Ersten Vorsitzenden Hartmut Klingbeutel. 14.15 Uhr: mit Ruth Geede will man gemeinsam an die Weihnachtszeit in der Heimat erinnern, Weihnachtslieder singen und den literarischen Erzählungen lauschen. Mit ihrer Harfe wird Tatjana Großkopf (Leiterin des Lufthansachores) die Vorträge musikalisch umrahmen und dem Singen den richtigen Ton geben. 15 bis 15.30 Uhr Kaffeepause. Nach der Pause setzen wir das Programm fort und lassen unsere besinnliche Weihnachtsfeier langsam ausklingen. Durch die Veranstaltungen führt sie Hans Günter Schattling. 17 Uhr Ende der Weihnachtsfeier. An- und Abfahrt: U/S-Bahn Ohlsdorf. Parken im Umfeld möglich.

HEIMATKREISGRUPPEN



Elchniederung – Mittwoch, 2. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtlicher Nachmittag in den ETV Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide Eimsbüttel, U-Bahn Christuskirche. Mit Musik, Liedern zur Jahreszeit und Vorträgen soll der Advent gefeiert werden. Der Eintritt ist frei, aber bitte bringen Sie ein Päckchen für den Julklapp mit. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



Gumbinnen – Sonnabend, 21. November, 14 Uhr, vorweihnachtliches Programm mit Kaffeetafel im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahnlinie 1 bis Stadthausbrücke oder U-Bahn 3 bis Rödingsmarkt. Man geht in Richtung Michaelis-Kirche noch rund sechs Minuten. Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen.

Heiligenbeil – Sonnabend, 28. November, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in Hamburg wohnen. Gemeinsam will man sich mit Gedichten, Liedern und Geschichten auf das kommende Weihnachtsfest einstimmen. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab U-Bahn Billstedt, U-Bahn Wandsbek-Markt und U-Bahn Hammer Kirche, bis Bauerberg. Von dort sind es nur noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldungen bis zum 27. November bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092. – Neuntägige Ostpreußenreise in den Kreis Heiligenbeil vom 24. April bis 2. Mai 2010. Es werden alle Kirchspiele besucht, also auch Ihr Heimatort. Reisepreis ab 20 Teilnehmern 764 Euro; ab 30 Teilnehmern 714 Euro; ab 40 Teilnehmern 664 Euro pro Person im DZ. Im Preis enthalten: HP, Reiserücktrittversicherung, Krankenversicherung im russischen Teil des Kreises, Erlaubnis für den grenznahen Bereich im russischen Teil, Reiseleitung, Stadtführungen, Grenzgebühren und Visakosten. Reiseunterlagen ab sofort bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.



Insterburg – Mittwoch, 2. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Die Vorweihnachtszeit wird eingeläutet mit einem schönen Weihnachtsprogramm. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Königsberg – Donnerstag, 3. Dezember, 14 Uhr, gemeinsame Kaffeetafel der Gruppe zum 30jährigen Jubiläum und zum vorweihnachtlichen Zusammensein im Restaurant Rosengarten (U/S-Bahn Ohlsdorf, Ausgang rechts), Alsterdorfer Straße 562, Hamburg, Telefon (040) 504477. Einlass ist ab 14 Uhr, ein Programm wird vorbereitet. Schriftliche Anmeldung bis zum 25. November bei Ursula Zimmermann, Klärchenstraße 21, 22299 Hamburg.



Osterode – Sonnabend, 28. November, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Ohlsdorf. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, die Feier wird musikalisch begleitet. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Anmeldungen bei Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



Sensburg – Sonntag, 6. Dezember, 14 Uhr, Adventsfeier im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Anmeldungen bis zum 4. Dezember bei K. Budszuhn, Friedenstraße 70, 25421 Pinneberg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 1. Dezember, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 7. Dezember, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis „Waldquelle). Vorweihnachtliche Feier nach ostpreußischer Art.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Bergstraße – Anfang November veranstaltete die Gruppe die 45. Preußische Tafelrunde. Der stellvertretende Vorsitzende Reinhard Sablowski, der die Vorsitzende Brigitte Sattler vertrat, die leider wegen eines Unfalls, den sie auf einer Frankreichreise erlitt, nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnte, freute sich, auch dieses mal wieder eine große Zahl Gäste aus nah und fern, darunter viele Ehrengäste begrüßen zu können. Er erinnerte daran, dass diese Veranstaltung vor mehr als 22 Jahren von dem heutigen Ehrenvorsitzenden Hans-Ulrich Karalus das erste Mal durchgeführt wurde, und seit dem bereits von mehr als 6000 interessierten Gästen besucht wurde. Nach einigen einleitenden Musikstücken, vorgetragen von dem international bekannten Duo „Klassik Vivo“ aus Königsberg (Kaliningrad), wurde das Essen serviert. Es gab Schweinebraten mit Backpflaumen gefüllt und Wirsinggemüse, Nachtisch Pana Cotta mit dunkler Fruchtsoße. So gestärkt konnte man dem Vortrag des Referenten Prof. Dr. Wladimir Gilmanov aus Königsberg (Kaliningrad) zuhören. Das Thema des Vortrages war „Simon Dach – seine Bedeutung und seine Entdeckung für die russische Kultur“. Prof. Gilmanov verstand es, sein Publikum durch seine spezielle Art des Vortrages zu beeindrucken. Der preußische Barockdichter war nicht nur der Dichter des berühmten Liedes „Ännchen von Tharau“, sondern auch einer der bedeutendsten Lyriker seiner Zeit. Gilmanov verstand es beeindruckend anhand der Biografie Simon Dachs einen philosophischen Bogen zu zeichnen vom Barock bis in die Gegenwart. Dach wurde 1605 in Memel geboren und starb 1659 in Königsberg. Er besuchte die Domschule in Königsberg, dann die Lateinschule in Wittenberg und das Gymnasium in Magdeburg. Während seines Aufenthalts in Magdeburg brach die Pest aus und Dach floh über Danzig nach Königsberg zurück. Dort studierte er an der Universität Theologie und Philosophie.1639 ernannte Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg ihn zum Professor für Dichtkunst. Als Dank für sein erfolgreiches Wirken schenkte ihm der Große Kurfürst zwei Jahre später ein Landgut. Während des Dreißigjährigen Krieges wurde Dach zum führenden Kopf der „Kürbishütte“ (Auch Gesellschaft der Sterblichkeitsbeflissenen). Das Gartenhaus des Domorganisten Heinrich Albert, welches von Kürbissen überrankt war, wurde zum Treffpunkt der kleinen Gruppe. Mit 49 Jahren erkrankte Dach an der Schwindsucht und starb nach jahrelanger qualvoller Krankheit im Jahre 1659. Reinhard Sablowski dankte Herrn Prof. Gilmanov für diesen besonderen Vortrag. Anschließend richtete der Ehrenvorsitzende Karalus einige Worte an die Tafelrunde und trug Teile eines Gedichtes von Simon Dach vor.

Darmstadt – Sonnabend, 12. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach einer gemeinsamen Kaffeetafel vorweihnachtliche Feier mit Liedern, Gedichten und kleinen Geschichten mit musikalischer Umrahmung.

Hanau – Sonntag, 29. November, 14.30 Uhr, Adventsfeier in der „Sandelmühle“, Philipp-Schleißner-Weg 2a. Gemeinsam sollen ein paar besinnliche Stunden mit Weihnachtsliedern, Gedichten und einer Andacht verbracht werden. Gäste sind stets herzlich willkommen. – Mittwoch, 9. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Kassel – Sonntag, 13. Dezember, 15 Uhr, Advents- und Vorweihnachtsfeier im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. – Zwei Höhepunkte prägten das letzte Treffen: einmal das bewährte Grützwurstessen sowie der zweite Teil der Vorlesungsreihe von Ruth Barthel über „Tiergeschichten aus der Heimat“. Für den passenden Trennstrich zwischen der leiblichen und geistigen Nahrung sorgte das schlesische Urgestein Ewald Kern mit dem frei vorgetragenen Gedicht: „Schlachtfest in Schlesien“. Zu den Autoren, die Frau Barthel im Anschluss sprechen ließ, gehörten unter anderem Siegfried Lenz mit einer humorvollen Geschichte über einen 28-Ender und Johannes Thienemanns anschauliche Beschreibung des Vogelzugs auf der Kurischen Nehrung. Zwischen den einzelnen Beiträgen stimmte die Vorleserin bekannte Heimatlieder an, und alle sangen kräftig mit. Eine heitere Stimmung bemächtigte sich der Anwesenden im Saal.

Wetzlar – Sonntag, 29. November, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128. Gäste herzlich willkommen.

Wiesbaden – Dienstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur Weihnachtsfeier im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bad Bevensen – Sonnabend, 5.

Fortsetzung auf Seite 18

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

6./7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont
23./25. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont
24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein
21./24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein
24./6. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont
29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont
8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt. Bestellungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400820, Fax (040) 41400819, gerne entgegen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Dezember, 9 Uhr (Ende 16 Uhr), Weihnachts-Basar in den Räumen des Gemeindezentrums der Dreikönigskirche. Ein abwechslungsreicher Tag erwartete die Gäste bei: Kaffee und selbstgebackenem Kuchen, weihnachtlichen und ostpreußischen Handarbeiten aus eigener Fertigung, Königsberger Marzipan, selbstgemachter Marmelade, deftiger Erbsensuppe und gute Gespräche.

Braunschweig – Freitag, 11. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum vorweihnachtlichen Beisammensein im Stadtparkrestaurant, Jasperallee.

Delmenhorst – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Adventsfeier im Restaurant Zum Tell. Pfarrer August Hüsing und einige Mitglieder werden mit ihren Darbietungen die Feier gestalten. Michael Strunk sorgt am Keyboard für die richtige musikalische Untermalung.

Göttingen – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Gasthof Zur Linde, Hauptstraße 50, Göttingen. – Dienstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Frauengruppe im „Rathskeller“, Göttingen.

Helmstedt – Donnerstag, 3. Dezember, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 3. Dezember, 12.30 Uhr, Abfahrt zur Modenschau in Stöckheim. – Donnerstag, 10. Dezember, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 10. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe in St. Walpurgis.

Holzminden – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kaffeenachmittag im „Felsenkeller“.

Oldenburg – Mittwoch, 9. Dezember, 15 Uhr, Treffen im Stadthotel Eversten. Die Adventsfeier wird begangen mit einem Basartisch voll mitgebrachter Weihnachtsbäckereien und -basteleien. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. – Die Frauengruppe heiterte den Tag durch einen Dia-Ausflug in den sonnigen Orient: Unbekanntes Arabien, eine Reise nach Dubai auf. Das Ehepaar Detlef und Renate Lubenau beinhaltete anhand von vielen wunderschönen Bildern von ihrem Besuch in den Vereinigten Arabischen Emiraten, beginnend in Dubai bis hinauf in das Fürstentum Oman, an der Felsenspitze, die in den Persischen Golf hineinragt. Dubai, als künstlich in die Wüste, auf Handel und Tourismus als Lebensgrundlage aufgebaute Hochhausstadt kontrastiert auffallend mit der umgebenden Wüste und den Felsenlandschaften, die nur wenigen Bewohnern ein Auskommen bieten. Herr Lubenau traf in vielen Aspekten seiner Schilderung das Interesse der zahlreichen Zuschauer und verstand es, ihre Aufmerksamkeit zu fesseln. Die Vorsitzende der Frauengruppe, Gisela Borchers hatte zuvor noch Hinweise auf Veranstaltungen in Oldenburg und Umgebung sowie bevorstehende Fernseh-Sendungen gegeben. Das heitere Gedicht „November“ von Heinrich Seidel sollte den grauen Regentag vergessen machen.

Osnabrück – Sonntag, 6. Dezember, 15.30 Uhr, Adventsfeier in der Osnabrück Halle. Anmeldungen bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reihs, Telefon 83646. – Donnerstag, 10. Dezember, 15 Uhr, Literaturkreis im Hotel Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Aachen – Sonnabend, 5. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im Haus des Deutschen Ostens, Franzstraße 74, Saal des Restaurants Franz, fünf Minuten vom Hauptbahnhof, gleich am Marschiertor. Der Weihnachtsmann hat auch schon seine Teilnahme zugesagt, um seine Grüße zu überbringen. Es wurde wieder ein buntes, besinnliches Programm zusammengestellt und ein neues Weihnachtsstück eingeübt. Alle Mitglieder, Freunde und Nachbarn sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei. All denjenigen, die nicht mehr an den Aktivitäten der Gruppe teilnehmen können, sei schon jetzt ein geruhsames, friedliches Weihnachtsfest und alles Gute für das nächste Jahr gewünscht.

Bielefeld – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Advent-Heimatnachmittag im Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld. – Donnerstag, 3. Dezember, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Montag, 7. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Sonntag, 6. Dezember, 15.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe und gemütliches Beisammensein im Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74. – Dienstag, 8. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur Weihnachtsstunde mit Julklapp in Altenbegegnungsstätte Brüser Berg.

Detmold – Mittwoch, 2. Dezember, 15 Uhr, Adventsveranstaltung der Gruppe im „Kleinen Festsaal“ der Stadthalle Detmold. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen eine Ansprache zum Advent von Pfarrer i. R. Gerhard Mörchel und ostpreußische weihnachtliche Geschichten von Hans-Dieter Schlingmann.

Düren – Freitag, 11. Dezember, 16 Uhr, vorweihnachtliche Feier. Kuchenspenden erbeten. Kontakt: Telefon 42176.

Düsseldorf – Sonntag, 29. November, 11 Uhr, Messe für Heimatvertriebene und Aussiedler, St. Antonius-Kirche, Fürstenplatz. – Mittwoch, 2. Dezember, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH. – Donnerstag, 3. Dezember, 19 Uhr, Vortrag von Prof. Dr. Christopher Clark: „Kaiser Wilhelm II. (1859–1941) in neuer Sicht“, Eichendorff-Saal, GHH. – Sonntag, 6. Dezember, 10 Uhr (Ende 16 Uhr) Ost- und Mitteldeutscher Weihnachtsmarkt im GHH.

Essen – Freitag, 11. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Advents- und Weihnachtsfeier.

Gütersloh – Montag, 30. November, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Donnerstag, 3. Dezember, 15.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9. Kontakt und Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. Interessierte Frauen und Männer sind stets willkommen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. – Sonnabend, 5. Dezember, 15 Uhr, Verkauf ostpreußischer Spezialitäten auf dem Weihnachtsmarkt in Gütersloh-Spexard. Es werden wieder Bigos, Grützwurst, Bärenfang Schmalzbrote und heiße Borschtsch-Suppe angeboten. Alle Spezialitäten werden selbst zubereitet. Wer helfen kann und möchte (kochen oder Zutaten spenden) melde sich bei Marlene v. Oppenkowski, Telefon (05241) 702919, oder Mariane Bartnik, Telefon (05241) 29211. Der Weihnachtsmarkt findet am Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14, Gütersloh statt. Wie auch in den vergangenen Jahren wird der Erlös gespendet. – Montag, 7. Dezember, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Haltern – Donnerstag, 3. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier in der Gaststätte Kolpingtreff.

Köln – Dienstag, 1. Dezember, 14 Uhr, Jahresabschlussveranstaltung der Gruppe im Kolping Hotel, St.-Apern / Helenenstraße 32, 50667 Köln. Eingebettet in die mit Advent- und Weihnachtsfeier gastiert das Rosenau-Trio, außerdem Feier des 70. Geburtstags der Vorsitzenden. Konzert der Pianistin Frau Brummer und dem Flötisten Herr Riemer. Der Tag endet mit einem Büfett, die Getränke muss jeder selbst zahlen.

Leverkusen – Sonnabend, 5. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Vorweihnachtsfeier im großen Saal der Herz Jesu Kirche, Marktplatz 1, Leverkusen-Wiesdorf. Eintritt Mitglieder 4 Euro, Nichtmitglieder 7 Euro. Kinder bis zum 12. Lebensjahr zahlen nichts. Ein schönes festliches Programm mit Beteiligung aller Kulturgruppe beginnt um 15 Uhr. Der Weihnachtsmann hat sein Kommen zugesagt. Anmeldung dringend bis spätestens 3. Dezember bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763. Gäste sind herzlich willkommen.

Mülheim/Ruhr – Dienstag, 8. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliches Beisammensein im Hotel Handelshof, Mülheim/Ruhr.

Neuss – Sonntag, 29. November, 15 Uhr, Adventsfeier im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss. Mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang, Kaffee und Kuchen sowie ostpreußischen Spezialitäten.

Siegen – Der Vorsitzende Olbrich begrüßte auf der Spätherbst-Veranstaltung neben, den erschienen Mitgliedern, unter anderem den BdV-Kreisvorsitzenden Hans-Heinrich Thomas und Herrn Tröps vom Siegerländer Heimatbund begrüßen, sie berichteten über die Tätigkeiten in ihren Verbänden. In den BdV-Räumen wurden durch aktive Mithilfe einiger Mitglieder Reinigungs- und Renovierungsarbeiten durchgeführt und Bücheregale errichtet. Zahlreich gespendete Bücher, ältere Heimatbrief-Sammlungen und andere Publikationen haben dort ihren vorläufigen Platz gefunden. Bei zukünftigen Arbeiten und Planungen rechnet die Gruppe mit der Unterstützung vom Siegerländer Heimatbund beziehungsweise der Kommune Siegen. Auf diesem Wege sei allen Spendern für die geplante Bücherstube ein herzliches Dankeschön und den tüchtigen Helfern bei der Sammlung, sowie der Kolumne „Ostpreußische Familie“ von Frau Geede sei auch Dank gesagt. Die frühere, langjährige Vorsitzende der Gruppe, Thilde Utikal, trotz ihres recht fortgeschrittenen Alters und Lm. Oltersdorf nahmen an der Landeskulturtagung in Oberhausen teil. der Kulturwart war aktiv an der Gedenkstunde zum Volkstrauertag einer befreundeten Gruppe beteiligt.

Witten – Sonnabend, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 5. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Ludwigshafen – Sonntag, 13. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier im Haus der Arbeiterwohlfahrt, Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt. Es gibt weihnachtliche Vorträge und Lieder bei Kaffee und Kuchen.

Mainz – Freitag, 27. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 28. November, 14.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Bildungszentrum, Untere Zahlbacher Straße 68, 55131 Mainz. Es wird um Gaben für die Tombola gebeten. – Freitag, 4. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt a.d.W. – Sonnabend, 12. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Saal der Neustadter Trachtengruppe, Fröbelstraße 26. Im Programm wirken mit der Tenor Erich Lemke und die Klavierspielerin Christel Ochsenreither. Um Kuchenspenden für die gemeinsame Kaffeetafel wird gebeten, diese können auch am Vormittag um 10 Uhr abgegeben werden.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 27. November, 20.15 Uhr, 3sat: Hitlers Kampf um Autarkie – Der Führer trank keinen Muckefuck.

Sonntag, 29. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Montag, 30. November, 19.15 Uhr, Phoenix: Der Holocaust – Opfer, Täter, Tat.

Montag, 30. November, 21 Uhr, Phoenix: Kinder der Flucht (1/3).

Montag, 30. November, 21 Uhr, ARD: Der Fall Ivan Demjanjuk – NS-Verbrechen vor Gericht.

Montag, 30. November, 22.03 Uhr, n-tv: national Geographic. Die Rätsel der Toten – Hitler.

Montag, 30. November, 22.05 Uhr, N24: Adolf Hitler.

Montag, 30. November, 23.10 Uhr, n-tv: national Geographic. Die Rätsel der Toten – Stalin.

Montag, 30. November, 23.15 Uhr, WDR: Liebe unerwünscht – Ein Kriegsgefangener in Frankreich.

Dienstag, 1. Dezember, 21 Uhr, Phoenix: Kinder der Flucht (2/3).

Dienstag, 1. Dezember, 21 Uhr, Arte: Der Preis der Freiheit.

Mittwoch, 2. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Der Bernsteinzug – Eine Reise durchs Baltikum.

Mittwoch, 2. Dezember, 21 Uhr, Arte: Stalins deutsche Elite.

Mittwoch, 2. Dezember, 21 Uhr, Phoenix: Kinder der Flucht (3/3).

Mittwoch, 2. Dezember, 21.50 Uhr, Arte: Menschenlabor Sowjetunion – Kreuzungsversuche von Mensch und in der Sowjetunion.

Mittwoch, 2. Dezember, 23.30 Uhr, ARD: Die Gräfin aus Ostpreußen – Das Leben der Marion Dönhoff.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 12. Dezember, 14 Uhr, Treffen zur Weihnachtsfeier im Esche-Museum. Mit einem heimatlichen Programm soll an die Kindheit zu Hause erinnert werden. Dazu sind alle Landsleute ganz herzlich eingeladen. Hausgemachte Wurst wird auch wieder angeboten.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 2. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben. – Donnerstag, 10. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 7. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

Magdeburg – Dienstag, 8. Dezember, 16.30 Uhr, Vorstandssitzung in der Gaststätte SV Post.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Dienstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Adventsnachmittag im Jugendfreizeitheim, Ludwig-Jahn-Straße 7a, Bad Schwartau. Der Schriftsteller Arno Surminski und wie jedes Jahr auch wieder die „Glöckchen“ vom deutsch / russischen Verein „Samowar“ aus Lübeck sorgen für einen stimmungsvollen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Weihnachtsfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont – Vom 19. Dezember 2009 bis 2. Januar 2010 bietet das Ostheim wieder eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an. Bei abwechslungsreichen Programmangeboten, vom morgendlichen Singen oder der Gymnastik nach dem Frühstück, über kleine Wanderungen, Diavorträgen, Basteln oder Lesungen, bis hin zur „Hausweihnacht“ am heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel, sowie natürlich echt ostpreußischer Küche und Festessen zu den Feiertagen, findet wohl jeder Gast etwas Passendes zu seiner Unterhaltung und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der alten Heimat ist. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein. Für diese 14tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 679 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 588 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, die Silvesterfeier, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Mitgliederversammlung mit Neuwahl

Terminänderung! – Einladung zur Mitgliederversammlung (MV) der **„Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums“** am Sonnabend, 16. Januar 2010, zunächst im Museum, Ritterstraße 10, Lüneburg, anschließend in der benachbarten historischen „Kronen-Diele“, Heiligengeiststraße. Programm: 9 Uhr Eröffnung des Museums für die „Freunde“, 10 Uhr Begrüßung durch Jagdhornbläser der Lüneburger Jägerschaft und Ehrung der besten Absolventen der Jägerprüfung 2009. 11 Uhr Mitgliederversammlung in der „Kronen-Diele“ (1. Begrüßung und Totengedenken durch Dr. Dorff, 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit, 3. Genehmigung des Protokolls der MV vom 25. April 2009, 4. Bericht von Dr. Mähnert über die Museumsarbeit, 5. Bericht über den Trägerverein von Herrn Hilgendorf, 6. Jahresbericht 2009 Dr. Dorff, 7. Kassenbericht von Frau Krey, 8. Erläuterung des Haushaltsplans für das Kalenderjahr 2010, 9. Bericht über die Kassenprüfung, 10. **Satzungsänderung** siehe unten, 11. Aussprache über die Tagesordnungspunkte 3 bis 10, 12. **Neuwahl** des gesamten Vorstandes, 13. Sonstiges, 14. Ende der Mitgliederversammlung, Abschlusslied). Das Protokoll der letzten MV und der Haushaltsplan-Entwurf werden für die Versammlungsteilnehmer bereit gehalten und können zuvor beim Ersten Vorsitzenden abgerufen werden (möglichst per Fax oder E-Mail). 13 Uhr Mittagspause (das Essen kann im Kronen-Restaurant eingenommen werden). 14.30 Uhr öffentlicher Vortrag des Schriftstellers Gert G. v. Harling: „Jagen in Masuren heute“.

Satzungsänderung – § 6 Abs. 1 der Satzung des Vereins der Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums e. V. erhält folgende Ergänzung: *„Der Vorstand stellt in der alljährlichen ordentlichen Mitgliederversammlung seinen Haushaltsplan für das folgende Geschäftsjahr auf und erläutert diesen. Die Mitgliederversammlung kann den vorgelegten Haushaltsplan ändern und muss ihn mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Stimmberechtigten beschließen. Im Rahmen des genehmigten Haushaltsplanes entscheidet der Vorstand*“ über die Vergabe ...

Nähere Informationen beim Ersten Vorsitzenden Dr. Erik Dorff, Telefon (04131) 735323, Fax (04131) 735325, E-Mail: e.dorff@web.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883101.

Korrektur – In die Folge 46 hat sich leider ein Fehler eingeschlichen, und es wurde eine Personalie „unterschlagen“: **Angerburg-Stadt** – „... Erwin Griskawski seit 2001 – geb. 1933 in Angerburg, 44534 Lünen. **Joachim Hans Hoffmann** – seit 2005 – geb. 1937 in Angerburg, 61381 Friedrichsdorf (Taunus). ...“



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Str. 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstr. 17, 84056 Rottenburg, Tel.: (08781) 203164. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Gratulation – Am 16. November feierte unsere Stadtvertreterin von Zinten, Viola Reyentanz geborene Schlenger gemeinsam mit ihrem Ehemann Ingo, das Fest der Silbernen Hochzeit. Das Ehepaar lebt in Hirschfeld und hat drei erwachsene Töchter und einen süßen Enkelsohn. Die Großeltern von Frau Reyentanz stammen aus Zinten. Sie selbst hat das Licht der Welt in Brandenburg (ehemalige DDR) erblickt. Die Liebe zu Ostpreußen erfuhr Viola durch ihre Großeltern, deren Erzählungen das Marjellchen wohl in früher Kindheit schon fasziniert hat, diese Liebe zur alten Heimat bewegte sie auch zu häufigen Fahrten nach Ostpreußen. Schließlich fand sie dann denn Weg zur Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Ich kann mir vorstellen, dass unser damaliger Kreisvertreter Siegfried Dreher, bei seinen Überredungskünsten nicht lange gebraucht hat, um Viola „anzuwerben“. Während der Mitgliederversammlung 2005 wurde ihr das Amt der Stadtvertreterin anvertraut. Sie liebt ihre Zintener und die Zintener lieben sie. Im Namen der Kreisgemeinschaft gratuliere ich Viola und Ihrem Ehemann Ingo, zu ihrem Jubeltag und wünsche von Herzen für die nächsten 25 Jahre alles Gute.

Neuntägige Ostpreußenreise der Stadtgemeinschaft Zinten 2010 – Wir besuchen Zinten am 5. Tag der Reise! Wer kommt mit? Erbitten umgehende Anmeldung bei: Stadtvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433 und Fax (035343) 61480, E-Mail reyvio@web.de, oder Stadtvertreter: Siegfried Dreher, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf, Telefon (04102) 61315, Fax (04102) 697794. E-Mail: M.S.Dreher@t-online.de Die vorgesehenen Stationen: Besuch der Frischen Nehrung, Oberländischer Kanal, Frauenburg, Kreis Heiligenbeil, polnischer Teil mit den Orten Eisenberg, Lichtenfeld, Tiefensee etc. und russischer Teil mit Heiligenbeil, Rosenberg, Bladiau, Ludwigsort, Brandenburg und natürlich Zinten, dann Königsberg, und den Städten Thorn, Posen. Das Programm: 1. Tag: Anreise von Itzehoe über Hamburg (ZOB), Michendorf nach Schneidemühl in Polen. 2. Tag: Nach dem Frühstück geht die Reise weiter durch Pommern: Schlochau, Konitz, Pr. Stargard, Tiegenhof auf die Frische Nehrung nach Kahlberg – Aufenthalt – am Spätnachmittag Weiterfahrt durch Elbing nach Frauenburg. 3. Tag: Nach einem gemeinsamen Spaziergang zum Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Frische Haff beginnt die Rundfahrt durch den südlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. Ziele: Eisenberg, Lichtenfeld, Tiefensee, Eichholz. 4. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Frauenburg und fahren durch Braunsberg zur polnisch / russischen Grenze Grunau / Heiligenbeil. Rundfahrt durch Heiligenbeil / Rosenberg und weiter nach Königsberg. Nach einer Stadtrundfahrt durch die ehemalige Hauptstadt Ostpreußens Fahrt zum Hotel. 5. Tag: Rundfahrt durch den nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil: Ziel Zinten! 6. Tag: Zur freien Verfügung. 7. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Königsberg und fahren über den Grenzübergang Heiligenbeil / Grunau nach Hirschfeld. Hier beginnt unsere Schiffsfahrt auf dem Oberländischen Kanal bis Buchwald. Erleben Sie auf dieser rund zweistündigen Fahrt vier geneigte Ebenen, auf der wohl schönsten Strecke des Kanals. Weiterfahrt vorbei an Osterode nach Thorn, einer sehr schönen, alten Stadt. 8. Tag: Nach einer Stadtführung Thorn, auch Königin der Weichsel genannt, verlassen wir gegen Mittag Thorn und fahren durch Hohensalza, Gnesen nach Posen. Auf Wunsch eine kleine Stadtführung in Posen. 9. Tag: Posen – von dort Heimreise. Termin: 27. April bis 5. Mai 2010, Fahrpreis pro Person: 744 Euro, plus Visagebühr: zur Zeit 55 Euro. Einzelzimmerzuschlag: 137 Euro. Mindestbeteiligung: 25 Personen. Leistungen: Fahrt im modernen Fernreiseomnibus, acht Hotelübernachtungen mit Halbpension, Rundfahrten laut obigem Programm, Gebühren Polen / Russland, Schiffsfahrt Oberländischer Kanal, Stadtführungen Königsberg, Thorn und Posen, deutsch sprechende Reiseleitung und Betreuung im Königsberger Gebiet, Hotelregistrierungsgebühren, Visabeschaffung, Reisebegleitung. Planung, Organisation, Reisebetreuung, Reiseleitung erfolgen durch das Ehepaar Gudrun und Bernd Schmidt (aus Plössen, Kirchspiel Zinten-Land).



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Weingartenstr. 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (06033) 974450, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Siegfried Beckerat, Schulstr. 4 b, 21465 Reinbeck, Tel.: (040) 7278228, Fax: (040) 71001752, E-Mail: rus.beckerat@t-online.de. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag–Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe Darmstadt – Die Heimatgruppe Darmstadt lädt zum vorweihnachtlichen Treffen mit Angehörigen und Freunden herzlich ein. Gäste sind willkommen. Die Heimatgruppe trifft sich in diesem Jahr nicht am Sonnabend, sondern am 13. Dezember, dem dritten Advents-Sonntag, im Bürgerhaus, kleiner Saal, Rodernseestraße 5, 64390 Erzhausen, Parkplätze sind vorhanden. Die Umbau- und Renovierungsarbeiten im Bürgermeister-Pohl-Haus in Darmstadt-Wixhausen sind noch nicht abgeschlossen, so dass wir unsere Feier im Bürgerhaus in Erzhausen ausrichten. 11 Uhr Saaleinlass, 12 Uhr Gelegenheit zum gemeinsamen Mittagessen, 13 Uhr Eröffnung und Begrüßung der Gäste durch den Vorsitzenden, dann anschließend kirchliche Andacht mit Pfarrerin Ksenija Auksutat von der evangelischen Kirchengemeinde Darmstadt-Wixhausen, mit stillem Gedenken der verstorbenen Landsleute, 14 Uhr Gesangsverein Frohsinn 1860, Lagen, anschließend Kaffeetrinken mit gespendeten Kuchen, Plachandern und Schabbern bis zum Aufbruch. Wir freuen uns auf Ihren Besuch am 13. Dezember.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Kreisvertreter Gerd Bandilla schrieb an die Mitglieder des Lycker Kreistages folgenden 54. Rundbrief – Vorab eine Bitte. Geben Sie diesen Rundbrief in Kopie unbedingt an die Ortsvertreter Ihres Bezirkes weiter; denn längst nicht alle Ortsvertreter besuchen unser Kreistreffen in Hagen. Beim Treffen in Hagen hatten wir 451 Eintritt zahlende Besucher. Eine Zahl, die sich noch sehen lassen kann. Allerdings 90 weniger als 2008. 451 geteilt durch 90 ergibt fast genau fünf. Das bedeutet, dass wir in fünf Jahren bei „0“ angelangt sein werden, wenn die Besucherzahl weiterhin so linear abnimmt. So weit wird es nicht kommen. Es war gut, dass wir vor einigen Jahren den Arbeitskreis „Mittlere Generation“ („MG“) gegründet haben. Dieser hat etwa 70 Mitglieder. 24 davon trafen sich Ende Oktober zu einer Herbsttagung im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Das nächste Treffen der „MG“ findet am 20. und 21. Februar 2010 in Bad Pyrmont statt. Es wäre schön, wenn jeder Ortsvertreter mindestens einen jungen Menschen seines Ortes dem Arbeitskreis „MG“ melden würde. Ansprechpartner ist Landsmann Günther Vogel, Krönerweg 7, 29525 Uelzen, Telefon (0581) 79797. Einiges haben wir bereits für die Zukunftsfähigkeit unserer Kreisgemeinschaft getan. Den Hagen-Lycker Brief bekommen nur noch die Landsleute, die spenden. Wir hatten keine andere Wahl. Hätten wir das nicht beschlossen, wären wir in wenigen Jahren zahlungsunfähig. Die Zahl der Kreistagsmitglieder wurde von derzeit 35 auf 15 reduziert. Dieses tritt aber erst mit der Neuwahl im Jahre 2013 in Kraft. Von insgesamt 13 Kreisausschuß-Mitgliedern gehören sechs der „MG“ an. Das gibt uns Hoffnung. Unser nächstjähriges Kreistreffen ist für den 28. und 29. August terminiert. Sorgen Sie mit für ausreichenden Besuch. Es kann doch nicht sein, dass, wie in 2008, aus einem Bezirk nur der Bezirksvertreter mit seiner Frau anwesend ist. Wo blieben die Ortsvertreter dieses Bezirkes? Das Lübecker Regionaltreffen findet am 25. April 2010 statt. Sollten Sie oder die Ortsvertreter Ihres Bezirkes in 2010 irgendwelche Kirchspiels-, Bezirks-, Schul- oder Ortstreffen organisieren, bitte ich um entsprechende Mitteilung, damit ich die Termine an die *Preußische Allgemeine Zeitung / Ostpreußenblatt* (PAZ/OB) weitergeben kann. Nebenbei bemerkt, die *PAZ/OB* sollte jeder Landsmann abonnieren. Die Bestell-Adresse lautet „Buchtstraße 4, 22087 Hamburg“. Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen eine ruhige Adventszeit, jetzt schon gesegnete Weihnachten und ein gesundes Neues Jahr 2010.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstr. 21, 26180 Rastede, Tel. (04402) 695727, Geschäftsstelle: Diedrichstraße 2, 24143 Kiel, Tel./Fax (0431) 77723, E-Mail: Felge09116@web.de

Jahrestagung – Die turnusmäßige Tagung des Vorstandes und der Stadtvertretung fand am 12. November in Kiel statt. Der Erste Vorsitzende Ulrich Depkat begrüßte 19 Anwesende und stellte die Beschlussfähigkeit fest. In einem ergänzenden Wahlgang wurde Ricci Giese in den Vorstand sowie Dr. Edgar Hölzler und Ulrich Wasner in die Stadtvertretung gewählt. Ausgeschieden sind Edgar Lössmann, Axel Benger und Horst Haut. Der Vorstand besteht nunmehr aus dem Ersten Vorsitzenden Ulrich Depkat, dem Zweiten Vorsitzenden Hans Dzieran sowie Traute Lemburg und Ricci Giese als alte und neue Schatzmeisterin. Den erweiterten Vorstand bilden die Beiräte Manfred Gesien, Alfred Rubbel und Manfred Urbschat. Der Stadtvertretung gehören folgende Mitglieder an: Siegfried Dannath-Grabs, Raute Englert, Erwin Feige, Horst Gelhaar, Dr. Eitel Hölzler, Egon Janz, Vera Jawutsch, Ingolf Koehler, Alfred Pipien, Karla Rintschenk und Ulrich Waßner. Ehrenvorsitzender ist Horst Mertineit. Nach der Entgegennahme der Berichte aller Funktionsträger und Schulsprecher berichtete Ulrich Depkat über die Tagung der Ostpreußischen Landesvertretung in Bad Pyrmont und leitete daraus die Aufgaben für die kommenden Monate ab.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Nachmittag. Anmeldungen bitte bis zum 3. Dezember bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435, oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706.

Mölln – Sonnabend, 28. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier im „Quellenhof“, Mölln. Gemeinsam sollen in vorweihnachtlicher Stimmung ein paar besinnliche Stunden verlebt werden. Die Erste Vorsitzende Irmingard Alex wird die Weihnachtsansprache halten. Die musikalische Umrahmung nimmt der Posaunenchor vor, der auch das gemeinsame Singen von Weihnachtsliedern begleiten wird. Außerdem werden Gedichte und Geschichtne vorgetragen. Bereits um 14.30 Uhr wird der Bazar eröffnet, auf dem Weihnachtseinkäufe vorgenommen werden können. Der Erlös daraus ist für Hilfslieferungen nach Königsberg bestimmt. Zu dieser Adventsfeier sind alle Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln herzlich eingeladen. Es gibt eine Kaffeetafel mit einem Stück Torte und ein Stück Napfkuchen. Der Preis für ein Kaffeegedeck beträgt 5,50 Euro.

Neumünster – Sonnabend, 5. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier bei Kerzenschein in der Stadthalle.

Schönwalde a.B. – Sonnabend, 28. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur ostdeutschen Adventsfeier im Landhaus Schönwalde. Es wirken mit: der Gesangverein von 1872 Schönwalde a.B., der Posaunenchor der evangelisch-lutherischen Kirche Schönwalde a.B., dazu gibt es unterschiedliche Darbietungen. Besinnliche Worte zum Advent spricht Pastor Köhnke, anschließend eine weihnachtliche Lesung. Kostenbeitrag für Kaffee, Tee und Kuchen: 8 Euro.

Polen will eine »Neujustierung« des Rechts

Lagebericht des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, auf der Ostpreußischen Landesvertretung

Vor der Ostpreußischen Landesvertretung, dem obersten beschlussfassenden Gremium der Landsmannschaft Ostpreußen, hat deren Sprecher Wilhelm v. Gottberg am 7. November in Bad Pyrmont seinen jährlichen Lagebericht gehalten. Wir dokumentieren diesen Bericht in zwei Teilen in ausführlichen Auszügen.

Die Bundestagswahl liegt hinter uns. Meine Grobanalyse konnten Sie in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* vom 3. Oktober nachlesen.

Vertriebenenpolitik im Sinne früherer Jahrzehnte wird es nicht mehr geben. Natürlich werden die Landesmuseen nach § 96 weiter gefördert, auch die beschlossene Dokumentation „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ wird geschaffen. Im Koalitionsvertrag wurde auch aufgenommen, dass noch ein sudetendeutsches Museum in München eingerichtet werden soll. Das alles aber wird mit kaum hinreichenden Finanzmitteln realisiert. Wir erleben das gerade bei der Planung des Erweiterungsbaues für das Ostpreußische Landesmuseum (OL).

Es hat sich bundesweit und parteiübergreifend die Meinung und Sprachregelung durchgesetzt, dass das ganze Desaster, das über Deutschland und Deutsche ab 1944 bis 1950 gekommen ist, durch den deutschen Überfall auf Polen, den NS-Terror im Osten und durch den Vernichtungskampf der Wehrmacht verschuldet wurde. Bei jeder Gelegenheit betont die Kanzlerin immer wieder, dass die Geschichte in Deutschland nicht umgeschrieben wird.

Wir erleben zur Zeit einen Epochenwandel. Die Nachkriegszeit ist zu Ende. Polen, Tschechien, Russland, aber auch Rumänien, die Slowakei und hinsichtlich der Halbinsel Istrien auch Kroatien haben ihre territoriale Kriegsbeute von 1945 gesichert. Niemand will oder kann daran etwas ändern. Die Vertreibungsverbrechen an den Deutschen verblassen mehr und mehr. Sie sind keine Zeitgeschichte mehr, an die Zeitzeugen erinnern. In wenigen Jahren gibt es auch keine letzen Zeitzeugen mehr. Die Vertreibung wird von Jahr zu Jahr mehr Historie.

Der Epochenwandel besteht darin, dass sich die Nationalstaaten in Europa neu positionieren. Bei dem ganzen Theater um die Präsidentin des BdV und ihren Sitz im Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ging es nicht mehr um Vertriebenenpolitik. Es geht um Deutschlandpolitik. Beim Zentrum gegen Vertreibungen ging es Polen von Anfang an um die Deutungshoheit über die Vertreibung und um die Neujustierung des Rechtes.

Deutschland wird das Eigentum – rückwärts gesehen – an der Vergangenheit der Ostprovinzen bestritten. Dafür wird die Geschichte umgedeutet, das deutsche Eigentum am gesamten Kulturbesitz des deutschen Volkes im Osten wird bestritten und die Vertreibungsverbrechen geleugnet bzw. durch den Krieg Hitlers und die NS-Verbrechen in Polen gerechtfertigt. Gelegentlich wird auch – so zum Beispiel von Bartoszewski – die Opferrolle der Polen dadurch herausgestellt, dass für die Vertreibung – natürlich wird immer nur von Umsiedlung gesprochen – ausschließlich eine kleine Clique verantwortlich gewesen sei, die von den Sowjets eingeschleust worden sei.

»Eine Geschichtsklitterung folgt der anderen«



Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg Bild: KB

Manchmal wird polnischerseits auch behauptet, dass Polen überhaupt nicht die deutschen Territorien bis an Oder und Neiße hätte haben wollen. Das Land und die „Umsiedlung“ der Deutschen sei ihnen in Potsdam oktroyiert worden. Eine Geschichtsklitterung folgt der anderen. Wer den Kampf um Begriffe gewinnt, bestimmt das Denken. Die heutige Ordnung in Europa basiert auf einer Verständigung der europäischen Staaten über eine bisher in der Menschheitsgeschichte nie dagewesene Menschenrechtsverletzung an Deutschen.

Nach zehnjähriger Lobbyarbeit des BdV und seiner angeschlossenen Verbände, verbunden mit einem bewundernswürdigen Einsatz der BdV-Präsidentin Steinbach, ist es gelungen, für die ostdeutschen und sudetendeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen eine unter der Obhutspflicht des Staates stehende Dokumentationsstätte zu errichten. Es ist die Stiftung: „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“.

Gewissermaßen in allerletzter Minute haben die staatlichen Organe in Deutschland erkannt, dass für die größte Massenaustreibung der Menschheitsgeschichte, deren Opfer Deutsche waren, eine angemessene Erinnerungsstätte geschaffen werden muss. In einem beispiellosen Akt der Selbstreinigung hat sich Nachkriegsdeutschland zu einem Vorzeige-Rechtsstaat entwickelt und fast alle Aspekte der NS-Tyrannei juristisch bewältigt. Hunderte Gedächtnisstätten in Deutschland und seinen Nachbarstaaten erinnern an die NS-Barbarei zwischen 1933 und 1945.

Vor diesem Hintergrund und um glaubwürdig zu bleiben, konnte Deutschland die eigenen Opfer nicht mehr negieren, wie das mehr als fünf Jahrzehnte lang allzu oft geschehen ist.

Meine Damen und Herren, was wir jetzt mit der Stiftung: „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ bekommen, ist nicht das, was wir vor rund zehn Jahren mit unserer Forderung „Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“ gefordert haben. Immerhin, der Staat dokumentiert und archiviert die Zäsur, die Deutschland 1945 hat hinnehmen müssen. An uns wird es liegen, dass die historische Wahrheit bei dieser Dokumentationsstätte ausreichend beachtet wird.

Das wird nicht einfach, denn der BdV besetzt nur drei von insgesamt 13 Stiftungsratssitzen. Dieser Stiftungsrat ist das entscheidende Gremium der staatlichen Stiftung.

Der Einfluss der Vertriebenen ist also gering, deshalb ist die polnische Agitation gegen den Einzug der Präsidentin in den Stiftungsrat umso weniger verständlich. Warschau hatte Berlin bei dieser Frage vor die Alternative gestellt: „Wir oder Frau Steinbach!“

Berlin hat Frau Steinbach das Nachsehen gegeben, mit Ausnahme von einem Dutzend CDU/CSU-Abgeordneten, die Frau Steinbach gestützt und unterstützt haben. Die deutsche Antwort auf die polnische Alternativ-Herausforderung hätte lauten müssen: „Erika Steinbach!“, weil es Freundschaft und gute Nachbarschaft so lange nicht geben kann, wie Polen seine unversöhnliche Haltung immer wieder und überaus akzentuiert formuliert und dabei polnische Verbrechen bei Flucht und Vertreibung negiert.

Besonders irritiert das unaufgeklärte Bewusstsein der polnischen Eliten. Während die westliche Welt regelmäßig die Menschen als freie, eigenverantwortlich handelnde Individuen betrachtet, räsoniert man östlich von Oder und Neiße ständig einseitig über deutsche Täter und polnische Opfer. Wie abwegig solche Kollektivschuld-Visionen sind, zeigt die Tatsache, dass die meisten Deutschen der Jahre 1933 bis 45, mangels entsprechender Gelegenheit, nicht zu Tätern gegenüber Polen werden konnten oder als Kinder von vornherein schuldunfähig waren. Obendrein gab es in Deutschland engagierte Widerstandskämpfer und NS-Verfolgte sowie Millionen Bürger, die diesem Unrechtsstaat spätestens 1939 die innere Gefolgschaft gekündigt haben.

Warum betrachtet Polen die Unterdrückung seiner nationalen Minderheiten, insbesondere der deutschen Minderheiten, nach 1918 oder die Frage, wie viele seiner Bürger unter welchen Umständen sich bei der Vertreibung der Deutschen bereichert haben, immer noch als Tabu-Themen? Wo bleibt die große Geste Warschaus gegenüber den Deutschen, die völkerrechtswidrig aus den östlichen Reichsgebieten vertrieben wurden, und ihren unmittelbaren Nachfahren, zumindest etwa die Einladung, unter Verzicht auf Schadensersatzforderungen in die alte Heimat zurückzukehren?

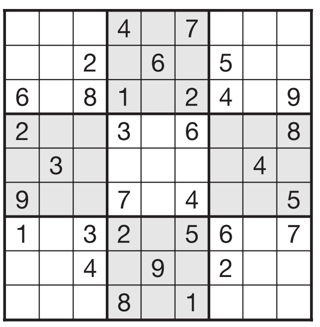
»Wo bleibt die große Geste Warschaus gegenüber den vertriebenen Deutschen?«

Fortsetzung in Folge 49

Schwedenrätsel (Fragen):

Buße, Genugtuung – Weltmacht (Abk.) – gut durchdacht, umsichtig – Feuerkröte – Europ. Atomgemeinschaft (Kurzwort) – saure Flüssigkeit zum Würzen – fromme Gestalt bei W. Busch – unförmig, plump – Sammlung von Schriftstücken – hochgewachsen, groß – Auswirkung, Ergebnis – Ansturm auf etwas Begehrtes (englisch) – Gericht (französisch) – Schluss – schroff ansteigend, abfallend – vordringende Luftmasse – Fluginsekt – Lehrgang – Spielleitung (Kunst, Medien) – Himmelsrichtung – Ansteckung – Entdeckung, Ausgrabung – Schulleiter – ein Europäer – Zahlenglücksspiel – Aufgeber, Zuschickender – Faltenbesatz, Rüsche – Kalifenname – Edelgas – Teil des Sehorgans – Rauschgift – Blattgemüse; Kaltspeise – blütenlose Wasserpflanze – unversehrt, heil – ital. Barockmaler (Guido) – Wissenschaftler (Erdkunde) – Teilgebiet der Mechanik – Sternschnuppe – Stadt in Bayern, am Bodensee – engl. Politikerin (Margaret) – Fluss zum Weißen Meer – kostbar; menschlich vornehm – Sportbegriff (Ballspiele) – die Position ermitteln – Eierkuchen – auf sich zu – Staat in Nahost – in der Musik: gebunden – Dynastie im alten Peru – Fürstenanrede – Name d. Storches in der Tierfabel – fettig, schmierig – Gepflogenheit, Brauch – Vorderasiat – Nachtlager für Verheiratete – Posse; Verhöhnung – Stierkämpfer – Heldengedicht – Zupfinstrument – Höflichkeitsformel – unwirklich – Tonne, Hohlgefäß – genau; sorgfältig – südital. Hafenstadt in Apulien – Trab auf der Stelle (Reitsport) – Frische; Gefühlsarmut – unterdrückt weinen, jammern – Dotter – Bad im Spessart – Südasiat – Verhältniswort – Verlassen des Landes – Gnom; Knirps – Entspannungstechnik – Singstimme – Senke vulkanischen Ursprungs – Berg bei Innsbruck – nicht heiter; seriös – Form der Religiosität – Würde, Ansehen – Nachbarstaat des Iran – eine Spielkarte – bayrisch: Rettich – Edelmetall – Fuge, längliche Vertiefung – Putte – Kfz-Zeichen Gütersloh – chem. Zeichen für Natrium – Landstreitkräfte – radioaktives Schwermetall – Blattwerk der Bäume – vertraute Anrede – früherer Reitersoldat – Rennpferd – Darlehen

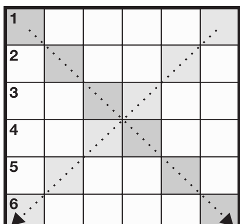
Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

			4		7			
		2		6		5		
6		8	1		2	4		9
2			3		6			8
	3						4	
9			7		4			5
1		3	2		5	6		7
		4		9		2		
			8		1			

Diagonalrätsel



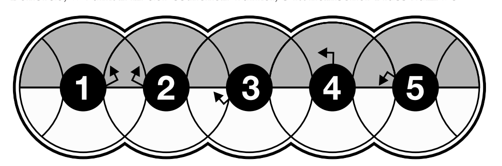
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Schneidegeräte.

1 indische Hafenstadt (früh. Name)
2 Antrag, Eingabe
3 bis jetzt
4 Unkosten
5 Park in Wien
6 Eigentümer

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Wiederhersteller von Kunstwerken.

1 unterwürfig, kriecherisch, 2 dauerhaft, standhaft, 3 leitender Beamter einer Behörde, 4 Vulkan in der östlichen Türkei, 5 italienischer Fluss zum Po



So ist's richtig:

		U		U			E		H		K		A				E			E	
S	U	E	H	N	E		S	T	E	I	L		K	A	L	T	F	R	O	N	T
	S	B		K	U	R	S		L		O	S	T		A		F	U	N	D	
K	A	E	F	E	R		I	R	E		B		E	I	N	S	E	N	D	E	R
		R			A	U	G	E	N	L	I	D		N	G		K		I		E
V	O	L	A	N	T			G	E	O	G	R	A	F		S	T	A	T	I	K
	M	E	T	E	O	R		I		T		O	N	E	G	A		L		N	T
	A	G		O	M	E	L	E	T	T		G		K		L	E	G	A	T	O
O	R	T	E	N		N	I		H	O	H	E	I	T		A	D	E	B	A	R
						I	N	K	A		E		S	I	T	T	E		W	K	
							D		T	O	R	E	R	O			L	A	U	T	E
						F	A	R	C	E		D	A	N	K	E		R	R		H
						K	U	E	H	L	E		E			P	I	A	F	F	E
									E	I	G	E	L	B		O	R	B		A	B
						Z	W	E	R	G		X		A	U	S	R	E	I	S	E
							I				M	A	A	R			E	R	N	S	T
							M	Y	S	T	I	K		I	I		A		D		T
						A	M	O	R	E	T	T	E		S	I	L	B	E	R	
							E	G		N			H	E	E	R		U	R	A	N
						D	R	A	G	O	N	E	R		L	A	U	B		D	U
							N		T	R	A	B	E	R		K	R	E	D	I	T

Diagonalrätsel: 1. Madras, 2. Gesuch, 3. bisher, 4. Spesen, 5. Prater, 6. Eigner – Messer, Schere

Kreiskette: 1. servil, 2. stabil, 3. Baurat, 4. Ararat, 5. Tanaro – Restaurator

Sudoku:

3	1	9	4	5	7	8	6	2
4	7	2	9	6	8	5	1	3
6	5	8	1	3	2	4	7	9
2	4	5	3	1	6	7	9	8
8	3	7	5	2	9	1	4	6
9	6	1	7	8	4	3	2	5
1	9	3	2	4	5	6	8	7
7	8	4	6	9	3	2	5	1
5	2	6	8	7	1	9	3	4

Soldaten statt Früchte

Eine Sonderausstellung im Lohrer Schulmuseum informiert über sozialistisches Bildungssystem in der DDR

Vor einer Verklärung der DDR-Vergangenheit hat Bundespräsident Horst Köhler erst kürzlich wieder gewarnt. Die Opfer der DDR-Diktatur müssten heute miterleben, das Verantwortliche keine Reue zeigen. Aufklärung über den sozialistischen Alltag ist notwendig, um einer „Ostalgie" entgegenzuwirken. Wie der Schulalltag in der DDR gestaltet wurde, ist auf einer Sonderausstellung in Lohr am Main zu sehen.

„Eine Kanone der NVA wird von fünf Soldaten bedient. Bei einem Übungsschießen sind sechs Kanonen eingesetzt. Wie viele Soldaten nehmen an der Schießübung teil?" Während man in Westdeutschland die Schulkinder mit Hilfe von Äpfeln und Birnen in so genannten eingekleideten Aufgaben das Rechnen lehrte, wurden ihre Altersgenossen im anderen Teil Deutschlands noch bis 1989 mit der rauen Wirklichkeit konfrontiert. Soldaten statt Früchte hieß es in einem Rechenbuch der 2. Klasse. Mit einer Sonderausstellung über das sozialistische Schulsystem der DDR informiert das Lohrer Schulmuseum derzeit über ein Schulwesen, dessen Ziel „die Bildung und Erziehung allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten" war.

Zusammengetragen hat die vielfältigen Exponate der Gründer des Museums, Eduard Stenger. „Gleich nach der Wende habe ich einen großen Fundus einer DDR-Schule und des Instituts für Lehrerbildung (IFL) in Meiningen übernommen, ergänzt durch weitere Exponate aus anderen Schulen, so dass wir inzwischen über sehr viel Material zum Thema DDR-Schule verfügen und ein eigenes Museum zu diesem Thema eröffnen könnten", erzählt Stenger der *PAZ*. Der Lehrer und einstige Rektor an einer Grundschule befindet sich seit einigen Jahren im Ruhestand und kann sich nun eingehend dem vor 20 Jahren für die Stadt Lohr am Main gegründeten Museum widmen.

Die Einrichtung, die in einer ehemaligen Schule beziehungsweise Kindergarten untergebracht ist, zählt national wie auch international zu den attraktivsten Schulmuseen. „Der Platz für Sonderausstellungen ist natürlich begrenzt und erstreckt sich auf den Gewölbekeller des Museums mit insgesamt zehn Tischvitrinen, einer Wandvitrine, die umlaufenden Wandseiten und entsprechende Stellwände", erläutert Stenger. „Das Informationsangebot ist beachtlich und wird noch ergänzt durch eine weitere Vitrine sowie Wandbilder in der ständigen Ausstellung des Museums und durch die Thematik des auf die Zeit von 1789 bis 1989 gesellschaftlich-politisch ausgerichteten Museums."

Interessant sei es, so Stenger und kommt dabei auf die aktuelle Sonderausstellung zurück, dass der ideologische Druck auf das Schulwesen in den 70er Jahren verstärkt wurde, ausgerechnet in einer Zeit, da man sich allgemein um Entspannung bemühte. „Bei einem Vergleich von DDR-Schulfibeln für das 1. Schuljahr aus den Jahren 1970 und 1976 kann man nahezu eine Verdoppelung ideologischer Themen feststellen." Immer wieder werde der militärische Schutz des Vaterlandes als ein notwendiges Instrument der Friedenssicherung und des Schutzes gegen den kapitalistischen Klassenfeind betont.

Geradezu bizarr sind die Gründe, die für den Mauerbau angeführt wurden. Da ist in einem Schulbuch für die 4. Klasse von vergifteten Erntebindfäden die Rede, die etwa 5000 Rinder in der DDR das Leben gekostet hätten, von in Brand gesteckten Bauernhöfen – Schuld hatten natürlich die „Imperialisten und Großgrundbesitzer" aus dem Westen. Im Westen unvorstellbar ist auch der so genannte „Symbolikplatz der Pionierfreundschaft", der sich in der Aula der Schule befand. Gruppenwimpel, Fanfare, Trommel, Ehrenbuch der Pionierfreundschaft sowie eine Büste oder ein Bild von Ernst Thälmann, von 1925 bis 1933 Vorsitzender der KPD, waren fast wie ein Altar aufgebaut und kündeten von der Allgegenwart der SED. „Die DDR-Schule und die sozialistischen Kinder- und Jugendorganisationen ‚Pioniere' und ‚Freie Deutsche Jugend' (FDJ) bildeten eine untrennbare Einheit", so Stenger. „Zum Aufgabenbereich der Lehrer gehörte daher auch die Betreuung dieser Organisationen mit den verschiedensten Aktionen über das gesamte Schuljahr. Nach einer Broschüre, herausgegeben vom Zentralrat der FDJ / Abteilung Schuljugend, waren das im Schuljahr 1978 / 79 rund 90 Veranstaltungen."



Trotz oberflächlicher Entspannung: In den 70er Jahren erhöhte sich in der Schule der ideologische Druck. Bild: Schulmuseum

Eduard Stenger, selbst engagierter Pädagoge, erkennt: „Für die Lehrerschaft bedeutete die sozialistische Kinder- und Jugendarbeit eine erhebliche zusätzliche Belastung, der sie zu entsprechen hatte, das Lehrplanwerk 1972 der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR definierte den ideologischen Aufgabenbereich mit zwei grundlegenden Sätzen: ‚Der Lehrer erzieht die Schüler zu Verhaltensweisen, die der Moral der Arbeiterklasse entsprechen. Er hält sie dazu an, klare Standpunkte zu beziehen, sich mit feindlichen und fehlerhaften Argumenten auseinanderzusetzen und im Unterricht, in der Pionier- und FDJ-Organisation, in Situationen des täglichen Lebens diesem Standpunkt entsprechend parteilich zu handeln.'" *Silke Osman*

Die Sonderausstellung im Lohrer Schulmuseum, Ortsteil Lohr-Sendelbach, ist bis 25. Oktober 2010 mittwochs bis sonntags sowie feiertags von 14 bis 16 Uhr geöffnet, Eintritt frei.

Für Sie gehört

Lieder und Texte zu Weihnachten

Eindrucksvoll läuten die Glokken der Benediktinerabtei Münsterschwarzach das neue Weihnachtshörbuch ein. Pater Anselm Grün liest auf der CD „Es begab sich aber zu der Zeit" das Weihnachtsevangelium von Lukas und regt mit seinen spirituellen Interpretationen zum Nachdenken an. Er bezieht sich ebenso auf das Heute wie auch auf die Worte des Evangelisten und lässt so das Weihnachtsgeschehen in uns lebendig werden. Begleitet wird Anselm Grün von den Klängen der 1937 erbauten Klais-Orgel, die Pater Dominikus Trautner meisterhaft zu spielen weiß.



Gleich zwei CDs hat die Sopranistin Susanne Dieudonné eingespielt und singt darauf von dem wundervollen Weihnachtsgeschehen. Neben bekannten Liedern wie „Vom Himmel hoch" oder „Süßer die Glocken nie klingen" sind auch weniger vertraute Lieder zu hören und stimmen ein auf ein besinnliches Fest. *os*



Anselm Grün, Dominkus Trautner: „Es begab sich aber zu der Zeit – Weihnachtliches aus dem Kloster"*, Vier-Türme-Verlag, Münsterschwarzach, 1 CD, Laufzeit 60 Minuten, 16,90 Euro.* ***Susanne Dieudonné: „Schöne Weihnachtslieder"****, Divadonna Verlag, Ratzeburg, 2 CDs, Laufzeit 60 Minuten, 24,95 Euro*

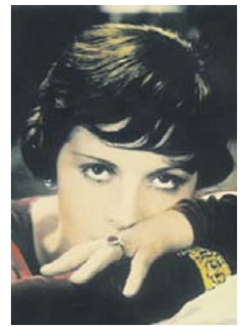
Rätselhaft und tragisch

Vor 100 Jahren wurde der Ufa-Star Sybille Schmitz geboren

Sie entsprach überhaupt nicht dem propagierten Frauenideal der Nationalsozialisten. Sybille Schmitz war weder blond und blauäugig noch „liebende Mutter", sondern eine hochgewachsene, dunkelhaarige, herbe Schönheit mit slawischen Wangenknochen und zudem noch intellektuell. Sie war Kettenraucherin, trank übermäßig viel und fühlte sich zu Frauen zärtlicher hingezogen als zu Männern. Sybille Schmitz gehörte zu den rätselhaftesten und interessantesten Erscheinungen des deutschen Films der Vorkriegszeit.

Geboren wurde sie am 2. Dezember 1909 in Düren unweit von Köln. Nach dem Besuch der Klosterschule in Lohr nahm sie Schauspielunterricht bei Louise Dumont in Köln. Mit 100 Mark in der Tasche und einer Portion Mut, Optimismus und Entschlossenheit fuhr Sybille Schmitz im Herbst 1927 nach Berlin, um dort ihr Glück zu suchen. Der hochbegabten Anfängerin gelang es, einen Dreijahresvertrag am renommierten Deutschen Theater bei Max Reinhardt abzuschließen. Ihren ersten großen Erfolg feierte sie an der Seite von Gustaf Gründgens und Hans Albers in Bruckners „Die Verbrecher". Publikum und Kritiker waren von ihrer Darstellung begeistert. Ein Engagement als verhärmte Arbeiterfrau in einem Werbefilm der SPD brachte den ersten Kontakt zum Medium Film, der damals noch stumm war. Ihre ersten Filmworte hörte man in dem 1931 von Carl Theodor Dreyer gedrehten Horror-Tonfilm „Vampyr": „Ach, könnt' ich doch sterben!" Es folgte ein Vertrag mit der Ufa, dem damals wichtigsten Filmkonzern Europas. In „F.P.I. antwortet nicht" konnte Sybille Schmitz ihre androgynen Reize einsetzen und in Ledermontur ihr Filmpublikum verzaubern. Mit diesem Film gelang ihr der Durchbruch.

In ihren größten Filmerfolgen spielte sie stets die Rolle der mondänen, verletzlichen und mysteriösen Frau. Doch trotz der Erfolge war Sybille Schmitz nicht glücklich. Die hochsensible Künstlerin litt unter Depressionen und versuchte, sich mit Alkohol und anderen Drogen zu betäuben. Als die Nationalsozialisten die Macht in Deutschland übernahmen, lernte Sybille Schmitz Joseph Goebbels kennen, der auch ein Auge auf die „rätselhafte Schmitz" geworfen hatte. Doch sie ließ ihn abblitzen und setzte sich trotz Verbots weiterhin für ihre homosexuellen und jüdischen Freunde und Kollegen ein. Sybille Schmitz passte plötzlich nicht mehr ins gewünschte Besetzungsschema der Filmfirmen und wurde als „politisch unzuverlässige Person" eingestuft. 1940 ging sie eine Ehe mit dem Drehbuchautor Harald G. Petersson ein, um nicht weiteren Gerüchten um ihre Vorlieben Nahrung zu geben. In dem 1943 hergestellten Katastrophenfilm „Titanic" spielte sie eine bankrotte baltische Gräfin. Der Streifen wurde jedoch vom Propagandaministerium wegen Untergangsassoziationen im Reich verboten. „Das Leben ruft" war Sybilles letzter Film bis 1945.



Sibylle Schmitz Bild: Archiv

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zog sie zunächst nach Hamburg, dann nach München. Anfang der 1950er Jahre spielte sie wieder Theater und brillierte unter anderem in Max Frischs „Als der Krieg zu Ende war" sowie in Guy Verdots „Zimmer 29". Im deutschen Nachkriegsfilm beeindruckte sie mit ihrer Darstellung der Jüdin Nelly Dreyfuß in dem Drama „Zwischen Gestern und Morgen". Doch der erhoffte Erfolg blieb aus. Sybille Schmitz hatte schließlich keine Kraft mehr, um weiter zu kämpfen. Auch die wenigen verbliebenen Freunde konnten ihren Absturz nicht mehr aufhalten. Vier Selbstmordversuche führten sie in eine Heil- und Pflegeanstalt. Nach ihrer Entlassung verlor sie endgültig ihre seelische Balance. Am 13. April 1955 starb sie an einer Überdosis Schlaftabletten. „Bitte nicht wecken!" stand auf einem Schild, das von draußen an ihrer Zimmertür befestigt war. Rainer Werner Fassbinder ehrte die große Künstlerin in seinem 1981 gedrehten Film „Die Sehnsucht der Veronika Voss." *Uwe Klöckner-Draga*

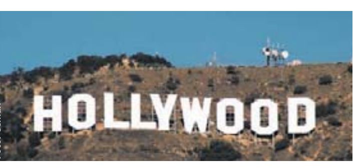
Comics statt Kunst

Neue Unterhaltungstrends gefährden die klassische US-Filmindustrie

Es ist das „Jahr der rollenden Köpfe" in Hollywood. Über die Hälfte der großen Filmstudios hat seine führenden Leute gefeuert. Bob Iger, der oberste Boss von Disney, macht in der Führungsriege trotz zahlreicher Erfolge in Jahrzehnten Tabula rasa. Ziel sei es, Disney für die veränderte Zukunft vorzubereiten. Ein neuer Trend zeigt nämlich die zunehmende Neigung des Publikums, Filme lieber zuhause per DVD oder übers Internet zu selbst gewählten Zeiten zu sehen. Für die Kinoketten ist diese Entwicklung verheerend, doch die Filmstudios können reagieren. „Wir müssen dem Druck dieses Phänomens folgen", sagt Iger.

Die Entlassenen waren bekannt dafür, dass sie von der traditionsreichen Vermarktung nicht abweichen wollten. Auch wurden sie völlig überrascht davon, dass Filme trotz Stars Millionen-Verluste einspielten. Der Film „Land der Verlorenen" hatte 200 Millionen Dollar gekostet und war mit zig Millionen Dollar im Minus gelandet. Universal-Boss Jeff Zucker erfasste die Panik. Mindestens drei seiner im nächsten Jahr herauskommenden Filme – „Robin Hood", „The Wolfman" und das Irak-Drama „The Green Zone" – haben je ein Budget von über 100 Millionen verschlungen. Plötzlich aber ist ihr Erfolg ungewiss.

Doch es sind nicht einzelne Filme, die enttäuschen. Flops gehören zum Filmgeschäft dazu. Seit den „Golden Twenties" hat es sie in Hollywood immer wieder gegeben. Diesmal aber ist es anders. Die gigantischen Verluste treffen alle Studios gleichermaßen und zwingen die Verantwortlichen zu einem radikalen Umdenken. Hollywood ist nicht mehr das „Land der Träume", sondern vielfach das „Land der Alpträume". Die Weltwirtschaftskrise und die zunehmende Internetnutzung haben nicht nur zu weniger Kinobesuchern geführt, sondern den Hauptgrund für die Probleme der Filmindustrie geschaffen: den drastisch gesunkenen Verkauf von DVDs, mit denen die Studios bisher die Hälfte ihrer Gewinne erzielt haben. Produktions- wie Vermarktungskosten sind dabei gestiegen. 20-Millionen-Dollar-Gagen für Filmstars sind nicht mehr finanzierbar, zumal diese auch ihre Funktion als Zugpferd massiv eingebüßt haben.



Hollywood: Stars locken nicht mehr ins Kino. Filme werden – illegal – online gesehen. Foto: Osman

Darüber hinaus hat sich der Geschmack der Kinobesucher immer stärker zum gedankenlosen Nervenkitzel hin entwickelt. Immer mehr Länder wie Japan, Indien und die Europäer drehen eigene Filme in ihren eigenen Sprachen und blicken nicht mehr einzig auf Hollywood. Die Folge: Aus Angst vor Verlusten stagniert die Finanzierung. Der Geldregen, der internationale Banken und andere Investoren sowie Privatleute so lange begeisterte, hat einer plötzlichen Dürre Platz gemacht.

Die Studios müssen nun in die eigene Tasche greifen. Und deshalb wartet die Hollywood-Guillotine auf jeden Kopf, der keinen sicheren Erfolg verspricht. Doch was ist ein sicherer Erfolg? Action-Filme, Horror-Streifen, Teenie-Komödien aus der Schüler-Welt und für die Familie mit Kleinkindern alles, was aus dem Spielzeugbereich stammt. Wichtigstes Ziel: Einen Markennamen zu schaffen für einen Film, der diverse Folgen garantiert sowie eine weltweite Vermarktung in Gestalt von filmbezogenen Verkäufen aller Art: Kleidung, Puppen, Spielzeug, Waffen wie sie „Star Wars", „Superman", „Piraten der Karibik" und die Disney-Filme einspielen. An Kunst wagt keiner mehr zu denken. Romanzen à la Doris Day und Rock Hudson? Zu unsicher. Doch anstatt zu klagen muss man mit der Zeit gehen, meint Patrick Goldstein, einer der größten Insider der Filmindustrie. Er sieht den idealen Studio-Boss in einem jungen, hungrigen Pop-Kultur-Fan. „Denn es ist die weite Landschaft von Comic-Büchern, Kult-Fernsehshows, Video-Spielen und dem Internet, welche die Studios mit dem Rohmaterial für die nächste Generation von Erfolgsfilmen versorgen wird." *Liselotte Millauer*



Fernsehen zum Lesen

Stefan Aust über Wendezeit

„Stell Dir vor, Du hast ein Loch in der Badewanne, da läuft das Wasser raus, dann ist es doch besser, Du nimmst den Stöpsel raus, dann läuft das Wasser kontrolliert durch den Abfluss und nicht durch die Wohnung“, erklärt der damalige Chefredakteur des „Spiegel TV Magazins“ Stefan Aust Anfang November 1989 dem damaligen „Spiegel“-Chefredakteur Werner Funk. Er war davon überzeugt, der stellvertretende Staatsratsvorsitzende Egon Krenz würde nach der Aufhebung der Visa-Sperre für die Tschechoslowakei nun auch die Mauer aufmachen. Funk lacht seinen Mitarbeiter aus. Doch Aust folgt seiner Intuition und schickt am 7. November ein Kamerateam nach Ost-Berlin. Zwei Tage später fällt die Mauer – zuerst am Grenzübergang Bornholmer Straße – und das Fernsehmagazin fängt live die bewegenden Bilder ein. Menschen aus Ost und West liegen sich in den Armen und feiern gemeinsam nach 28 Jahren der Trennung durch Beton, Stacheldraht und Todesstreifen.

In seinem Buch „Deutschland, Deutschland – Expeditionen durch die Wendezeit“ rekonstruiert Aust minutiös die damaligen Geschehnisse. Vor dem Mauerfall hatte der „Spiegel TV“-Reporter wenig mit der DDR zu tun: „Stattdessen fuhr man in die USA, nach Frankreich, England, Italien und Spanien. Der Ostblock war grau und langweilig.“ Doch nun beginnt für Aust und seine Kollegen die „journalistisch interessanteste Zeit überhaupt“. Von 1989 bis 1993 drehen sie zahlreiche Dokumentationen und Reportagen über das „unbekannte Land“ und lüften so manches dunkle Geheimnis.

Sensationell, als das Fernsehen die Bilder jener Plattenbauten zeigt, in denen die DDR-Führung ausgestiegenen RAF-Terroristen Unterschlupf gewährte und neue Identitäten verschaffte. Spektakulär, als Reporter aufdeckten, wie das Ministerium für Staatssicherheit Ende der 1980er Jahre Textilstücke mit Geruchsproben von Dissidenten in Einmachgläsern aufbewahrte. Anhand dieser sollten abgerichtete Bluthunde im Notfall die Spur der Abtrünnigen aufnehmen. Skandalös, als vermeintliche Helden der friedlichen Revolution, wie der Christdemokrat Wolfgang Schnur oder der SPD-Politiker Ibrahim Böhme, als Stasi-Spitzel enttarnt werden.

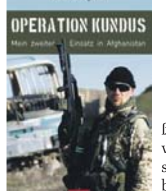
Doch Aust holt nicht nur die politischen Akteure vor die Linse, sondern zoomt auch die alltäglichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im real existierenden Sozialismus heran. Er berichtet über die körperlichen Krankheiten der Bewohner Bitterfelds, Europas dreckigster Industriestadt, und über die seelischen Qualen der ehemaligen Insassen des Zuchthauses Bautzen, dem „Gelben Elend“.

> Ein Protokoll erlebter Zeitgeschichte

Am Beispiel der Eiskunstläuferin Katharina Witt veranschaulicht der Autor schließlich das schwierige Ankommen der DDR-Bürger in einem anderen gesellschaftspolitischen System. „Von heute auf morgen sich umzustellen, selbstständig zu sein, Entscheidungen zu treffen für dein eigenes Leben, das fällt vielen sehr, sehr schwer“, sagt das „schönste Gesicht des Sozialismus“ im Interview, und Aust kommentiert: „Die wirkliche Wende findet im Kopf statt. Nicht nur bei ihr.“

Das Buch ist ein spannendes Protokoll erlebter Zeitgeschichte. Nahaufnahmen von Personen, Orten und Ereignissen zeigen ein farbiges Bild vom Untergang der DDR und ihrer Entwicklung bis zur Wiedervereinigung. Fernsehen zum Lesen! *Sophia E. Gerber*

***Stefan Aust: „Deutschland, Deutschland – Expeditionen durch die Wendezeit“**, Hoffmann und Campe-Verlag, Hamburg 2009, geb., 286 Seiten, 20 Euro*

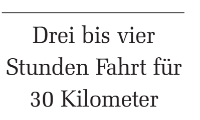


Zu langsam für Afghanistan

Ehemaliger Zeitsoldat berichtet über seinen Auslandseinsatz 2003/04

Der große Erfolg von „Endstation Kabul – Als deutscher Soldat in Afghanistan“ 2008 dürfte den Econ-Verlag und dessen Autor Achim Wohlgethan schnell davon überzeugt haben, auch den zweiten Bundeswehr-Einsatz des ehemaligen Soldaten Wohlgethan zu erzählen. „Operation Kundus – Mein zweiter Einsatz in Afghanistan“ heißt der vor wenigen Wochen im Buchhandel erschienene Titel, in dem der ehemalige Zeitsoldat erneut von seinen Erlebnissen im Auslandeinsatz und den Missstände bei der deutschen Bundeswehr berichtet. Da der Einsatz zum Jahreswechsel 2003/04 stattfand, hat sich möglicherweise so manches gebessert, trotzdem gibt der Autor interessante Einblicke. „Wir sollten ohne Waffen anlanden, obwohl die Sicherheitslage vor Ort völlig unklar war. Begründet wurde das mit dem Luftverkehrsgesetz. Solange nicht offiziell Krieg ist, fliegt die Bundeswehr nach wie vor nach zivilen Flugvorschriften. Waffen und Munition werden also getrennt voneinander transportiert.“

Wohlgethans Stärke ist zugleich seine Schwäche: Er berichtet sehr emotional und macht absolut keine Mördergrube aus seinem Herzen. Doch auch wenn man manches, was er berichtet, nicht ganz 100-prozentig nehmen sollte, so genügt der Rest, um Zweifel an der beschriebenen Form des Afghanistaneinsatzes und des Bundeswehr-Alltages zu bekommen.



> Drei bis vier Stunden Fahrt für 30 Kilometer

„So kam es“, schreibt Wohlgethan, „dass die Bundeswehr sich mit ihrem großen Beamtenapparat und einer überbordenden Bürokratie mehr schlecht als recht durch die Auslandseinsätze lavierte und immer wieder ihre Fähigkeiten grob überschätze. Der große Apparat war einfach zu langsam und zu schwerfällig und konnte nicht zügig auf kurzfristig auftretende Situationen reagieren.“ Der Autor kritisiert die zu geringe materielle Ausstattung der Bundeswehr, weltfremde Regeln und merkwürdige Entscheidungswege. So manches Mal staunt der Leser, wenn er über bedenkliche Sicherheitsbestimmungen berichtet und über die rückständige Infrastruktur Afghanistans. Wohlgethans Aufklärungstrupp braucht manchmal drei bis vier Stunden für nur 30 Kilometer. Manche Dörfer, die sie durchfahren, haben von dem Wandel der Zeit noch gar nichts mitbekommen und hören zum ersten Mal vom Einsatz der Internationalen Sicherheits- und Unterstützungstruppe (Isaf). Erschüttert liest man von einer sterbenden Frau in Burka, die der deutsche Arzt nicht untersuchen darf, obwohl er sie hätte retten können, wenn er das tote Kind ans ihrem Leib geholt hätte. Auch der Lagerkoller der Truppe wird anschaulich gemacht. So haben sich beispielsweise Wohlgethan und seine Freunde einen Lagerhund angeschafft, doch nicht jeder mag Snoopy und während die einen froh über dessen Schmuseeinheiten sind, wollen die anderen das Tier aus dem Lager schmeißen. Am Ende führen die Unstimmigkeiten dazu, dass die Einheit früher als geplant zurück nach Deutschland versetzt wird. Doch mit dem Alltag daheim kommt Wohlgethan nicht mehr klar, die Beziehung zu seiner Freundin zerbricht und es folgt eine Psychotherapie. *Rebecca Bellano*

***Achim Wohlgethan: „Operation Kundus – Mein zweiter Einsatz in Afghanistan“**, Econ, Berlin 2009, kartoniert, 317 Seiten, 18,90 Euro*



US-Autorin klärt Deutsche auf

Das Kaiserreich war viel demokratischer als andere Länder Europas

„Der lange Weg nach Westen“ (Heinrich August Winkler) und „Der deutsche Sonderweg“ (Hans-Ulrich Wehler) bezüglich Demokratie sind Schimären, wie dem Werk der Professorin für europäische Geschichte in Berkley, Margaret Lavinia Anderson, zu entnehmen ist. In „Lehrjahre der Demokratie – Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich“ führt sie an, dass deutsche Männer (Frauenwahlrecht gab es noch nirgends) seit 1867 im Norddeutschen Bund gleich und geheim und seit 1871 im Reich wählen durften. Nur die Griechen und Franzosen (1844/1852) durften früher mitentscheiden. Gleiches Wahlrecht gab es in England erst 1949, in den gesamten USA erst 1965. Deutsche wählten bis 1893 alle drei, dann alle fünf Jahre, Briten normalerweise nur alle sieben Jahre. Der Reichstag wählte zwar nicht die Regierung, war aber praktisch so mächtig wie andere Parlamente. Anderson entdeckte in zehn Jahren Forschung bis in Lokalblätter hinein in Deutschland eine höhere Wahl- und politische Kultur als anderswo: Kaum Gewalt, Betrug und Bestechung, die man noch nach 1945 in den USA beklagte, jedoch, wie überall, Druck von Mächtigen in Wirtschaft und Verwaltung. Aber die Wahlprüfkommission des Reichstags annullierte nach solchen Verstößen, besonders amtlicherseits, meist die Wahl und verfügte eine Neuwahl. Bestechung von Kommunen durch sachlich nicht gebotene Investitionen, wie in Frankreich üblich, „verletzte das deutsche Gefühl für Anstand“ und scheiterte am Rechtsbewusstsein der Beamten.

Weil der „Obrigkeitsstaat“ vor allem Rechtsstaat war, schützte er die Wähler besser als andere Staaten. Im Reich waren Wahlanfechtungen staatlich und kostenlos, in England teure Privatsache; in den USA sind sie noch heute schwierig. Die Bürger bestanden mit Zivilcourage auf ihren Rechten und bildeten eher als anderswo starke Parteien, die Halt und echte Alternativen boten – und Beobachter für ordnungsgemäße Wahlen. Ergriff der bejubelte letzte Kaiser Partei, gewann die Opposition. So wurden Zentrum und Sozialisten während des Kulturkampfes und der Sozialistengesetze immer stärker.

> Auch Gegner kamen zu Wort

Jeder Abgeordnete war gemäß Verfassung Vertreter des ganzen Volkes. Auch ein Mitglied der bis 1890 praktisch verbotenen Sozialistischen Arbeiterpartei konnte sich zur Wahl stellen. Er konnte in der vierwöchigen Wahl(kampf)zeit, oft verlängert durch Stich- und Nachwahlen, alle sonst verbotenen Schriften im Wahlkampf verbreiten und Wahlveranstaltungen durchführen. Polizeiliche Verstöße wurden schnell korrigiert. Der Reichstag hob durch einfaches Votum vorherige Verhaftungen und Gerichtsverfahren für die Wahlperiode auf. Es gab Fairness: So sammelten bürgerliche Progressive große Summen für Familien von Sozialisten, die Hamburg aufgrund der Sozialistengesetze ausgewiesen hatte; Zentrumsabgeordnete waren Strafverteidiger für Sozialisten.

In Wahlversammlungen wählten die Anwesenden den Vorsitzenden; waren die Gegner in der Mehrheit, konnte es auch einer der ihren sein. Nach dem Hauptredner kam immer eine andere Partei durch einen „Diskussionsredner“ mindestens 30 Minuten zu Wort.

Andersons Buch gilt in den USA als akademisches Standardwerk zur Geschichte des deutschen Kaiserreichs. So sah es auch die „Historische Zeitschrift“ („ein Muss“) und forderte eine Übersetzung. Diese gibt die lebensnahe, anekdotenreiche Schilderung der unterschiedlichen politischen Gegebenheiten in den Bundesstaaten originalgetreu wieder.

Die „Lehrjahre der Demokratie“ bieten gute Lehren für die heutige politische Praxis und unser Geschichtsbild. *Manfred Backerra*

***Margaret Lavinia Anderson: „Lehrjahre der Demokratie – Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich“**, Franz Steiner Verlag Stuttgart 2009, gebunden, 562 Seiten, 29,90 Euro*

Verloren

Menschen im heutigen Tilsit

Wie sieht es nach Ostpreußen kam? Ulla Lachauer, die schon zahlreiche Bücher über diesen Landstrich publiziert hat, beantwortet diese Fragen in „Menschen an der Memel“. „Im ländlichen Westfalen, wo ich sechs Jahre nach Kriegsende geboren wurde, war Tilsit gänzlich unbekannt, der Name nur eines Käses, in der Schulzeit kam der Friede von 1807 hinzu. Es handelte sich, soweit ich wusste, um einen der Orte, welche die Erwachsenen als verloren bezeichneten.“ Nach Tilsit zog es die Autorin dann auch 2006 und 2007, wo sie zusammen mit dem Fotografen Martin Rosswog Material für das vorliegende Buch sammelte. Doch das Tilsit, das sie und der Fotograf dem geneigten Leser präsentieren, scheint auch heute noch verloren. Verhärmte Menschen in zumeist verfallenen, trostlosen Häusern mit einem aus westeuropäischer Sicht äußerst eigenwilligem Einrichtungsstil werden vorgestellt.

Aus fast jedem Foto und den meisten Zeilen der Autorin spricht der Niedergang. Es scheint fast so, als hätte der Fotograf sich darauf fixiert, vor allem das Hässliche zu zeigen. Da können auch Ulla Lachauers menschelnde Texte nicht mehr viel ausgleichen. Jene, die diesen Landstrich kennen, werden bestätigen können, dass die Region auch heute noch viel Schönes zu bieten hat. *Bel*

> Zu viel Niedergang, zu viel Trostlosigkeit

***Martin Rosswog, Ulla Lachauer: „Menschen an der Memel“**, Edition Braus, Heidelberg, gebunden, 120 Seiten, 35 Euro*



Knorriger Tabubrecher

Peter Scholl-Latour über geostrategische Machtinteressen

Seit Oktober ist Peter Scholl-Latours „Der Weg in den neuen Kalten Krieg“ auch als Taschenbuch zu haben. Scholl-Latour verkündet – wieder einmal – unbequeme Wahrheiten. Tatsächlich würden „Klimawandel“ und Gender Mainstream nicht die Menschen bewegen, sie seien nur Stichwörter für aufgeregte Büttel der politischen Korrektheit. Klimawandel, so stellt Scholl-Latour fest, sei ein Naturphänomen, auf das die Menschen nur geringen Einfluss hätten. Leider hat er sich keine Gedanken über die Nutznießer dieser Desinformation gemacht.

20 Jahre nach dem Ende des ersten „Kalten Krieges“ gehe die monopolare Welt der „Pax Americana“ zu Ende. Entgegen der gemachten Zusagen habe die Nato ihr Gebiet Richtung Osten immer mehr erweitert. Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), Geheimdienste und politische Stiftungen der Parteien würden Putsche in Szene setzen und hätten die politischen Verhältnisse in der Ukraine und Georgien umgekehrt. Derweil etablierten sich mit China und Indien neue Großmächte, ohne dass die USA dies verhindern könnte. Die durch die Anmaßungen Washingtons in die Enge getriebenen Russen gesellten sich zudem zu China und brächten die USA in zusätzliche Schwierigkeiten.

> Europas relative Ruhe ist in Gefahr

Scholl-Latour beklagt, dass weder in Deutschland noch Frankreich Staatsmänner vorhanden seien, welche in der Lage wären, dem Treiben der USA Einhalt zu gebieten. Weder de Gaulles noch Mitterands Stiefel scheinen Sarkozy zu passen und Angela Merkel halte keinen Vergleich mit Adenauer oder Helmut Schmidt aus. Solange Europa nicht direkt bedroht sei, mag dies von geringer Bedeutung sein, aber wenn die USA durch Erpressung der Türkei den Weg in die EU ebneten oder Georgien Mitglied der Nato werden sollte, dann könne es mit der relativen Ruhe in Europa endgültig vorbei sein.

Von 2001 bis 2008 hat Deutschlands bedeutender Journalist Scholl-Latour unbestechlich Buch geführt und seine Notizen, Interviews und Veröffentlichungen zusammen getragen. Wer einen Blick hinter die Kulissen abseits der politisch korrekten Meinungsindustrie werfen will, für den ist der Band ein „Muss“. *Hans Lody*

***Peter Scholl-Latour: „Der Weg in den neuen Kalten Krieg“**, Ullstein München 2009, broschiert, 360 Seiten, 9,95 Euro*

Heiligenbeiler erzählt

Der Reformator Martin Luther ist Namensgeber des am 10. November 1924 in Sargen im Kreis Heiligenbeil geborenen Martin Schröder. Der Ostpreuße hat nun ein Buch geschrieben, in dem er Familiengeschichten, seine Sicht des Zweiten Weltkrieges und auch von ihm geschriebene Leserbriefe veröffentlicht. „Ich glaubte ihnen allen nicht! Von den Nationalsozialisten der Vater ermordet; von Demokraten und Kommunisten der Heimat beraubt“ dürfte den Enkeln des Autoren einige Informationen über ihre Ahnen liefern. *Bel*



***Martin Schröder: „Ich glaubte ihnen allen nicht! Von den Nationalsozialisten der Vater ermordet; von Demokraten und Kommunisten der Heimat beraubt“**, Projekte-Verlag, Halle 2009, broschiert, 178 Seiten, 12,50 Euro*

Faszination Masuren – Kalender 2010





Spiralbindung, Kalenderformat (Breite x Höhe): 29,7 cm x 42 cm (DIN A3), hochwertiger Vierfarb-Offsetdruck mit Drucklackierung, Kalendarium und Bildunterschriften, 3-sprachig (Deutsch/Englisch/Polnisch)

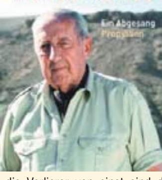
Best.-Nr.: 6827

Wunderschöne Aufnahmen aus dem Masurischen Landschaftspark

14 Blätter mit 13 großformatigen Fotografien auf edlem 170 g Kunstdruckpapier,

€ 14,80

Peter Scholl-Latour
Die Angst des weißen Mannes
Ein Abgesang



Die Wahl eines amerikanischen Präsidenten mit afrikanischen Wurzeln und pazifischer Heimat ist Sinnbild eines tiefgreifenden Wandels, der weit über die USA hinausweist. Der fünfhundertjährige Siegeszug des »weißen Mannes« ist Geschichte. Die ehemals koloniale Welt ist im Aufbruch begriffen – demographisch, wirtschaftlich, politisch. Dabei wendet sie sich vom Westen ab, sucht neue Leitbilder, besinnt sich auf eigene Stärken und Traditionen. Die Maßstäbe der Welt werden zurecht gerückt, die Verlierer von einst sind die Gewinner von morgen.
Geb., 464 Seiten
Best.-Nr.: 6865, € 24,90



- Spezifikation: Feinsilber 999, polierte Platte
- Durchmesser: 35 mm
- Gewicht: 15 Gramm reines Silber
- Verpackung: Repräsentatives Etui

Medaille ist durch eine Klarsichtkapsel geschützt
Best.-Nr.: 6837

Subskriptions-Sonderpreis nur € 29,95

zzgl. Versandkosten € 2,50 (gilt nur für die Bestellung von Weihnachtstalern).
Nur über den Preußischen Mediendienst zu beziehen!

Donga- Sylvester/ Czernetzky/ Toma (Hg.)
Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit!
Geb., 367 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6862
statt € 26,90 nur noch € 14,95

Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

Ostpreußische Küche
Tradition, Geschichte und Gerichte
Geb., durchgehend farb. Abb., 128 Seiten, Format 19 x 24 cm
Best.-Nr.: 6233, € 7,95



Reinhard Hauschild
Flammendes Haff
Ein junger Offizier schreibt in der Sprache der Soldaten vom Untergang Ostpreußens
Kart., 297 Seiten
Best.-Nr.: 1035, € 15,50



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Walter E. Genzer
Pferd und Reiter im Alten Osten
Damals und heute

Der Sitz im Sattel weitet den Blick, sagt man von den Reitern. Der Autor, gebürtiger Ostpreuße, hat seinen Blick auf jene Landschaften gerichtet, die in wenigen Generationen vielleicht in Vergessenheit geraten werden, deren Vergangenheit sich jedoch bis heute manifestiert. Damals im Osten - in Ostpreußen, Hinter-Pommern, Posen, Westpreußen und Schlesien - lebten die Menschen mit und von den Pferden. Der Umgang mit ihnen lag ihnen im Blut, sie verstanden die Pferde und die Pferde verstanden auch sie. Wie der Autor zeigt, waren die großartigen Leistungen in Zucht und Sport bis zum Zweiten Weltkrieg der ländlich gewachsenen Verbundenheit zwischen Mensch und Pferd und der Wechselwirkung von Zuchtprüfung und Turnierreiten zu verdanken. Die Epoche, in der jeder freie Mann ein Reiter war, ist längst zu Ende gegangen. Deshalb scheint es dem Autor wichtig, eine Brücke zu schlagen vom Einst zum Jetzt, wo es um Werte geht, für die es keinen Denkmalschutz gibt.

Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1566,

statt € 24,90 nur € 14,90

Achtung!

Die Versandkostenpauschale* beträgt nur € 2.50, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Liefung versandkostenfrei

Ihr PMD

*nur gültig im November und Dezember und bei Versand innerhalb Deutschland



Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abb.
Best.-Nr.: 1211, € 14,95



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80



Jürgen Roth
Anklage unerwünscht!
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 6224
statt € 24,90 nur € 14,95

Jürgen Roth
Ermitteln verboten
Geb., 264 Seiten
Best.-Nr.: 4073
statt € 24,90 nur € 14,95

Schneeflöckchen, Weißröckchen
Kinderlieder und Gedichte zur Weihnacht

1. Schneeflöckchen leise, 2. Schneeflöckchen, Weißröckchen, 3. Frau Holle, Frau Holle, 4. Schneeflöckchen tanze, 5. Schneemann, wie siehst du denn aus, 6. Wir wollen einen Schneemann baun, 7. Wintersonne, Winterwald, 8. Ist es erstmal tüchtig kalt, 9. Ein Tännlein steht so kerzengrad, 10. Grüne Tanne, 11. Lieber kleiner Tannenbaum, 12. Weihnachtszeit kommt nun heran, 13. A, a, a, der Winter, der ist da, 14. Lasst uns froh und munter sein, 15. Tanz der Nussknacker, 16. Hört doch in den Stuben, 17. Wenn die ersten Flocken fallen, 18. Oh, es riecht gut, 19. So viel Heimlichkeit, 20. Weihnachtszeit, schönste Zeit, 21. Sind die Lichter angezündet, 22. Morgen kommt der Weihnachtsmann, 23. Die Felder, die Wälder, die Berge verschneit, 24. Süßer die Glocken nie klingen

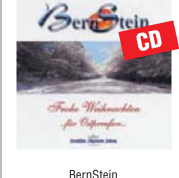
Interpreten: Rundfunk-Kinderchor Berlin, Friedrichshainer Spatzen, Philharmonischer Kinderchor Dresden, Jugendchor Friedrichshain

Best.-Nr.: 6711

CD — € 12,95



Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809, € 24,95



CD

BernStein
Frohe Weihnachten für Ostpreußen
15 weihnachtliche Lieder und Gedichte, Laufzeit: 37:15 Min.
Best.-Nr.: 6690, € 14,95



Endlich lieferbar! € 9,95

Der redliche Ostpreuße 2010
120 Seiten, Kart., 128 Seiten
Best.-Nr.: 6841



Sonderpreis — statt € 6,40 nur € 2,95

Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 S., Best.-Nr.: 5209



Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3800
statt € 9,90 nur noch € 4,95



Restauflage nur bei uns!

Masuren-Fibel
Reprint der Originalausgabe von 1929, Geb., 120 Seiten, durchgehend Farbabbildungen, Format: 17 x 24 cm,
Best.-Nr.: 4787
statt € 16,95 nur € 9,95



Arthur Boje
Stalins deutsche Agenten
Ein Kriegsgefangener berichtet
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 3103
statt € 19,90 nur noch € 9,95

Engelbert Kutschera, Bass – Nur begrenzte Stückzahl lieferbar



CD

Franz Schubert:
Schwanengesang und ausgewählte Lieder
20 Titel, Laufzeit: 71:21 Min
Best.-Nr.: 2801, € 16,40



CD

In dulci Jubilo Nr. 2
Hirtenweisen und Krippenlieder
24 Lieder, Laufzeit: 66:47 Min
Best.-Nr.: 1073, € 16,40



CD

Franz Schubert:
Winterreise
24 Lieder, Laufzeit: 74:11 Min
Best.-Nr.: 5055, € 16,40

Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45



Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell mißbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verläßlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntelang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit. Demgegenüber befasst sich das vorliegende Buch ausschließlich mit den Vergewaltigungen und hier unter anderem mit den Fragen, wie und warum es zu diesen Exzessen gekommen ist, warum Widerstand zwecklos war und was mit den Kindern geschah, die Opfer oder "nur" Zeuge der sexuellen Gewalttaten waren. Erlebnisberichte von Opfern und Tätern sind eine wesentliche, weil authentische Grundlage dieser Darstellung.

Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847



Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

PMD — 48/09

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig im November und Dezember und bei Versand innerhalb Deutschland. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Herkunft verheimlichen

Paris – Derzeit gehen in 49 Firmen in Frankreich nur noch anonymisierte Bewerbungen ein. Daten wie Name, Adresse, Geburtsort, Alter und Geschlecht müssen im Lebenslauf geschwärzt werden. Ziel dieses Versuchslaufes ist es, Diskriminierung zu vermeiden. Da Bewerber mit arabischen Namen oder schwarzer Hautfarbe angeblich bei gleicher Eignung dreimal schlechtere Chancen hatten, soll die Herkunft des Bewerbers bis zum Gespräch geheim bleiben. *Bel*

Atheisten gegen Christen

London – Eine Kampagne gegen religiöse Erziehung haben Atheisten in Großbritannien gestartet. Eltern sollten ihren Kindern nicht mehr den eigenen Glauben weitergeben. So das Ziel der Plakatkampagne: „Bitte, häng mir kein Etikett an. Lass mich aufwachsen und selber wählen." „Wenn Eltern das nicht mehr tun, wer wird dann das Vakuum füllen?", fragt Graham Coyle vom Verband Christlicher Schulen. Außerdem gebe auch ein Atheist seine Überzeugung weiter. *idea*

ZUR PERSON

Die Ochsentour genommen

Im Januar soll der neue Landesvorsitzende der baden-württembergischen CDU, **Stefan Mappus**, auch neuer Ministerpräsident des Südweststaates werden und damit Günther Oettinger beerben, der als Kommissar zur EU wechselt. Mappus' Wahl gilt wegen der stabilen schwarz-gelben Regierungsmehrheit im Stuttgarter Landtag als sicher.

Für den 43-Jährigen bedeutet der Aufstieg die vorläufige Krönung einer Karriere, die nach dem Muster der politischen „Ochsentour" verlief. Seiteneinsteiger ist der Diplomökonom jedenfalls nicht. Lediglich fünf Jahre verbrachte er im Berufsleben außerhalb der Politik, zwei davon als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Wissenschaften der Universität Hohenheim, drei Jahre im Vertrieb der Siemens AG in Stuttgart.

Seine Parteikarriere ist ohne Lücken: 1983 Mitglied der Jungen Union, 1985 der CDU. In beiden Organisationen arbeitete sich Mappus vom einfachen Mitglied über mehrere Stufen bis in den Landesvorstand hinauf.



Ebenso gestaltete sich sein parlamentarischer Werdegang: Vom Gemeinderatsmitglied über den Kreistag bis in den Landtag, wo ihn die CDU-Abgeordneten 2005 zu ihrem Fraktionsvorsitzenden wählten.

Aufsehen erregte Stefan Mappus erstmals, als er die Schwulen- und Lesbenparade zum „Christopher Street Day" (CSD) öffentlich kritisierte. Seine Gegner übersahen jedoch geflissentlich, dass Mappus sich nicht gegen Homosexuelle und ihre Freiheit stellte, sondern allein gegen die, wie er meinte, „karnevaleske Zurschaustellung sexueller Neigungen" beim CSD, die ihm frivol erscheine. *H.H.*



Zeichnung: Mohr

Brüllen, stampfen, fuchteln

Was die Äußerlichkeiten über das EU-Duo sagen, wann Deutschland polnische Wärter bekommt, und wie die neue Finanzblase wächst / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Wer sind diese Leute? Die Namen des „neuen europäischen Führungsduos" können wir uns immer noch nicht merken. Aber wir wissen immerhin, wie „Herr Dings und Frau Bums" aussehen und machen uns anhand dessen so unsere Gedanken. Sicher, man soll nicht nach Äußerlichkeiten gehen. Wenn man aber gar nichts anderes zur Hand hat?

Der belgische Herr Dings sieht aus wie ein schüchterner grauer Mann, der seit Urzeiten in einem kleinen grauen Büro ganz am Ende des Korridors arbeitet. Alle mögen ihn und seine bescheidene Art, kennen tut ihn eigentlich keiner. Nur soviel ist rum: Seit er seine Stelle zur Zeit der Regentschaft Konrad Adenauers angetreten hat, war er nicht einen Tag krank, weil er sich ausschließlich von Vollwertkost mit Kamillentee oder abscheulichen Vitamin-Getränken ernährt und nur zu ganz besonderen Anlässen ein „Likörchen zwitschert". Oder auch zwei, aber dann wird er rot, nicht vom Alkohol, sondern vom schlechten Gewissen.

Und die Frau Bums aus England? Die hat sich über ihre Berufung gefreut wie eine grundehrliche Kleinverdienerin über den Gewinn einer Traumschiff-Reise durch den Bottnischen Meerbusen. Wirklich niedlich, ungetrübt sympathisch. Im Alltag könnte man sie sich gut als Verkäuferin vorstellen im (frei nach Thilo Sarrazin) „britischen Obst- und Gemüsehandel".

Die beiden gehören dem ersten Eindruck nach also zu jener Menschengruppe, die den Laden am Laufen halten, ohne je groß in Erscheinung zu treten. Gute Arbeiter, nette Nachbarn, treue Freunde, alles mögliche, nur eines auf gar keinen Fall: durchsetzungskräftige Repräsentanten. Deshalb flogen die Großdarsteller des europäischen Theaters voller Erleichterung auf die beiden, denn die Merkels, Sarkozys, die Browns und Berlusconis suchten doch jemanden, den sie jederzeit mit dem kleinen Finger von der Bühne schnipsen können, wenn sie den Applaus für sich wollen. Und der sich widerstandslos auf die Bretter zurückscheuchen lässt, wenn's statt Beifall faule Eier gibt.

Vielleicht täuschen sie sich. Der Herr Dings erinnert den Verfasser dieser Zeilen auch an eine bestimmte Art von Lehrern. Ältere Herren, die immer leise, freundlich und väterlich auftraten, die im Falle eines Falles jedoch mit einem einzigen eisigen Blick selbst den übelsten Rabauken im Handumdrehen auf den Topf setzen konnten. Und die Frau Bums? Warten wir's ab.

Auf dem schlammigen Grund unserer schwarzen Seele hoffen wir natürlich inständig, dass sich das Komplott aus geltungsgierigen Staatenlenkern und machthungrigen Eurokraten kräftig verrechnet hat, als sie die beiden aus der Masse zogen, weil sie meinten, die seien am pflegeleichtesten.

> **Polen soll Truppen bei uns stationieren, um den »Kontinent zu verteidigen« – gegen wen?**

Für den britischen Premier Gordon Brown bleibt der Trost, dass mit der „EU-Außenministerin" auch nach dem Frühsommer 2010 wenigstens einer aus seiner Partei noch einen schicken Posten hat. Denn von da an dürfte Spanien das letzte große EU-Land in Händen von Sozialisten sein, weil die britischen Wähler Browns Labour Party sehr wahrscheinlich auf Kur in die Opposition schicken. Erholung haben die Inselsozis ebenso dringend nötig wie ihre deutschen Genossen.

Browns mutmaßlicher Nachfolger, der Konservative David Cameron, plant bereits für die Welt von morgen. Er will unter anderem die immer noch 25 000 Mann starke britische „Rheinarmee" aus Deutschland abziehen. Das sagte sein wahrscheinlicher Verteidigungsminister Liam Fox, um dann etwas sehr Interessantes anzufügen: Die aufgegebenen Standorte der Briten könnten ja von den Polen besetzt werden, damit diese die britische Rolle „bei der Kontinental-Verteidigung übernehmen".

Was heißt das denn? Da stimmt doch was nicht! Tief Luft holen. Und immerzu aufsagen: „Wir-sind-nur-von-Freunden-umgeben-Wir-sind-nur-von-Freunden-umgeben-Wir-sind-nur-von-Frrrr…" Verdammt! „Kontinental-Verteidigung" – gegen wen? Die Russen kann Fox nicht meinen, denn um sich gegen die zu schützen, sollte Polen ja wohl kaum seine Truppen zum westlichen Nachbarn verschieben. Also gegen wen? Gegen uns, wie's scheint. Nehmen wir's von der positiven Seite: 20 Jahre nach Maggie Thatchers Teufelsritt gegen die deutsche Einheit hat uns endlich mal wieder ein Engländer über den wahren harten Kern der deutsch-britischen Freundschaft aufgeklärt. Als Deutsche brauchen wir das ab und zu, um nicht romantisch zu werden.

Unsere britischen Wärter durch polnische ersetzen will der Engländer vor allem, um Geld zu sparen. Britannien steht das Wasser bis zum Hals. Uns geht es nur wenig besser, wobei das Beste noch bevorsteht, wenn man den jüngsten Prognosen glaubt. Kaum haben wir die Fetzen der ersten Finanzblase halbwegs zusammengekehrt, reden die Analysten nämlich davon, dass sich bereits die nächste aufbläht, die abermals vor allem das Werk anglo-amerikanischer Megazocker sei. Die können's eben. Von der letzten unterscheide sich die nächste Blase kaum, heißt es, nur dass sie noch viel größer und zerstörerischer werden dürfte.

Josef Ackermann von der Deutschen Bank macht uns vorsichtshalber schon heute damit vertraut, wer die Kosten der nächsten Verwüstung zu tragen habe: wir, die Arbeitnehmer, die Rentner usw. Es geht wie gehabt: Zur Zeit werden wieder astronomische Spekulationsgewinne eingefahren, die natürlich privat sind, weil wir ja in einer Marktwirtschaft leben. Dann schießen die giftigen Fontänen der „unterschätzten Risiken" aus dem Börsenboden, die dann wieder „systemisch" sein werden und daher von allen zu tragen sind, inklusive der Milliardenkosten.

Mit Ihrer Erlaubnis verschwinde ich jetzt mal kurz an die Alster. Zum Brüllen, Stampfen und Fuchteln.

Da bin ich wieder. Beißholz raus – so, es kann weitergehen. Nun fürchten sich verantwortungsbewusste Kommentatoren allerdings, dass wir beim nächsten Durchgang nicht mehr mitspielen wollen und die Politiker es womöglich nicht wagen würden, unter der Zornesröte des Volkes abermals zig Milliarden für die „Bankenrettung" lockerzumachen. Dann aber würde es erst richtig fürchterlich, und zwar für alle. Die Weißglut steigt auf in einem mit der Erkenntnis, dass diese Kommentatoren recht haben.

Um den nächsten Schlamassel halbwegs lebendig zu überstehen, sollte man jetzt schon vorsorgen. Horst Seehofer will daher unbedingt Kosten sparen und hat herausgefunden, dass nur noch Bayern, Baden-Württemberg und Hessen in den Länderfinanzausgleich einzahlen, während alle anderen Bundesländer herausholen, nachdem das eben noch reiche Hamburg mit seiner HSH Nordbank aufs Riff geknallt ist und als viertes Geberland wahrscheinlich ausfällt.

Das sei ungerecht, meint der bayerische Ministerpräsident. Zumal sich die „armen" Nehmer Sachen leisteten, die sich die Bayern aus Haushaltsdisziplin verkniffen hätten wie etwa den Verzicht auf Studiengebühren.

Dieser Mann hat den Sinn von Umverteilung nicht verstanden. Natürlich müssen die Bayern sparen, damit die Kindergärten in anderen Ländern umsonst sind und das Studium auch nichts kostet. Das ist der Kern des Sozialen, so wie wir es heute verstehen. Aus diesem Grunde ist der deutsche Durchschnittsverdiener auch verpflichtet, Entwicklungshilfe für Länder aufzubringen, deren „Eliten" sich ein Leben gönnen, das er mit seinem Jahresgehalt keine zwölf Stunden finanzieren könnte. Wobei die „Eliten" in ihren darbenden Ländern selbstverständlich keine Steuern zahlen. Ihre Frauen brauchen das Geld für ihre flotten Einkaufsbummel in New Yorks sündteurer Fifth Avenue. Damit vertreiben sie sich die Zeit, wenn ihre Männer bei den Vereinten Nationen über die beschämende Armut ihrer Länder klagen und nach deutlich mehr Entwicklungshilfe rufen.

ZITATE

__Corinna Ponto__, Tochter des 1977 von der RAF ermordeten Dresdner-Bank-Chefs Jürgen Ponto, erregt sich im „Focus" (16. November) darüber, dass die 2007 freigelassene __RAF-Terroristin Brigitte Mohnhaupt__ zur Resozialisierung einen neuen Namen bekommen soll:

„Zu ihrer aktiven Terroristenzeit brauchte Brigitte Mohnhaupt noch gefälschte Papiere für ihre versteckte Biographie. Heute kann sie zum Verstecken legalisierte Papiere verwenden."

Brandenburgs Innenminister a. D. __Jörg Schönbohm__ (CDU) bemängelt in der „Bild"-Zeitung (21. November) eine __gewollte Verklärung__ der __SED-Diktatur__:

„In den neuen Bundesländern herrscht noch viel Unkenntnis über das alte Unrechtsregime. Nur die Hälfte der Schüler weiß, dass die DDR eine Diktatur war. Und nur ein Drittel, wer die Mauer gebaut hat. Das Thema SED-Diktatur hat die SPD aus dem Schulunterricht herausgehalten. Unter Rot-Rot wird das nicht besser werden. Viele Lehrer reden ohnehin ungern über die DDR. Oder verklären sie. Weil sie damals systemnah waren. Da verwundert es nicht, dass gut ein Viertel der Brandenburger die Linke gewählt hat."

Die Bundesregierung, namentlich __Wirtschaftsminister Rainer Brüderle__ (FDP), hat das Jahresgutachten des __Sachverständigenrates__ scharf __zurückgewiesen__, in dem die Politik heftig kritisiert wird. Dazu sagt der __Chef__ des Rates, __Wolfgang Franz__, im „Spiegel" (23. November):

„Schließlich sollen wir laut Gesetzesauftrag vor Fehlentwicklungen warnen, vom Verfassen von Lobeshymnen steht im Gesetz nichts. Dafür müsste sich die Bundesregierung jemand anderen suchen."

Die Königsmacher

Die Berge kreißten, doch beinah
war alle Müh' verloren –
dann endlich wurden mit Hurra
zwei Mäuslein gar geboren!
Denn bei Proporz nach Land,
Geschlecht,
Partei und mehr dergleichen
wär' alles andre
ungerecht
und kein probates Zeichen.

Auch hat Europas Präsident
dadurch 'nen Vorteil, tollen:
Man kann ja ihm, den keiner kennt,
nicht schon im Voraus grollen.
Und sicher weiß er, wen man
fragt,
um Ärger zu vermeiden –
wenn nicht, wird's bald ihm
eingesagt
von denen, die entscheiden.

Die Außen-Dings – ich merk's mir
nie –
hat gleichfalls was zu bieten:
Ihr Englisch ist perfekt – nicht
wie
bei andern Außen-Nieten.
Und muss sie mal ins Mullah-Land,
empfiehlt sich als Begleiter
der Guido samt Privatverstand –
das hilft bestimmt dort weiter.

Im Élysée-Palast der Pfau
kann Freude nicht verhehlen:
Wer sollte jetzt im noch die Schau
und seine Carla stehlen?
Viel Beifall spenden aber auch
die andern Pharisäer –
ist eben altbewährter Brauch
der Super-Europäer …

Pannonicus